

LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

AUSGABE 3.23

Für eine Renaissance der Nuss _34

Innovationen brauchen Management _40

Regionales Bio-Rindfleisch in Kantinen _46



**Wasser – zu viel,
zu wenig, genug?**

Inhalt



Seite 34 —
Für eine Renaissance der Nuss



Seite 40 —
Innovationen brauchen Management



Seite 46 —
Regionales Bio-Rindfleisch in Kantinen

Für das Netzwerk

INSIDE

- 5 — Neuer Name für die DVS
- 5 — Sieben deutsche Wettbewerbsbeiträge bei der EU eingereicht

DAS WAR

- 6 — Bundesweites LEADER-Treffen
- 6 — Gute Ideen für mehr Klimaschutz mit LEADER
- 7 — Wie Mobilität gelingen kann
- 8 — Insekten als Futtermittel

DAS KOMMT

- 8 — Vormerken: Veranstaltungen zu Agri-Photovoltaik, Stallbau und Tierwohl, Schulungen für Regionalmanagements
- 9 — Gemeinsam wachsen: Workshop für Aktive in EIP-Agri

Im Fokus

- 10 — Intro
- 12 — Herausforderung für Landwirtschaft und Politik
- 14 — Was tun, damit für alle genug da ist?
- 15 — Eine Zukunftsaufgabe – Einschätzung
- 15 — Ohne Wasser keine Landwirtschaft – Einschätzung

UMSICHTIGER UMGANG MIT WERTVOLLER RESSOURCE

- 16 — Wasserschonend wirtschaften
- 18 — Wasser und Landwirtschaft
- 20 — Damit Landschaft Niederschläge bindet
- 22 — Klimakulturlandschaft Kannawurf
- 24 — „Das Thema Grundwasser wird immer wichtiger“

WAS BRAUCHT ES NOCH?

- 26 — Keinen Tropfen verschwenden
- 27 — Kooperativ für Wasserrückhalt
- 28 — Mit Konzept
- 29 — Aus der Ferne versorgt? – Interview



ab Seite 10

Im Fokus: Wasser – zu viel, zu wenig, genug?

Einen Eindruck von der Wasserverfügbarkeit bekommt, wer aufs Land schaut: Im Frühsommer war es zu trocken, um zu säen, in Juli und August vielerorts zu nass für die Getreideernte. Das ist anders als der prognostizierte Trend und ein Beispiel dafür, wie unkalkulierbar Wetter im Zuge des Klimawandels wird. Wie steht es also tatsächlich um die Wasserverfügbarkeit? Und was kann dazu beitragen, sie zu sichern?

Aus der Praxis

- 30 __ Gemeinsam die Grenzregion beleben
- 32 __ Langsam reisen mit LEADER
- 34 __ **Für eine Renaissance der Nuss**
Der Verein Grünspecht e. V. aus Happurg in Mittelfranken bringt regionale Walnüsse und Esskastanien zurück auf die Teller. Damit will er Landschaftselemente wie Bäume und Gehölze wieder sinnvoll nutzen und dazu beitragen, an Feldern und Äckern neue Baumbestände und Lebensräume zu schaffen.
- 36 __ Ein Steig für Schwärmer

Prozesse und Methoden

- 38 __ Akademie für Dörfer

Forschung trifft Praxis

- 40 __ **Innovationen brauchen Management**
Es gibt immer wieder neue Ideen für landwirtschaftliche Betriebe – etwa, Insekten als Futtermittel einzusetzen. Die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen hat eine Innovationsmanagerin eingestellt, um Informationen über neuartige Ansätze zu sammeln, Wissen zu generieren und Betriebe zu unterstützen.

Perspektiven

PARTNER & EXPERTEN

- 42 __ Das Archiv im Boden

POLITIK & GESELLSCHAFT

- 44 __ Soziale Innovationen für die kommunale Energiewende

BILDUNG & FORSCHUNG

46 __ **Qualität statt Quantität**

Das Projekt „GanzTierStark“ hat im Großraum Berlin-Brandenburg erfolgreich eine Wertschöpfungskette für Rindfleisch aus ökologischer Weidehaltung aufgebaut. Wenn Bio aus der Region in Großküchen eine größere Rolle spielen soll, braucht es engagiertes Leitungspersonal in Küchen und unterstützende Maßnahmen.

- 48 __ Vierte Säule der Altersversorgung

DIE POSITION

- 49 __ Wir brauchen eine Quote und mehr Beratung!

Service

- 50 __ angelesen
- 51 __ angekündigt
- 52 __ Termine



Liebe Leserinnen und Leser,

seit Dezember 2000 gibt es in der EU mit der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ein Instrument, das Ziele für den Schutz und die nachhaltige Nutzung von Gewässern – einschließlich der Grundwasserkörper – festlegt: ein breiter Ansatz mit vielen Beteiligungsmöglichkeiten, der länderübergreifend wirkt und dessen Kosten nach dem Verursacherprinzip getragen werden sollten. Die WRRL sah vor, bis zum Jahr 2015 einen guten ökologischen und chemischen Zustand aller Gewässer zu erreichen. Bereits 2009 wurde der Zeitrahmen bis 2021 verlängert, 2018 dann bis 2027. Was ist bisher passiert? Im Jahr 2021 hat das Umweltbundesamt für acht Prozent der deutschen Flüsse und Bäche einen guten oder sehr guten ökologischen Zustand festgestellt. Alle anderen sind mäßig, unbefriedigend oder schlecht. Man könnte unterstellen, dass das Thema nicht mit höchster Priorität angegangen wurde. Zudem können nach 2027 ökonomische Aspekte noch stärker betont und Qualitätsziele sogar gesenkt werden.

23 Jahre nach der WRRL gibt es nun die Nationale Wasserstrategie. Ihr Ziel ist es, bis 2030 entscheidende Maßnahmen zu ergreifen, um den Umgang mit Wasser krisenfest zu gestalten. Auch Wasserknappheit wird thematisiert, und wir erfahren beispielsweise, dass das Vorhandensein intakter Wälder den Wasserkreislauf und -haushalt beeinflusst.

Schauen wir auf den Wald – ein Stück Heimat –, manche baden sogar darin: Auf von Trockenheit vorgeschädigten Standorten findet man allerdings immer öfter Kahlflächen. Sie sind leicht zu erkennen. Wer's kann, kann in den Bäumen lesen, wie es ihnen geht. Wenn Sie das nächste Mal durch den Wald spazieren, schauen Sie doch einmal nach oben, zum Beispiel in die Kronen der Buchen. Ragen spießartige, belaubte Äste oder krallenförmige Astenden aus der schon durchscheinenden Krone, dann sehen Sie Schadstufe 1 oder 2. Sind Teile der Krone abgestorben und verlagern sich zum Stamm, ist es Stufe 3 bis 4. Eine ungeschädigte Buche zeigt einen geschlossenen, dicht belaubten Kronensaum, der weder Dellen noch Ausbuchtungen hat. Schwer zu finden heutzutage. Dabei soll der Wald doch helfen, den Klimawandel abzufedern – also Kohlenstoff speichern, den Wasserabfluss verzögern und auch kühlen.

Vor diesem Hintergrund kreisen zu viele Diskussionen immer noch um: Das gab's doch schon immer, nicht wir, nicht jetzt, nicht so. Das müssen wir überwinden. Die Realität zeigt: Es ist egal, ob wir Klimaskeptiker oder Aktivistin sind. Es trifft uns alle, gemeinsam.

Dazu, wie wir reagieren können, finden Sie Beispiele im Heft.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Jan Swoboda

Dr. Jan Swoboda ist Leiter der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume – für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU

Impressum

LandInForm –
Magazin für Ländliche Räume
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 12 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume – für die Gemeinsame
Agrarpolitik der EU (DVS)
Redaktion: Anja Rath, Andrea Birrenbach,
Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)
Redaktionelle Unterstützung: Arno
Blaskowski und Sophia Drechsler (DVS),
neues handeln AG

Titelbild: iStock.com/Uwe Moser

Rückseite: deagreerz / stock.adobe.com

Gestaltung: Max Nestor, Nestor GmbH
www.studionestor.de

Druck: Kunst- und Werbedruck,
Bad Oeynhausen
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3461, -3435
Fax: 030 1810 6845-3361
E-Mail: landinform@ble.de
www.dvs-gap-netzwerk.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter
www.land-inform.de und unter
www.ble-medien-service.de

Anmerkungen der Redaktion:

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen.

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.

Gendergerechte Sprache ist uns ein Anliegen. Deshalb investieren wir Zeit und Mühe, um die Texte diskriminierungsfrei zu gestalten. Wir wenden dabei die Regeln der deutschen Sprache an.

LandInForm wird durch die Europäische Union im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik gefördert. Zuständige Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:

Iris Bahr: iba, Camilla Bentkamp: cbe, Andrea Birrenbach: abb, Arno Blaskowski: abl, Sophia Drechsler: sdr, Jan Freese: jaf, Leonie Göbel: lgo, Marie Halbach: mha, Markus Hinskes: him, Stefan Kämper: stk, Moritz Kirchesch: mok, Felix Kupfernagel: fku, Isabella Mahler: ima, Dagmar Nitsch: dan, Anja Rath: arh, Jan Swoboda: jas, Dirk Thieves: dth, Heike Zipper: hez

Für das Netzwerk



Neuer Name für die DVS

Die DVS hat seit 2023 den Auftrag, alle, die an den Themen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU arbeiten, zu vernetzen. Zur ländlichen Entwicklung – dem bisherigen Schwerpunkt der DVS – sind also weitere Themen hinzugekommen: die Unterstützung landwirtschaftlicher Unternehmen im Rahmen von Direktzahlungen und Agrarumweltmaßnahmen der ersten Säule der GAP, außerdem die Sektorprogramme für den Anbau von Hopfen, Obst, Gemüse, Wein sowie für Imkereiprodukte.

Das soll sich in unserem Namen widerspiegeln: Aus der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume wird die „Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume – für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU“. Wir nutzen auch eine neue Internetadresse: www.dvs-gap-netzwerk.de. Unsere bisherigen Kontaktmöglichkeiten bleiben alle erhalten. Wir arbeiten derzeit daran, die Namensänderung und das erweiterte Aufgabenfeld visuell umzusetzen – und wollen mit der Dezemberausgabe unser neues Logo präsentieren. [arh]



KONTAKT:
Dr. Jan Swoboda, DVS
Telefon: 0228 6845-3956
dvs@ble.de
www.dvs-gap-netzwerk.de

Sieben deutsche Projekte im Rennen

Mit den „Agricultural and Rural Innovation Awards“ (ARIA) wird die EU im Dezember Projekte für zukunftsweisende Ansätze in Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung auszeichnen. Für Deutschland sind Mitte August sieben Projekte in die Vorrunde gestartet.

Von Jugendfonds bis Käferfalle

So der „Holzland€ash“ aus der LEADER-Region Saale-Holzland: Über den Jugendfonds bestimmen junge Menschen demokratisch, welche Jugendprojekte sie fördern und lernen bei der Verwaltung Förderstrukturen und -instrumente kennen. Aus Thüringen bewirbt sich auch das Projekt „Weidewohne“, bei dem Schäfereien die Landschaftspflege durch Beweidung mit regionaler Fleischvermarktung kombinieren. Um „Transparenz – von der Ladentheke bis zum Erzeuger“ bemüht sich das eingereichte Lernort-Bauernhof-Projekt aus Niedersachsen. Beim Wettbewerbsbeitrag aus Sachsen-Anhalt setzen sich Engagierte aus Landwirtschaft, Naturschutz und Wirtschaft dafür ein, einen wichtigen Rastplatz für Kraniche zu schützen, der durch den Bau der Helme-Talsperre entstanden ist. Auch ein weiteres Projekt hat eine Vogelart im Fokus: den Steinkauz. Aus Bayern tritt „Mensch – Biene – Bildung“ an: In dem Pro-

jekt stellen Menschen mit Beeinträchtigungen auf einer wiederbelebten Streuobstwiese vor, wie deren Pflege, die Gewinnung von Obst und die Imkerei zusammenhängen. Aus gutem Grund weniger insektenfreundlich ist die „Beetle Sound Tube“: Das Kombi-System aus Mikrophon, Falle und Software warnt, wenn im Getreidesilo Vorratschädlinge aktiv sind. Es wurde im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ entwickelt.

EU-Förderung sichtbar machen

„Es können nur Projekte teilnehmen, die von 2014 bis 2022 über Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU gefördert wurden“, erklärt Iris Bahr, die bei der DVS den Wettbewerb koordiniert. Zwei der vier Wettbewerbskategorien gehören zum Bereich Regional- und Dorfentwicklung, also dem Förderschwerpunkt von LEADER-Regionen. „Es dürfen aber nur maximal zwei LEADER-Projekte eingereicht werden“, so Bahr. Die DVS drückt allen Kandidaten die Daumen: Voraussichtlich Ende September entscheidet eine Jury, welche 24 Projekte in die Endrunde gelangen. Im November beginnt das Rennen um den Publikumspreis. „Wir hoffen, dass sich wieder viele am Popular Vote beteiligen.“ [arh]



Breites Themenspektrum eingereicht: von Lernort Bauernhof über Vogelschutz bis zu innovativer Technik



SERVICE:
Mehr zu ARIA unter
https://eu-cap-network.ec.europa.eu/agricultural-and-rural-inspiration-awards-2023_en
Und #ARIAwards2023

KONTAKT:
Iris Bahr, DVS
Telefon: 0228 6845-2820
dvs@ble.de
www.dvs-gap-netzwerk.de

Das war



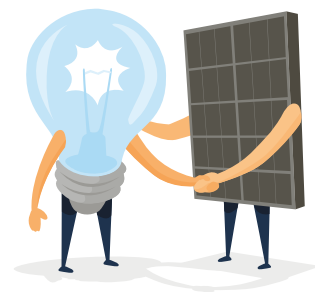
Bundesweites LEADER-Treffen

Im Mai trafen sich Vorsitzende und Aktive aus neuen wie bekannten LEADER-Regionen, Regionalmanagements sowie für die Programmverwaltung Zuständige zum ersten großen Vernetzungstreffen in Präsenz seit 2019. „Sich wieder zu treffen, hatte eine Qualität an sich. Es war eine große Begeisterung spürbar“, sagt Stefan Kämper von der DVS. Dazu trugen das Regionalbuffet am ersten Abend und die Party am zweiten bei. Neben positiven Stimmen gab es kritische. „Es wurde ein großes Bedürfnis von Teilnehmenden aus der Praxis deutlich, sich über überbordende Bürokratie Luft zu machen, insbesondere die zur Vermeidung von Interessenkonflikten bei der Projektauswahl.“ Ein Ziel des LEADER-Treffens ist, den offenen Austausch auf Augenhöhe zu ermöglichen. „Wir wollen im kommenden Jahr einen moderierten Austausch in Ländergruppen anbieten, auch weil viele Themen sinnvoller landesspezifisch diskutiert werden können.“ Exkursionen, um „Praxis hautnah“ zu erleben, gehören natürlich auch wieder zum Programm. [arh]



SERVICE:
Zur Dokumentation mit im Nachgang ergänzten Inhalten: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leadertreffen

KONTAKT:
Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de



Gute Ideen für mehr Klimaschutz mit LEADER

Die DVS nahm bei einer Online-Veranstaltung sechs Praxisbeispiele sowie den Transfer von Klimaschutz-Ideen in den LEADER-Kontext in den Fokus. Rund 80 Teilnehmende haben die Gelegenheit genutzt, die vorgestellten praktischen Ansätze kennenzulernen.

Was tun, wenn der schnelle Solarausbau an Fachkräften scheitert? In Deutschland haben sich nach Schweizer Vorbild Initiativen zum solaren Selbstbau gegründet, die mit Laien einfach selbst Anlagen auf Dächern montieren. So beispielsweise der Verein SoLocal Energy. Wie das geht, ist in einem Handbuch nachzulesen.

Auch die Kampagne „Pack’s drauf“ verfolgt das Ziel, mehr Photovoltaik auf unsere Dächer zu bringen und veranstaltet dazu „Solarpartys“: Sie macht sich die wissenschaftliche Erkenntnis zunutze, dass mehr Solaranlagen installiert werden, wenn es sie im direkten Umfeld bereits gibt. Der Solarenergie-Förderverein Deutschland koordiniert die Kampagne und bietet zudem eine unabhängige Beratung zum Thema Solar an.

Eine neutrale, also von wirtschaftlichen Interessen unabhängige Beratung ist auch für Kommunen, Unternehmen und Bürger wichtig, um die Wärmewende zu gestalten: Im Kreis Steinfurt berät die Servicestelle Wärme des „Energiewald 2050 e. V.“.

Auf eine Verbindung von Klimaschutz und Ernährung, regionale Wertschöpfung und eine aktive Vernetzung vor Ort setzen die sogenannten Feierabendmärkte. Die Idee ist einfach: Auch Berufstätige sollen nach der Arbeit regio-

nal einkaufen können. Die Initiative „Lebenswertes Bördeland und Diemeltal e. V.“ hat dazu einen Leitfaden erstellt.

Der „Bürger:innenrat“ der Region Freiburg zeigt, wie Klimaschutz, demokratische Teilhabe sowie interkommunale Zusammenarbeit gemeinsam vorangebracht werden können: Dafür wurden in der Region 91 Personen ausgelost, um der Politik konkrete Maßnahmen für eine Versorgung der gesamten Region aus 100 Prozent erneuerbaren Energien vorzuschlagen. Die Idee zum ersten interkommunalen Beirat stammt von der gleichnamigen Bürgerinitiative; der Verein „all we do“ und die Leibfried Prozessbegleitung haben den Prozess maßgeblich gestaltet.

Wie wird Klimaschutz in LEADER vom Projekt zum Prinzip? Teilnehmende konnten von der LEADER-Region Allerleinetal lernen, wie das gehen kann. Die Region ist auf einem guten Weg, „100% Erneuerbare Energien-Region“ zu werden.

Und was tun, wenn LEADER das richtige Netzwerk ist, aber für die aktuelle Idee nicht der geeignete Fördertopf? Dann hält vielleicht die Nationale Klimaschutzinitiative die passende Förderung bereit. Die Agentur für Kommunalen Klimaschutz berät dazu. [mha]



SERVICE:
Zur Dokumentation der Veranstaltung mit weiteren Infos zu den vorgestellten Projekten: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/transferwerkstatt

KONTAKT:
Marie Halbach, DVS
Telefon: 0228 6845-2614
marie.halbach@ble.de

Das war



Zu Besuch im Ortsteil Mühlhausen, der Carsharing anbietet

Wie Mobilität gelingen kann

Das Auto ist häufig die einzige Möglichkeit, auf dem Land das gewünschte Ziel in akzeptabler Zeit zu erreichen. Dort die Mobilität sicherzustellen und gleichzeitig mit Alternativen zum eigenen Fahrzeug etwas für den Klima- und Ressourcenschutz zu leisten, ist also herausfordernd. Dafür braucht es engagierte Menschen, die gemeinsam ein Ziel verfolgen, einen stetigen Austausch, politische Unterstützung, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit – und einen langen Atem. LEADER kann dabei unterstützen. Wie, war Thema beim DVS-Transferbesuch im Juni. Insgesamt etwa 30 Teilnehmende aus dem LEADER-Bereich besuchten den Schwalm-Eder-Kreis,

Fotos: DVS



der Anteile an vier LEADER-Regionen hat. In der LEADER-Region Knüll liegt Homberg (Efze). Dort setzt man sich schon länger mit Fragen der Mobilität auseinander, wie Dr. Nico Ritz, Bürgermeister der Stadt Homberg (Efze), in seinem Grußwort deutlich machte.

Klimaschutzkonzept gibt Impuls

Klimaschutzmanagerin Helene Peters berichtete von den Anfängen: Die Mobilität rückte in Homberg (Efze) im Rahmen des Klimaschutzkonzepts von 2015 in den Fokus. So analysierten vier Homberger Institutionen gemeinsam ihre betriebliche Mobilität, vom Fuhrpark über Dienstreisen bis hin zu den Arbeitswegen der Angestellten. Michael Schramek, geschäftsführender Gesellschafter des Beratungsunternehmens Ecolibro GmbH sowie des Carsharing-Unternehmens „Regio. Mobil Deutschland GmbH“, war involviert und stellte die Folgeprojekte vor: den gemeinsamen Carsharing-Pool sowie das „Pulsierende Carsharing“, die nach der Analyse eingeführt wurden.

Mit einem Wettbewerb wollte die Stadt Homberg (Efze) das Carsharing in ihren ländlichen Stadtteilen voranbringen. Zwei Ortschaften gelang es, ein Fahrzeug gemeinschaftlich zur Verfügung zu stellen. Sie gewannen zwei zusätzliche Fahrzeuge. Dank des Carsharing-Angebots habe sie darauf verzichten können, sich ein neues Auto anzuschaffen, schilderte eine der beteiligten Aktiven. Von 2020 bis 2023 setzte die Region zudem ein aus dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung gefördertes Carsharing-Projekt mit Schwerpunkt Kommunikation um. Auf der Reiseaus-

Wo gibt es was und wie komme ich von hier nach dort: Beim Traffic Planning setzten sich die Teilnehmenden mit der Mobilität im Schwalm-Eder-Kreis auseinander.

kunftsplattform CleverRoute zeigt die Stadt verschiedene Alternativen für die Anreise auf. Nun soll das Projekt „PedelecSharing im Rotkäppchenland“ den Radverkehr voranbringen.

Projekte aus weiteren Regionen

Maurice Eickhoff, Mobilitätsmanager des Saarpfalz-Kreises, veranschaulichte, wie Freizeitangebote und ÖPNV durch den „Biosphärenbus“ im Biosphärenreservat Bliesgau miteinander verknüpft werden und welchen Vorteil das für die dortige Bevölkerung hat. Jutta Seuring und Nicole Backhaus stellten den Nationalpark Kellerwald-Edersee als Teil der „Kooperation Fahrtziel Natur“ von Deutscher Bahn und drei bundesweit agierenden Naturschutzverbänden vor. Sie gingen darauf ein, welche Bedeutung die Reaktivierung der Bahnstrecke für die Region hatte; der Prozess dauerte von 2003 bis 2018. Auch Hilke Feddersen, Geschäftsführerin des Naturparks Lüneburger Heide, weiß, was es heißt, ein Kooperationsprojekt über Jahrzehnte am Laufen zu halten: Sie stellte das „Heideshuttle“ vor, das seit 2006 für Nutzende kostenlos zur Verfügung steht.

„Traffic Planning“ – spielerisch Mobilität gestalten

Zum Abschluss ging es noch einmal in den Schwalm-Eder-Kreis, ohne den Tagungsort zu verlassen: Mit dem interaktiven Spiel „Traffic Planning“ wurde die Region als Karte sichtbar, mit Hilfe verschiedener Mobilitäts-Apps konnten die Teilnehmenden virtuell darin unterwegs sein. In der anschließenden Diskussion kamen wesentliche Probleme im Angebot des ÖPNV zur Sprache, beispielsweise lange Umsteigezeiten. „Diese Methode ist ein guter Einstieg, um das Thema Mobilität in Regionen mit den Menschen vor Ort besprechen und weiterentwickeln zu können“, sagt Moritz Kirchesch vom Team Regional- und Dorfentwicklung bei der DVS. [mok/arh]

i

SERVICE:

Veranstaltungsdokumentation unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/mobilitaet

KONTAKT:

Moritz Kirchesch, DVS
Telefon: 0228 6845-3968
moritz.kirchesch@ble.de

Das war

Insekten als Futtermittel



Zu Besuch bei Insektenhersteller Probanda: Gründer Christian Benning erklärt den Teilnehmenden die Produktion.

Die Änderung der EU-Verordnung Nr. 999/2001 machte im August 2021 die Verwendung von Insekten als Futtermittel möglich. Seitdem gewinnt das Thema zunehmend an Bedeutung. Insekten bieten nicht nur einen hohen Proteingehalt, sondern können auch lokal produziert werden, was Transportwege reduziert. Im Juli 2023 kamen in einer vom Netzwerk Fokus Tierwohl und der DVS organisierten Veranstaltung rund 60 Teilnehmende aus Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, Tierschutz und Landwirtschaft in Wiesbaden zusammen, um über die Chancen und Herausforderungen von Insekten als Futtermittel zu sprechen und neue Kontakte zu knüpfen.

Exkursionen waren ein Highlight

Die Teilnehmenden besuchten die Probanda GmbH, die Proteinfutter aus Larven der Schwarzen Soldatenfliege herstellt. Für diese innovative Geschäftsidee hat das Unternehmen den Hessischen Gründerpreis 2022 erhalten. Die Gründer Luisa und Christian Benning ermöglichten einen Einblick in ihre Produktionsanlagen und beantworteten Fragen.

An der Technischen Hochschule (TH) Bingen beschäftigen sich einige aktuelle Forschungsprojekte mit der Nutzung von Insekten in der Kreislaufwirtschaft. Wissenschaftlerin Laura Schneider stellte Erkenntnisse zum Einsatz von regionalen Nebenprodukten für die Aufzucht von Insekten vor. Drei weitere Stationen boten den Teilnehmenden Einblicke in die Studien der TH und deren praktische Anwendung, darunter die Lebendverfütterung von Larven an Masthähnchen.

Informationen und Diskussionen

Der zweite Tag der Veranstaltung begann mit informativen Vorträgen. Dr. Arnhild Wolter vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Antje Rübekiel vom Regierungspräsidium Gießen und Dr. Karen Jacobsen vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen sprachen über die rechtlichen Aspekte der Insektenproduktion und die Herausforderungen für die Überwachung. Aus der Praxis berichtete Wolfgang Westermeier, Mitgründer der FarmInsect GmbH.

Die drei anschließend parallel stattfindenden Diskussionsrunden boten Möglichkeiten für einen intensiven Austausch. In der von Dr. Philipp Hofmann, Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft, begleiteten Runde zu Möglichkeiten und Grenzen der Insektennutzung in der Geflügelhaltung diskutierten die Teilnehmenden vor allem über die Wirtschaftlichkeit und die rechtlichen Rahmenbedingungen. Sie betonten, dass es weitere Forschung zur möglichen Krankheitsentwicklung und -übertragung bei Insekten brauche. Auch die von Dr. Nils Grabowski, Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover, begleitete Diskussionsrunde sah Forschungsbedarf, und zwar zur artgerechten Haltung und Fütterung von Insekten. Zudem gelte es, EU-Recht und Tierschutzstandards an die Besonderheiten von Insekten anzupassen. Ob und wie Insektenlarven – lebendig oder tot – in der Geflügelhaltung als Beschäftigungsmaterial dienen könnten, diskutierte die von Dr. Henrike Glawatz vom Moorgut Kratzfehn begleitete Runde. [him]



SERVICE:
Dokumentation unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/insekten

Das kommt



Vormerken

Online-Veranstaltung am 10. Oktober

Agri-Photovoltaik



SERVICE:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/agri-pv

Veranstaltung am 25. und 26. Oktober 2023 in Bayern und Baden-Württemberg; DVS mit Netzwerk Fokus Tierwohl

Stallbau und Tierwohl für Schweine



SERVICE:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/stallbau

Reihe startet mit erstem Termin vom 12. bis 15. Dezember

Schulung für LEADER-Regionalmanagements



SERVICE:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/schulungen

KONTAKT:
Markus Hinskes, DVS
Telefon: 0228 6845-2185
markus.hinskes@ble.de

Das kommt

stein, stellen die ersten Erkenntnisse aus der vergangenen Förderperiode vor.

EIP-Agri bietet auf europäischer Ebene viele Vernetzungsmöglichkeiten, zum Beispiel durch thematische Netzwerke: Über einen zeitlich begrenzten Zeitraum sammeln Akteure vorhandenes Wissen und bewährte Verfahren zu einem bestimmten Thema, um es in leicht verständlicher Form, etwa für die land- und forstwirtschaftliche Praxis oder die Beratung, zur Verfügung zu stellen. Kathrin Böhling von der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft aus dem thematischen Netzwerk „FOREST4EU“ erklärt, wie OGs aus dem Forstbereich das Netzwerk für die Vermittlung ihrer Erkenntnisse nutzen können.

Die Frage, ob EIP-Agri und LEADER ein Traum-paar sein können, wird Stefan Kämper von der DVS beantworten. LEADER ermöglicht als methodischer Ansatz der Regionalentwicklung, dass Menschen in ländlichen Räumen ihre Region gemeinsam weiterentwickeln können; auch Projekte aus der Landwirtschaft sind förderfähig.

Um mehr über bereits laufende Projekte von OGs und anderen Initiativen zu erfahren, laden wir am ersten Tag zudem auf einen „Marktplatz“ ein. Dort werden die Ergebnisse mithilfe von Postern präsentiert, darunter auch Horizont-Europa-Projekte. Das beste Poster bekommt einen Preis.

Tipps für die Projektarbeit

Am zweiten Tag widmen wir uns der Projektarbeit. In sechs Workshops erarbeiten die Teilnehmenden, welche Informationen eine gute Pressemitteilung enthält und wie sie vorgehen können, um eine geeignete Förderung für ihr Projekt zu finden. Wir überlegen bei einem Multiakteurs-Simulationsworkshop, wie sich bereits zu Beginn der Antragsstellung die Interessen aller Akteure berücksichtigen lassen. Zudem thematisieren wir – für den Fall eines Konflikts – die Möglichkeiten der Mediation. Wir besprechen die Grundlagen des Projektmanagements und organisieren speziell für die Teilnehmenden der Bewilligungsstellen ein eigenes Treffen.

Zielgruppe der Veranstaltung sind Mitglieder von OGs, Innovationsdienstleister (IDL) der Länder sowie Interessierte aus Praxis, Wissenschaft, Beratung und Verwaltung. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei.



Anbau von Hanf im Werra-Meißner-Kreis

Gemeinsam wachsen: Workshop für Aktive in EIP-Agri

Der 7. bundesweite Workshop für Operationelle Gruppen (OGs) findet am 17. und 18. Oktober in Kassel statt. Dabei stehen sowohl EIP-Projekte und praktische Tipps als auch das Knüpfen von Kontakten im Fokus.

[VON LEONIE GÖBEL]

Kann bei Aufforstungen eine spezielle Auswahl an Bäumen, Sträuchern und Kräutern dazu beitragen, dass ein Lebensraum mit hohem ökologischem Wert für blütenbestäubende Insekten entsteht? Diese Frage stellt sich die Operationelle Gruppe (OG) „Zukunftsfähiger Bienenwald“. Ihre Versuchsflächen sind Ziel einer unserer beiden Exkursionen im Rahmen des 7. bundesweiten Workshops für OGs mit dem Titel „Gemeinsam wachsen“. Vor Ort besichtigen die Teilnehmenden verschiedene Anpflanzungen sowie Versuche zu Bienenwald-Baumarten und Waldbühntreifen.

Die zweite Exkursion führt zu einem ökologischen Geflügelschlachtbetrieb. Er war Mitglied der OG „CAREFUL“, die sich damit be-

schäftigt hat, Kohle als Einstreu in der Geflügelhaltung zu verwenden. Außerdem geht es zum Kompetenzzentrum HessenRohstoffe (HeRo), das Mitglied der OG Hanfanbauer Werra-Meißner ist: Wir schauen uns eine mobile Hanfsortieranlage und eine kleine Hanf-Ölpressen an, während wir von den Ergebnissen der OG-Arbeit erfahren.

Chancen der Vernetzung

Am Nachmittag des ersten Veranstaltungstags geht es im Plenum weiter. Als europäisches Förderprogramm wird EIP-Agri regelmäßig evaluiert. Susanne Stegmann von BonnEval, Evaluationsbüro für Brandenburg, Berlin und Thüringen, und Winfried Eberhardt vom Thünen-Institut, Evaluationsbüro für Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Hol-



SERVICE:
Zur Anmeldung:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-og-7

KONTAKT:
Dr. Leonie Göbel, DVS
Telefon: 0228 6845-3998
leonie.goebel@ble.de

IM FOKUS

Wasser – zu viel, zu wenig, genug?

Einen Eindruck von der Wasserverfügbarkeit bekommt, wer aufs Land schaut: Im Frühsommer war es zu trocken, um zu säen, in Juli und August vielerorts zu nass für die Getreideernte. Das ist anders als der prognostizierte Trend und ein Beispiel dafür, wie unkalkulierbar Wetter im Zuge des Klimawandels wird. Trotz Niederschlägen haben sich viele Böden in Deutschland noch nicht vom Dürrejahr 2018 erholt. Wie steht es also tatsächlich um die Wasserverfügbarkeit? Und was kann dazu beitragen, sie zu sichern?

Insbesondere an heißen Sommertagen steigt der Wasserbedarf: Bei Verbrauchsspitzen kann es zu Engpässen kommen, weil versorgende Leitungen überlastet werden.

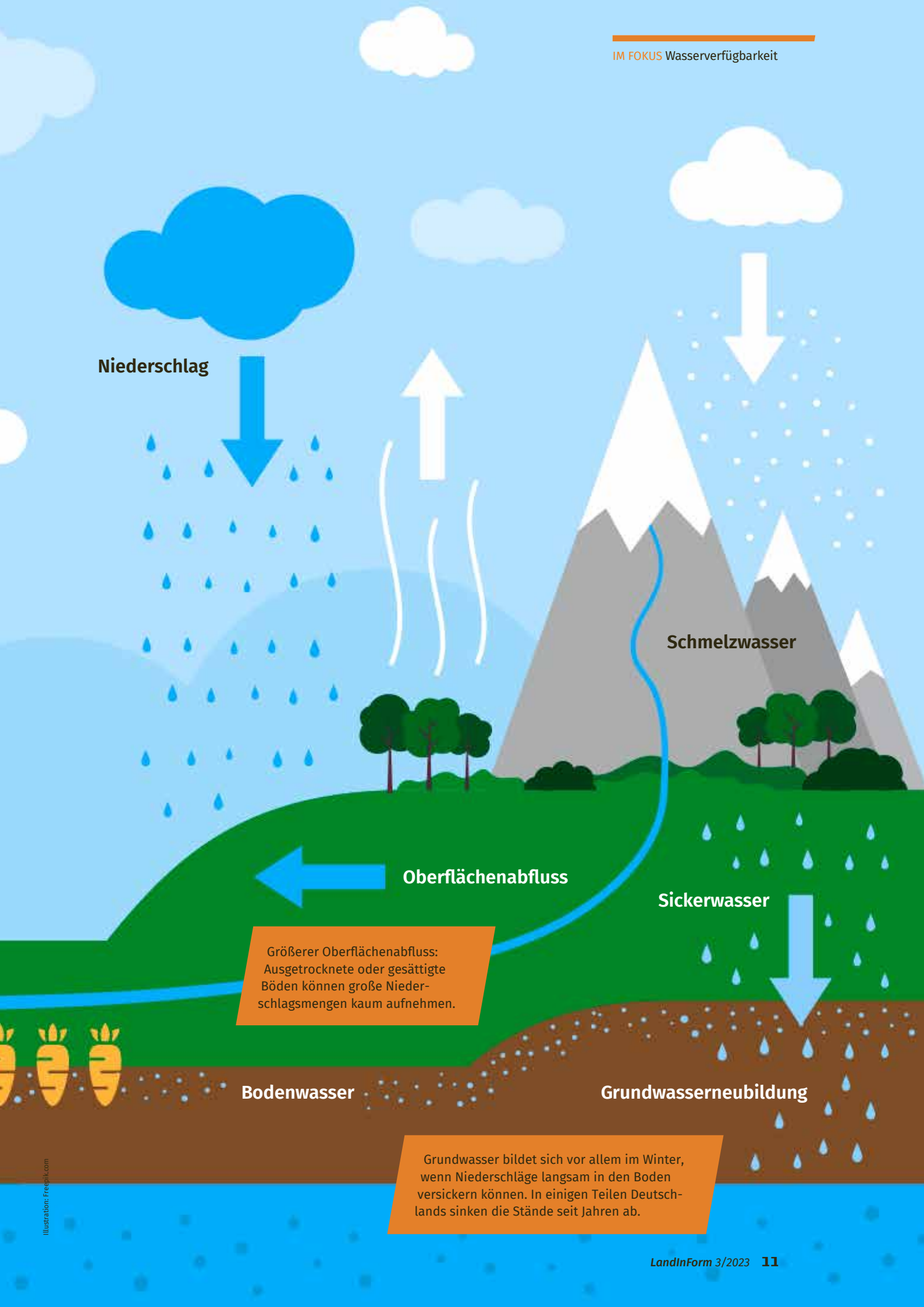
Höhere Verdunstung: In zunehmend wärmeren Sommern geben Böden, Gewässer und Pflanzen mehr Wasser in die Atmosphäre ab.

Verdunstung

Bodenwasser: Nur die Feuchtigkeit im Boden steht Pflanzen für ihr Wachstum zu Verfügung.

Verbrauch

Grundwasser



Niederschlag

Schmelzwasser

Oberflächenabfluss

Sickerwasser

Größerer Oberflächenabfluss:
Ausgetrocknete oder gesättigte
Böden können große Nieder-
schlagsmengen kaum aufnehmen.

Bodenwasser

Grundwasserneubildung

Grundwasser bildet sich vor allem im Winter,
wenn Niederschläge langsam in den Boden
versickern können. In einigen Teilen Deutsch-
lands sinken die Stände seit Jahren ab.

Herausforderung für Landwirtschaft und Politik

Der Klimawandel wirkt sich in Deutschland auf die Niederschlagsmuster und Wasserbilanzen aus. Das erschwert die landwirtschaftliche Planung. Das Wassermengenmanagement und der Dialog zu zunehmenden Interessenskonflikten werden wichtiger. [VON NATALIYA STUPAK]

Sieht man von einem kleinen Anteil der landwirtschaftlichen Fläche mit Möglichkeit zur Bewässerung ab, ist Pflanzenbau in Deutschland niederschlagsabhängig. Klimaforscher erwarten bis 2050 in Deutschland keine Änderung der Jahresniederschlagsmengen. Zukünftig ist aber regional mit Veränderungen der Niederschlagsmuster und -form sowie mit zunehmender Verdunstung infolge steigender Temperaturen zu rechnen. Dies hat unmittelbare Effekte auf die Wasserversorgung der Pflanzen und die Grundwasserneubildung.

Fokus erweitert sich

Bis vor fünf Jahren standen für den Gewässerschutz auf Grundlage der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) die Auswirkungen der landwirtschaftlichen Produktion auf den chemischen Zustand des Grundwassers sowie den ökologischen Zustand der Oberflächengewässer im Vordergrund. Der bis dahin für Deutschland weniger relevant scheinende Aspekt der Wasserverfügbarkeit wurde durch die Dürren von 2018 und 2019 deutlich: Sie haben viele Landwirtschaftsbetriebe vor eine neue Herausforderung gestellt und dem Thema Wassermengenmanagement mehr Bedeutung auf der politischen Agenda gebracht.

Die aktuellen Klimaprojektionen ermitteln eine Niederschlagszunahme im Winterhalbjahr. Die Prognosen zur zukünftigen Entwicklung des Niederschlags in der Vegetationsperiode sind mit hoher Unsicherheit verbunden. Für die Sommermonate sind zwar keine wesentlichen Änderungen der Niederschlagsmengen zu erkennen, aber auch bei gleichbleibenden Niederschlagssummen in den

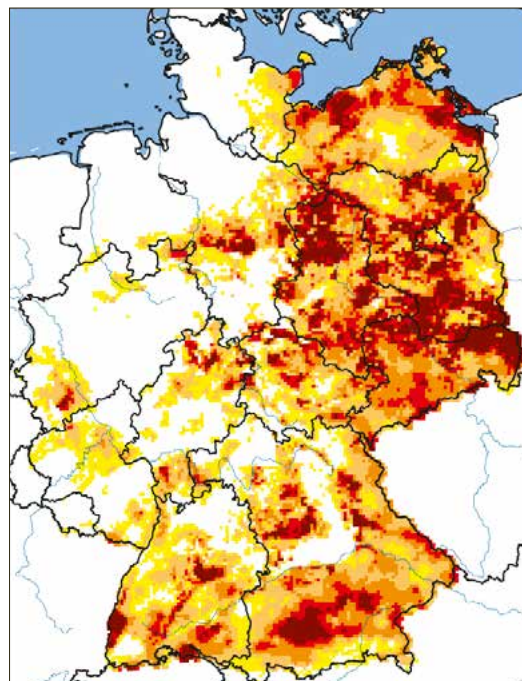
Sommermonaten wird die Wasserverfügbarkeit für die Pflanzen voraussichtlich zurückgehen. Höhere Verdunstung infolge der steigenden Temperaturen führt zur Verschlechterung der klimatischen Wasserbilanz und steigendem Trockenheitsrisiko. Zudem wird erwartet, dass Starkregenereignisse zunehmen, bei denen viel Wasser oberflächlich abfließt. Das wird sich sowohl auf die Wasserverfügbarkeit für die Pflanzen als auch auf die Grundwasserneubildung negativ auswirken.

Eine der wirksamsten Maßnahmen für landwirtschaftliche Betriebe, um den negativen Folgen der Trockenheit und Dürre entgegenzuwirken und Erträge zu stabilisieren, ist die Bewässerung. Sie ist bisher nur auf etwa fünf Prozent der landwirtschaftlichen Fläche möglich. Dafür werden etwa zwei Prozent des gesamten in Deutschland genutzten Wassers in Anspruch genommen. Rund ein Viertel diente 2019 laut Umweltbundesamt (UBA) der öffentlichen Wasserversorgung. Etwa 70

Prozent beanspruchten Bergbau, Energieerzeuger sowie Industrie. Dennoch ist das Potenzial für Interessenkonflikte zwischen landwirtschaftlicher Produktion und anderen Wasser nutzenden Sektoren – vor allem Trinkwasserversorgung – erkannt und thematisiert. Dies vor allem, weil Bewässerung in Deutschland heutzutage überwiegend durch Grundwasserentnahmen erfolgt und genau dann erforderlich ist, wenn Wasserressourcen durch extreme Wetterlagen besonders beansprucht werden. Bereits während der Dürrejahre 2018 und 2019 wurden Wasserentnahmen für Bewässerung regional eingeschränkt, um die Trinkwasserversorgung sicherzustellen.

Nationaler Rahmen

Die im März dieses Jahres beschlossene „Nationale Wasserstrategie“ schafft die Grundlage für die Transparenz über Wasserverfügbarkeit und -verteilung, für die Unterstützung der Verwaltungen in ihren wasserbezo-



Bodenfeuchte Mitte August 2023: Dürre im Gesamtboden bis circa 1,8 m Bodentiefe

- außergewöhnliche Dürre
- extreme Dürre
- schwere Dürre
- moderate Dürre
- ungewöhnlich trocken

Die verregneten Wochen im Juli und August 2023 in Nord- und Westdeutschland haben sich positiv auf die Bodenfeuchte ausgewirkt. Im Osten und Süden waren die Böden Mitte August ungewöhnlich trocken.

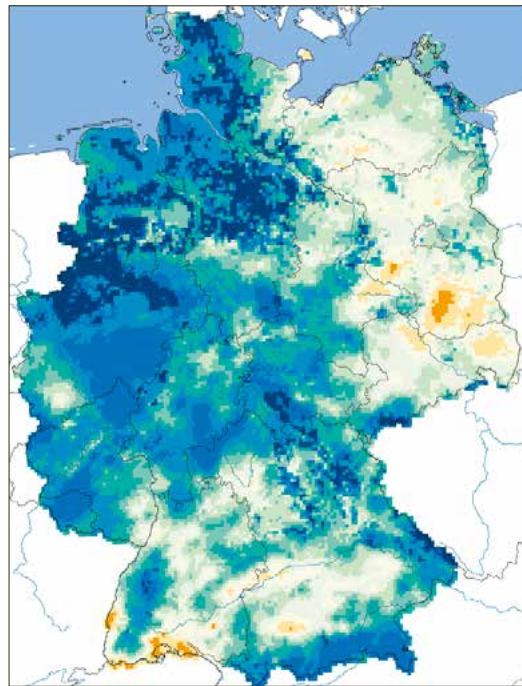
Quelle: UFZ-Dürremonitor/
Helmholtz-Zentrum für
Umweltforschung,
Stand: 16.08.2023

genen Entscheidungen sowie für die nachhaltige Wassermengen-nutzung durch unterschiedliche Akteure. Der Erfolg der Strategie hängt davon ab, wie das zugehörige Aktionsprogramm ausgestaltet und umgesetzt wird.

Um nachhaltige Entscheidungen über die Verteilung von Wasser-nutzungsrechten zu ermöglichen, bedarf es einer soliden Daten-grundlage. Zwar sind Informatio-nen über die Wasserentnahme-erlaubnisse verfügbar, es fehlt aber die flächendeckende Über-sicht über die tatsächlichen Was-serentnahmen sowie über ihre Wirkung auf die jeweiligen Was-serkörper oder das gesamte hydrologische System. Notwendig ist einerseits eine flächendeckende, jahreszeitlich differenzierte Mo-dellierung des Wasserdargebots. Andererseits muss der bestehen-de und zukünftige Wasserbedarf in allen Sektoren erfasst werden – unter Berücksichtigung neuer Nutzungen beispielsweise für die Elektrolyse von Wasserstoff als erneuerbarem Energieträger oder für die Wiedervernässung von Mooren als Klimaschutzmaß-nahme. Nur so kann sicherge-stellt werden, dass die Belastbar-keitsgrenzen von Grundwasser und Oberflächengewässern nicht überschritten werden. Die Transparenz ist für die Erarbeitung und Umsetzung individueller standortspezifischer Klima-anpassungsmaßnahmen wichtig. Um solche Daten-grundlagen zu schaffen, sind nicht nur die bereits vorliegenden wasserbezogenen In-formationen zu harmonisieren und zu konsolidieren, sondern auch neue Daten zu erfassen. Sollte der erwartete Bedarf das er-mittelte Wasserdargebot überschreiten, ist mit zunehmenden Interessenkonflikten zu rechnen. Um diese zu verringern, sind trans-parente Entscheidungen über die Verteilung der begrenzten Ressource Wasser erforder-lich.

Wasser-Governance

Das Ziel der WRRL, bis 2015 einen guten öko-logischen Zustand aller Gewässer zu errei-chen, wurde in Deutschland noch nicht ver-wirklicht. Die Erklärungen dafür sind vielfäl-tig und umfassen laut UBA fehlende Flächen für die Umsetzung der Gewässerentwick-lungsmaßnahmen, zeitliche Verzögerung der positiven Wirkungen der Maßnahmen sowie eingeschränkte personelle und finanzielle Ressourcen bei Maßnahmenplanung, -um-setzung, -monitoring und -kontrolle.



Pflanzenverfügbares Wasser bis 25 cm Bodentiefe



0 Prozent nutzbare Feldkapazität (nFK) = Welkepunkt
 < 30 % nFK = Trockenstress
 < 50 % nFK = beginnender Trockenstress

Quelle: UFZ-Dürremonitor/ Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, Stand: 16.08.2023

Die Herausforderungen des Wassermengen-managements weisen Ähnlichkeiten zum Qualitätsmanagement auf: die Vielfalt ein-flussnehmender Akteure, Wechselwirkungen zwischen ihnen oder die Oberlieger-Unter-lieger-Problematik. Bei der bisherigen Um-setzung der WRRL wurde deutlich, dass die Entscheidungsstrukturen auf Ebene von internationalen oder nationalen Flussge-bietseinheiten nicht immer zu den Verwal-tungsstrukturen und der administrativen Gliederung einer Region passen. Das trägt zum Entstehen von Parallelstrukturen bei und auch dazu, dass Stakeholder an Ent-scheidungsprozessen nicht ausreichend beteiligt werden. Das wiederum führt zu Schwierigkeiten beim Implementieren der Maßnahmen. In Hinsicht auf das Wassermengenmanagement bietet die Ebene eines Einzugsgebiets aber die Möglichkeit, die Übersicht über das gesamte Wasserdargebot und den Wasserbedarf zu behalten, die rele-vanten Daten zu verwalten sowie die Entwicklung der Wasserverfügbar-

Am 16. August 2023, nachdem es in weiten Teilen Deutschlands mehrere Wochen immer wieder geregnet hatte, waren Pflanzen nicht überall gleich mit Feuchtig-keit versorgt. Die nutzbare Feld-kapazität (nFK) beschreibt den Wasseranteil, der Pflanzen aus der Wassermenge, die der Boden halten kann, zur Verfügung steht.



keit und die Auswirkungen der re-gionalen oder lokalen Wassernut-zungen zu modellieren. Entspre-chend können Handreichungen für die unteren Governance-Ebe-nen erarbeitet werden.

Die lokalen wassernutzenden Ak-teure werden die Schlüsselrolle bei der Umsetzung der WRRL so-wie der Nationalen Wasserstrate-gie spielen. Sie sind die Endnutzer und -verwalter der wertvollen Ressource, für die die Zielkonflik-te, die Wechselwirkungen mit an-deren Akteuren sowie die Vertei-lung von Wassernutzungsrechten von größter Bedeutung sind. Da sich der zukünftige Bedarf von Re-gion zu Region unterscheidet, soll-ten die Entscheidungen über die Wasserverteilung auf geeigneten Verwaltungsebenen gemeinsam mit relevanten Nutzern getroffen werden. Die Aufgabe der Politik –

unter anderem bei der Umsetzung der Natio-nalen Wasserstrategie – ist daher, den recht-lichen Rahmen zu schaffen, der Entschei-dungs- und Partizipationsprozesse auf unte-ren Governance-Ebenen ermöglicht und ihre Transparenz fördert. ■

SERVICE:

Fragen und Antworten zur Nationalen Wasserstrategie: www.bmu.de/faqs/nationale-wasserstrategie

Mehr zur Wasserrahmenrichtlinie: www.umweltbundesamt.de/wasserrahmenrichtlinie



KONTAKT:

Dr. Nataliya Stupak
 Thünen-Institut
 Stabsstelle Klima und Boden
 Telefon: 0531 596-1115
nataliya.stupak@thuenen.de
www.thuenen.de



Was tun, damit für alle genug da ist?

Was geschieht, wenn die Landwirtschaft mehr Wasser braucht, um sich an den Klimawandel anzupassen, die Wasserwirtschaft aber mit abnehmenden Mengen wirtschaften muss? Mit Fragen wie dieser haben sich in einem mehrjährigen Dialogprozess Land-, Forst- und Wasserwirtschaft auseinandergesetzt.

Andreas

Lindenmaier

vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz ist im ständigen Ausschuss „Klimawandel“ der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) aktiv. Er hat an der Publikation „Umgang mit Zielkonflikten bei der Anpassung der Wasserwirtschaft an den Klimawandel“ mitgewirkt und den vorangegangenen Dialog begleitet. www.lawa.de

„Herr Lindenmaier, die LAWA kommt in einem Bericht von 2020 zu dem Schluss, dass Zielkonflikte zwischen Wasser- und Landwirtschaft in einzelnen Einzugsgebieten wahrscheinlich sind. Woher stammt die Erkenntnis?

Die LAWA hat 2017 in einem Bericht die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserwirtschaft zusammengefasst. Als Folge hat sie den ständigen Ausschuss „Klimawandel“ gegründet, der im Rahmen einer Literaturstudie untersucht hat, wie Landwirtschaft, Energiewirtschaft, Siedlungen und Wasser zusammenhängen. Ein Ergebnis war, dass die potenziell größten Wechselwirkungen zwischen der Wasser- und der Land- und Forstwirtschaft entstehen. Daraufhin startete der Dialogprozess, bei dem mit Verbänden, Forschung, Ländern und Kommunen der Bericht über die Zielkonflikte erarbeitet wurde.

„Es wird nur gemeinsam gehen.“

Zu welchen Konflikten kann es kommen?

Entweder gibt es zu viel Wasser – oder zu wenig: Manche erwarten, dass die Wasserwirtschaft dafür sorgt, dass genug da ist. Aber es geht nicht darum, es zur Verfügung zu stellen, sondern zu prüfen, wie viel es überhaupt gibt und ob und wie man es verteilen kann. In trockenen Regionen kommen wir mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen an Grenzen. Wo soll dann das Wasser herkommen? Außerdem ist es wichtig, so damit umzugehen, dass langfristig genug zur Verfügung steht. Das kommt den Landwirten entgegen: Wenn sie heute mehr Wasser entnehmen können und dann in 15 Jahren keins mehr da ist, können Flächen nicht mehr bewirtschaftet werden. Im schlimmsten Fall käme es zur Versteppung der Landschaft. Um das zu vermeiden, arbeiten Wasser-, Land- und Forstwirtschaft Hand in Hand. Es geht darum, einen Interessensausgleich zu schaffen und herauszufinden, was möglich ist.

Gibt es ein konkretes Beispiel?

Die Bergtheimer Mulde zwischen Würzburg und Schweinfurt ist eine hoch ertragreiche Region und gleichzeitig eine Wassermangelzone. Es regnet dort wenig und die Grundwasserneubildung nimmt kontinuierlich ab. Wenn man den Begriff googelt, findet man Medienbeiträge wie „Kampf ums Wasser“. Es hat sich ein Verein gegründet, um das Wasser zu verteidigen, und manche Landwirte bauen ihre Brunnen um, um sie vor Sabotage zu schützen.

Seit 2016 gibt es ein Moratorium, dass kein zusätzliches Wasser über die derzeit bestehenden Mengen hinaus für die Landwirtschaft genehmigt wird. Das ist ein harter Prozess, aber dabei haben auch alle gelernt, im Dialog nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Derzeit wird ein Landschaftswasserhaushaltsmodell entwickelt, um zu schauen, wie das Wasser langfristig bewirtschaftet werden kann. Und es gibt Ideen, etwa Wasser aus dem Main in höhere Lagen zu pumpen und dort zu speichern, sodass es im Sommer zur Verfügung steht.

Konflikte lassen sich also lösen?

Wir haben einen Werkzeugkasten mit 16 Vorschlägen entwickelt. Welche Lösung passt, ist einzelfallabhängig: Jede Region ist ein bisschen anders. Die Ideen fangen bei künstlichen Speichern an, gehen über die Züchtung angepasster Sorten, Defizit- oder Tröpfchenbewässerung bis zu Fernverbänden. Wir haben dazu intensiv diskutiert – das Schöne war, dass Beteiligte aus allen Sektoren offen über Nöte und Sorgen gesprochen und Ideen entwickelt haben. Bei allen Praxisbeispielen zeigt sich: Es wird nur gemeinsam gehen. Der Klimawandel kommt und aktuell bestätigen sich die ungünstigsten Szenarien. Sich anzupassen, wird nur mit großem Aufwand und Abstimmungen aller Beteiligten funktionieren. Und es wird allen weh tun.

Herr Lindenmaier, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Anja Rath.



Eine Zukunftsaufgabe

Mario Kestin, Vorstandsvorsteher des Herzberger Wasser- und Abwasserzweckverbands (HWAZ) zur Situation in Brandenburg

Die Region Herzberg im südlichen Brandenburg befindet sich in einer komfortablen Grundwassersituation: Der Vorrat an Wasser ist überaus groß. Das Wasserwerk Herzberg nutzt zur Trinkwassergewinnung drei Tiefbrunnen mit bis zu 145 Metern Tiefe. So kann auch der erhöhte Bedarf in niederschlagsarmen Sommern abgedeckt werden.

Das ist nicht in allen Teilen Brandenburgs so. Und da auch die Landwirtschaft in Zukunft mehr Wasser brauchen wird, unterstützen wir das Forschungsprojekt „FLEXITILITY“: Seit Juni 2023 bis Herbst 2024 reinigen wir einen Teil des Abwassers nicht nur wie gewohnt, sondern zusätzlich mit einer UV-Anlage. Wir arbeiten dazu mit dem Umweltbundesamt, dem Inter 3 Institut für Ressourcenmanagement, der Stadt Herzberg und einer Agrargenossenschaft zusammen. Wir beregnen mit dem gereinigten Wasser Versuchsflächen, auf denen Tierfutter angebaut wird. Zusätzlich testen wir die Bewässerung eines Waldstücks und einer Grünfläche der Kläranlage. Die Durchführung der Versuche wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziell gefördert.

In diesem Jahr rechnen die Landwirte im südlichen Brandenburg angesichts des zunächst ausbleibenden Regens und des insgesamt unbeständigen Wetters mit teils erheblichen Ernteaufschlägen. Wir hoffen, dass die im Projekt gewonnenen Daten dabei helfen, die Wasserwiederverwendung in Deutschland weiterzuentwickeln. Denn sollten sich bei den Versuchen keine grundlegenden Risiken zeigen, kann über die Bewässerung weiterer Pflanzen wie etwa Soja nachgedacht werden. Solche Erkenntnisse würden über die Region hinaus wirken.

Von der Gesellschaft wünschen wir uns eine Bewusstseinsbildung: Die breite Öffentlichkeit hierzulande erkennt bislang nicht, wie wichtig es ist, ständig sauberes Wasser zur Verfügung zu haben. Da die Dienstleister rund um Wasserversorgung, Abwassersammlung und -ableitung sehr gute Arbeit leisten, werden sie nur bedingt wahrgenommen. Wertschätzung und Anerkennung kommen auch in der Berichterstattung lokal, regional und landesweit bisher eher selten vor.



Ohne Wasser keine Landwirtschaft

Landwirtin Dr. Annemarie Heinecke berichtet von ihrem Betrieb in Niedersachsen

Mein Öko-Betrieb mit rund 60 Hektar liegt in der Lüneburger Heide. Auch der meines Mannes: Er führt den konventionellen Betrieb seiner Familie mit rund 250 Hektar, der bis ins Jahr 1430 zurückgeht, weiter. Wir beregnen seit 1976, das ist hier gängige Praxis. Das wichtigste Betriebsmittel in der Lüneburger Heide ist die Beregnung. Ohne Wasser keine Landwirtschaft!

Früher haben wir vor allem Braugerste, Kartoffeln und Zuckerrüben angebaut, aber diese Kulturen brauchen sehr viel Wasser. Die Braugerste im konventionellen Betrieb haben wir deutlich reduziert und auf Grannenweizen umgestellt, denn er verzeiht Trockenperioden eher. Die Fruchtfolgen haben wir ebenfalls angepasst. Doch egal, ob konventionell oder öko: Wir kommen ohne Beregnung nicht aus. Durch die geringere Bestandsdichte benötigt der Ökobetrieb im Vergleich weniger Wasser, aber dadurch wird natürlich auch der Ertrag kleiner.

Zur Beregnung nutzen wir vor allem Tiefbrunnen und einige Flachbrunnen. Manche Kulturen bewässern wir mittlerweile gar nicht mehr. Früher wurde auch tagsüber beregnet, jetzt geschieht das hauptsächlich nachts. Eigentlich bräuchten wir dazu mehr Brunnen und mehr Beregnungskanonen, um effizient zu sein. Mehr Brunnen erlaubt derzeit die Wasserbehörde aber nicht, obwohl wir nicht mehr Wasser verregnen wollen, sondern lediglich mehr Kapazitäten für die Nacht benötigen. Diese Mehrkosten für die Investition würden wir tragen, um noch effizienter zu werden.

Wir haben darüber nachgedacht, unsere eigenen Fischteiche in Bewässerungsteiche umzuwandeln, um Wasser zu speichern. Die Behörden würden mitgehen, aber der Naturschutz nicht, weil unsere Teiche an ein Fauna-Flora-Habitat-Gebiet, kurz FFH, angrenzen: Die Teiche geben Wasser an die umliegenden FFH-Flächen ab, aber eben nur, wenn sie Teiche bleiben und ständig mit Wasser gefüllt sind. Wir brauchen aber Ideen zur Wasserspeicherung. Ich halte es für eines unserer größten Probleme, dass aus der Landschaft zu viel Wasser direkt abfließt – das können wir uns nicht mehr erlauben! ■

Wasserschonend wirtschaften

Es ist genug da: Die Wasserverfügbarkeit spielt in Nordrhein-Westfalen bislang sowohl in der Wasser- als auch der Landwirtschaft eher eine Nebenrolle. Wir haben mit vier Experten gesprochen, die in der Rheinischen Bucht Angebot und Nachfrage von Wasser im Blick haben. Wertschätzend damit umzugehen, ist ihnen wichtig.

[VON ANJA RATH]

Landwirtschaftliche Kulturen sind auf ausreichend Bodenfeuchte angewiesen, ans Grundwasser gelangen die Wurzeln nicht. Laut Wasser-Monitor des Forschungszentrums in Jülich gab es in den fruchtbaren Böden westlich von Köln Mitte Juli unter 40 Prozent pflanzenverfügbares Wasser, punktuell deutlich weniger. Fällt der Wert auf Null, verwelken die Pflanzen. Insbesondere im Gemüse- und Obstanbau, der die Region prägt, wird deshalb bewässert.

Viele involviert

„Ohne Bewässerung erreichen wir im Gemüsebau die Qualität nicht, die der Markt erfordert“, sagt Uwe Kalthoff. Er ist bei der Landwirtschaftskammer (LWK) Nordrhein-Westfalen im Bereich Wasserschutz tätig. „Die Schnittstelle zwischen Landwirtschaft und Wasserschutz ist, den Ertrag zu sichern“, sagt Tim Kollath. Im Auftrag der LWK und finanziert durch den Wasserversorger berät er eine der rund 120 vom Land eingerichteten Wasserschutzkooperationen. Gleichzeitig ist er Geschäftsführer des Wasser- und Bodenverbands Vorgebirge. Der übernimmt für seine Mitglieder die Beschaffung von Wasser sowie Bau und Wartung des Versorgungsnetzes. „Bisher haben wir immer die Wasserrechte erhalten, die wir beantragt haben.“ Der Verband nutzt vor allem Grundwasser und investiert aktuell in neue Brunnen. Ein Grund: „Vom 1. August bis zum Ende des Sommers hat die regionale Wasserbehörde die Entnahme von Oberflächenwasser untersagt“, sagt Dr. Wolfgang Paulus. Er ist im Vorstand des Wasserbeschaffungsverbands (WBV) Wesseling-Hersel. „Das sind Auswirkungen der langen Trockenheit.“ Beim Grundwasser sieht Paulus hingegen keinen Mangel. Dr. Axel Spieß, der technische Leiter des WBV, sagt: „Solange der Rhein Wasser führt, ist Wassermangel bei uns kein Thema.“

Zuverlässiger Strom

Das Vorgebirge, Hersel, Wesseling, Köln: In der Region leben über zwei Millionen Menschen. „An heißen Sommertagen fördern die Kommunen schon einmal doppelt so viel Wasser wie im Durchschnitt“, so Spieß. In urbanen Räumen schwanke der Verbrauch dabei weniger als in Kommunen, in denen es viele private Gärten und Landwirtschaft gibt. „Damit rechnet die Wasserwirtschaft: Man darf nie mehr aus dem Grundwasserkörper entnehmen, als sich neu bildet.“ Bislang gab es keinen Engpass, denn die Vorkommen in der Rheinischen Bucht werden regelmäßig vom Rhein aufgefüllt. Die sich im Zuge des Klimawandels verändernden Niederschlagsmuster zeigten sich zwar in stärker schwankenden Grundwasserspiegeln, aber nicht in sinkenden. In höher gelegenen Wassereinzugsgebieten kann das anders sein. Laut Prognosen des Potsdamer Instituts für Klimafolgenabschätzung wird es auch zukünftig in Höhenlagen Nordrhein-Westfalens ausreichend regnen, sodass sich neues Grundwasser bildet. Der rheinwasserbeeinflusste Grundwasserbereich verfügt dank des Stroms über ein besonders großes Potenzial. WBV-Vorstandsmitglied Paulus weiß das zu veranschaulichen: „Wesseling ist der Sitz eines großen Rohöl- und Chemieparks. Für das Prozesswasser wurde früher die Entnahme von 150 Millionen Kubikmeter jährlich genehmigt. Durch Effizienzsteigerung hat man den Bedarf auf 50 Millionen verringern können.“ Das bedeutet: Es sind Wasserrechte für 100 Millionen Kubikmeter pro Jahr freigeworden.

Mehr Transparenz beim Verbrauch

Mit etwa 950 000 Kubikmetern hat der Wasser- und Bodenverband Vorgebirge 2022 weniger als ein Hundertstel der Menge verbraucht. „Die Bezirksstelle für Agrarstruktur kalkuliert den Bedarf und erstellt entsprechende Beregnungspläne“, erklärt Geschäfts-

führer Kollath. Der Verband betreut rund 20 Brunnen und 90 Kilometer Rohrnetze, er möchte wissen, wie viel Wasser wann und wo entnommen wird. „Wir bauen an den Brunnen Wasseruhren ein, und die Landwirte bekommen damit ausgestattete Standrohre, die an die Hydranten angeschlossen werden. So können wir zwei Wasserentnahmestellen miteinander vergleichen und feststellen, ob es Leckagen gibt.“ Optimal wäre es, die Brunnen monatlich, die Standrohre mehrmals jährlich zu kontrollieren. Die Aufsichtsbehörden forderten mittlerweile mehr Transparenz beim Wasserverbrauch, die strebe auch der Wasser- und Bodenverband an, so Kollath.

Es sei zudem ein Eigeninteresse der Landwirte, Wasser effizient einzusetzen. „Betriebe, die intensiv bewässern, zahlen dafür bis zu 20 000 Euro im Jahr.“ Der Wasser- und Bodenverband preist die Kosten für Investitionen in das Leitungsnetz und den Strom für den Betrieb ein. „Die Preisspanne reicht bei uns derzeit von etwa 17 bis zu 50 Cent pro Kubikmeter.“ Die Wasserrechte werden in der Region für 20 Jahre vergeben.





„Damit die Pflanzen möglichst alle Nährstoffe umsetzen, brauchen sie ausreichend Wasser.“ Aber nicht zu viel, denn das würde Nährstoffe auswaschen.

Tröpfchenbewässerung im Kartoffelanbau: Ein Demonstrationsbetrieb der LWK arbeitet mit Tropfschläuchen, die bodennah verlegt werden.

Qualität geht (noch) vor

Nicht nur die Verfügbarkeit, auch die Qualität ist gut. Der technische Leiter Spieß sagt, dass der WBV das Rohwasser nur geringfügig aufbereiten müsse. Das war vor 20 Jahren anders: „Während des heißen Sommers 2003 lag die Konzentration von Nitrat oberhalb des erlaubten Grenzwerts. Nitrat ist sehr schwer zu entfernen.“ Nordrhein-Westfalen hatte aufgrund hoher Nitratwerte bereits 1989 Wasserschutzkooperationen ins Leben gerufen, um gemeinsam Anbau- und Düngemethoden zu entwickeln.

Im Jahr 2000 ist die Europäische Wasserrahmenrichtlinie in Kraft getreten, die sicherstellen sollte, dass 2015 Oberflächengewässer und Grundwasser europaweit in einem guten Zustand sind. Das Land hat die LWK damit beauftragt, Landwirte dazu zu beraten. Seit 2014 koordiniert Kalthoff über 30 Modellbetriebe aus dem Acker-, Gemüse- und Gartenbau, die erproben, wie sie in nitratbelasteten Gebieten weniger Dünger effizienter einsetzen können. „Als wir anfangen, spielte ausreichend Wasser noch keine Rolle, sondern der Stickstoffeintrag.“ Bei Versuchen wurde deutlich, dass der Eintrag unter be-

wässerten Flächen im Gemüsebau länger anhielt und höher war als unter unbewässerten. „Es ging darum, die Bewässerung zu optimieren, um weniger Nährstoffe zu verlieren.“ Im Zuge der trockenen Folgejahre sei das Thema Wasser wichtiger geworden: „Gemüsebetriebe benötigen bei zunehmender Trockenheit und Hitze mehr Wasser und müssen es effizienter einsetzen.“

Zwei Öko-Betriebe, die Kalthoff berät, können keine zusätzlichen Wasserrechte erhalten. Deshalb probieren sie modellhaft aus, ob Wasser aus sogenannten Tropfschläuchen in etwa 40 Zentimetern Tiefe durch die Kapillarkräfte des Bodens für ausreichend Feuchte sorgt. Ein Betrieb, der hochwertige Speisekartoffeln im Regenschatten der Eifel anbaut, arbeitet mit bodennahen Tropfschläuchen. „Mehr als zwei Hektar möchte er nicht damit bewässern, weil das Verfahren sehr aufwendig ist und dabei viele Plastikabfälle anfallen“, so Kalthoff. Industriekartoffeln bewässert der Betrieb großflächig. Er testet Bodenfeuchtesensoren, um den optimalen Zeitpunkt für die Bewässerung zu ermitteln und dadurch Wasser effizienter einzusetzen.

Bei der Bewässerung wird neben der Witterung der für die jeweilige Kultur berechnete Düngebedarf einkalkuliert. „Damit die Pflanzen möglichst alle Nährstoffe umsetzen, brauchen sie ausreichend Wasser“, erläutert LWK-Kollege Kollath. Aber nicht zu viel, denn das würde Nährstoffe auswaschen. Wenn Dünger und Feuchtigkeit stimmen, lassen sich Menge und Qualität der Ernte steigern. Das leitet über zu einer Stellschraube, die beim anspruchsvollen deutschen Konsumverhalten liegt. „Die Effizienz in der Landwirtschaft ließe sich dadurch erhöhen, dass der Handel seine Qualitätskriterien ändert. Momentan bleiben bis zu 50 Prozent der Ernte auf dem Feld“, sagt Kalthoff. Kollath ergänzt: „Viele Betriebe mit Sonderkulturen stehen zudem im Wettbewerb mit Ländern, die zu niedrigeren Standards und günstigeren Preisen produzieren können.“ Beispielsweise mit Spanien – noch, denn dort wird die Wasserverfügbarkeit mittlerweile ein Problem. ■

SERVICE:

Mehr zum Modellprojekt:
www.wasserschutz-nrw.de

Wasser und Landwirtschaft



Bewässerung von Salatpflanzen während der Trockenheit in Niedersachsen

Dürre und Trockenjahre sorgen vielerorts in Niedersachsen für sinkende Grundwasserstände. Wie damit in einem Bundesland umgehen, in dem die Beregnung in der Landwirtschaft seit Jahrzehnten Tradition hat?

[VON ANDREA BIRRENBACH UND ANJA RATH]

Mit der Verknappung der Wasserreserven steigt das öffentliche Interesse am Thema Wasser. Ein neues Informationsportal des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) zeigt seit Juli 2023 tagesaktuell die Situation an etwa 160 ausgewählten Grundwassermessstellen. Durch zahlreiche orangefarbene und auch rote Punkte wird Ende Juli auf einen Blick klar, wo das Grundwasser „niedrig“ ist und wo es den „Niedrigstwert unterschritten“ hat. Für die Landwirtschaft wird das Grundwasser dann wichtig, wenn das Wasser im Boden nicht ausreicht.

Die vielfach leichten, sandigen Böden Niedersachsens können nur wenig Wasser speichern. „Als Auswirkung des Klimawandels nehmen die Niederschläge in den Sommermonaten ab“, sagt Ekkehard Fricke, Geschäftsführer des Fachverbands Feldberegnung e. V. und bei der Landwirtschaftskammer (LWK) Niedersachsen beschäftigt. Eine

rentable Bewirtschaftung der Böden sei deshalb oftmals nur mit Beregnung möglich. Seit über 25 Jahren macht die LWK Beregnungsversuche. „Viele Landwirte sind in den vergangenen Jahren in Sonderkulturen eingestiegen. Kartoffeln und Gemüse wie Zwiebeln und Möhren brauchen regelmäßige Bewässerungsgaben, unter anderem deswegen, weil sie nicht tief wurzeln.“ Der mit der Bewässerung verbundene Aufwand müsse im Verhältnis zum Ergebnis stehen: Bei der Braugerste, die ebenfalls häufig angebaut wird, sichere sie die vom Markt geforderte Eiweiß-Qualität. Ohne Beregnung wäre auf vielen Flächen nur eine extensive Nutzung mit Roggen-, vielleicht Maisanbau oder Mutterkuhhaltung möglich und es entstünden vermehrt Branchen. „Damit könnten die Landwirte die hohen Pachtpreise nicht mehr erwirtschaften“, so Fricke. „Und auch global betrachtet können wir es uns nicht leisten, Lebensmittel zu importieren, statt unsere guten Rahmenbedingungen zu nutzen und sie vor Ort anzubauen. Es gibt bei uns genug Niederschläge.“ Man müsse sie aber besser managen.

Präzise beregnen

In der LEADER-Region Elbtalau hat die Beregnung in der Landwirtschaft seit Jahrzehnten Tradition. Um landwirtschaftliche Betriebe für eine bedarfsgerechte Bewässerung zu sensibilisieren, hat der Kreisverband der Wasser- und Bodenverbände gemeinsam mit dem Bauernverband Nord-Ost-Niedersachsen und den Samtgemeinden Elbtalau, Gartow und Lüchow (Wendland) in der vergangenen Förderperiode im Rahmen eines LEADER-Projekts zehn Wetterstationen eingerichtet. Sie ermitteln im Landkreis Lüchow-Dannenberg seither sowohl Wetterdaten als auch die Bodentemperatur und -feuchtigkeit, etwa nach einer künstlichen Beregnung. So wurde deutlich, dass in einigen Fällen weniger Bewässerung ausgereicht hätte: Das Wasser drang tiefer in den Boden ein als die Pflanzen auf der bewässerten Fläche wurzelten. Die Betriebe konnten ihre Bewässerung also anpassen. Einige Landwirte in der Region hätten sich nach der Veröffentlichung der Projektergebnisse zudem eigene Bodensonden gekauft, um auf ihren Betriebsflächen exakte

Der Entwässerungsgraben bei Friesoythe wird nun auch zum Stauen genutzt.

Werte zu ermitteln, sagt Timo Burmester vom Kreisverband der Wasser- und Bodenverbände. Die zehn Wetterstationen liefern weiter Daten, die auch den Kommunen sowie dem Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtal dienen.

In der jetzigen Förderperiode der LEADER-Region Elbtal steht das Thema Wasser weiter im Fokus, etwa indem ein hydrogeologisches Gutachten gefördert wird, das die Situation im Grundwasserkörper „Jeetzel-Lockergestein rechts“ untersuchen soll. Bei diesem Kooperationsprojekt des Beregnungsverbands Lüchower Landgraben und weiteren Beregnungsverbänden aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg soll analysiert werden, wie das Hoch- und Niedrigwasser der Elbe und verschiedene Bodenarten den Grundwasserstand beeinflussen. Laut den Daten von sieben NLWKN-Messstellen im „Jeetzel-Lockergestein rechts“ hat sich der Grundwasserstand im Verlauf der vergangenen zehn Jahre im Durchschnitt um einen halben bis zu einem Meter verringert. Der Kreisverband der Wasser- und Bodenverbände geht jedoch davon aus, „dass die Grundwasserstände in diesem Grundwasserkörper auch nach den vergangenen Trockenjahren immer wieder von der Elbe aufgefüllt werden“, sagt Burmester. „Das Gutachten soll zeigen, inwieweit neben Niederschlags- und Verdunstungsmengen weitere Einflussfaktoren, zum Beispiel die Elbe, eine Rolle spielen und wie groß demzufolge der Einfluss der Feldberegnung auf die Grundwasserstände überhaupt ist. Wir pegeln selbst Grundwasserstände in 24 Brunnen im Landkreis. Die meisten Messbrunnen im Grundwasserkörper ‚Jeetzel-Lockergestein rechts‘ zeigen deutlich einen Elbe-Einfluss auf die Grundwasserstände.“ Deshalb könne laut Verband damit gerechnet werden, dass dort weiterhin so viel Grundwasser für die Feldberegnung zur Verfügung stehe wie bisher.

Wasser stauen

Auch nordwestlich von Oldenburg, im Landkreis Cloppenburg, werden die Sommer trockener. Deshalb suchen die Landwirte rund um Friesoythe nach Ansätzen, ihre Pflanzen mit Wasser zu versorgen – möglichst ohne Beregnung; Beregnungsanlagen haben sich in der Region aufgrund der kleinteilig strukturierten Landwirtschaft bislang nicht etabliert. Damit das so bleibt, haben der Wasser- und Bodenverband „Friesoyther Wasseracht“ und der Oldenburgisch-Ostfriesische Wasser-



verband (OOW) mit Beteiligung der Landwirtschaft das Projekt „NaWaPeh“ (Nachhaltiges Wasserressourcenmanagement für Pehmertange) gestartet: In einem Entwässerungsgraben stauen sie Wasser. So erproben sie, ob das gestaute Wasser zu einem verbesserten Wasserrückhalt der Böden führt.

Der Impuls für das Projekt sei aus der Landwirtschaft gekommen, sagte Martin Windhaus von der Friesoyther Wasseracht. Auch der Bodenverband hatte schon viele Jahre darüber nachgedacht, wie sich der Niederschlag, der mittlerweile insbesondere im Winter verstärkt falle und nicht sofort versickere, speichern lasse. Nach dem trockenen Sommer 2018 wurde ein Förderprogramm des Landes ausgeschrieben und „NaWaPeh“ bekam eine Förderzusage. Zunächst waren Gutachten nötig; die Zusammenarbeit mit der Wasser- und Naturschutzverwaltung sei aufwendig und langwierig gewesen, so Windhaus. Mittlerweile läuft das Folgeprojekt, und das Aufstauen des Wassers wird erprobt. Wann und wie lange gestaut wird, entscheiden die Projektbeteiligten je nach Wetterlage. Kein Jahr gleiche dem anderen und somit

seien Effekte des Aufstauens unterschiedlich. „Wir müssen uns herantasten“, sagt Windhaus. Um die Wirkung stichhaltig zu überprüfen und den Grundwasserstand zu messen, haben die Projektbeteiligten im Projektgebiet Brunnen angelegt.

„Unser grundsätzlicher Gedanke ist, den Abfluss aus dem Gebiet zu hemmen, um den Grundwasserhaushalt zu stabilisieren“, sagt Windhaus. Dies unterstütze auch die langfristige Sicherung der Trinkwassergewinnung. Dennoch gebe es Phasen, insbesondere in Winter und Frühjahr, in denen das Wasser auch zukünftig abgeführt werden müsse, weil die Landwirte ansonsten sehr flach gelegene Bereiche nicht mehr ordnungsgemäß bewirtschaften könnten. Um den Wasserabfluss aus der Region zu verändern, experimentiert die Friesoyther Wasseracht auch mit anderen Entwässerungsgräben. Werden Sedimente oder Bewuchs aus den Gräben nicht vollständig entfernt, könne auch das dazu beitragen, dass das Wasser langsamer wegfließe. Um weiterzukommen, sei es nötig, neue Ideen auszuprobieren – und auch zu verwerfen. ■

SERVICE:

Tagesaktueller Grundwasserstand in rund 160 Brunnen in Niedersachsen:
www.grundwasserstandonline.nlwkn.niedersachsen.de

Die monatlichen Mittelwerte aller Messstellen in Niedersachsen sind hier einsehbar, sie werden einmal pro Jahr aktualisiert:
www.umweltkarten-niedersachsen.de/Umweltkarten > Basisdaten –
Thema wechseln > Hydrologie > Grundwasserbericht Menge > Grundwasser-
messstellen
www.fachverband-feldberegnung.de

Damit Landschaft Niederschläge bindet

Im Wald und im Offenland des Südschwarzwalds wird das Wasser knapp. Der dortige Naturpark hat deshalb in einem Projekt Maßnahmen für ein verbessertes Wassermanagement erarbeitet: Im Mittelpunkt stehen land- und forstwirtschaftliche Betriebe.

[VON BERND WIPPEL, THOMAS ASBECK UND ROLAND SCHÖTTLE]

Der Eindruck von Fülle täuscht: Im regenreichen Schwarzwald versiegen im Sommer mittlerweile Quellen.

Um die Wasserspeicherkapazität in der Region zu erhöhen, müssen ein rascher Wasserabfluss verhindert, Bewirtschaftungstechniken angepasst und Humus aufgebaut werden, so zentrale Erkenntnisse aus dem Projekt „Landschaft als Wasserspeicher“. Der Naturpark setzt sich seit Langem dafür ein, Naturschutz mit den Zielen der landwirtschaftlichen Betriebe zu vereinen. Seine Erfahrungen nutzte er im Projekt, um praktikable Lösungen zu finden. Finanzielle und politische Unterstützung, um Maßnahmen umzusetzen, kommen aus dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg. Nun macht sich der Naturpark mit Betrieben, Kommunen und Fachleuten aus Verwaltung und Wissenschaft auf den Weg, modellhaft das Wassermanagement weiterzuentwickeln.

Aus der Fülle in die Knappheit

Wasser steht in der bislang mit Niederschlag ausreichend versorgten Region des Südschwarzwalds künftig saisonal nicht mehr in der notwendigen Menge zur Verfügung: Aufgrund des Klimawandels geringere Sommerniederschläge und stärkere Erwärmung haben eine erhöhte Verdunstung und vermehrte Trockenperioden zur Folge. In Zeiten hohen Wasserbedarfs, in denen gleichzeitig die Menge

des aus Quellen austretenden Wassers abnimmt, werden speziell im Sommer die nutzbaren Grundwasservorräte schnell beeinträchtigt. Zudem nimmt die Intensität von Starkregenereignissen zu, bei denen das Wasser vor allem oberflächlich abfließt. Das hat eine erhöhte Gefahr von Erosion zur Folge. Für die Vegetation ist dieses Wasser nicht nutzbar. Die Auswirkungen auf die Land- und Forstwirtschaft sind dramatisch: reduzierte Ernteerträge oder -ausfälle, gefährdete Wasserversorgung der Weidetiere, Schäden durch Borkenkäfer im Wald.

Mit Klimawandelfolgen wie diesen beschäftigt sich der Naturpark bereits seit fast zehn Jahren. Im Rahmen von Untersuchungen zum Thema „Landschaft im Klimawandel“ hatte er sich mit den Konsequenzen der regionalen Auswirkungen für den Naturschutz sowie die Land- und Forstwirtschaft auseinandergesetzt und die Erkenntnisse mit Praxis, Verwaltung und Forschung diskutiert. Mit dem Projekt „Landschaft als Wasserspeicher“ rückten konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Wassermanagements auf Betriebs- und Landschaftsebene in den Vordergrund. Der Naturpark hat als Projektträger das Beratungsunternehmen Unique land use aus Freiburg mit der Durchführung beauftragt. Welche Möglichkeiten gibt es?

Was hilft?

Bei einem effizienten Wassermanagement lassen sich drei Maßnahmenbereiche unterscheiden. Zum einen, den raschen Oberflächenabfluss zu vermeiden oder zu verlangsamen, um die Infiltration des Wassers in den Boden zu unterstützen: Dadurch steht es den Pflanzen im Wurzelraum länger zur Verfügung. Der sozusagen unproduktive, rasch abfließende Teil des Niederschlags wird verringert und so Erosion des wichtigen humusreichen Oberbodens verringert – der selbst als Wasserspeicher dienen kann.

Zum Wassermanagement gehört deshalb zum anderen auch, diesen natürlichen, nutzbaren Wasserspeicher zu vergrößern: durch Verbesserung der biologischen Bodenaktivität, Anwendung bodenschonender Verfahren sowie Humusaufbau. Dafür eignen sich Mulchsaatverfahren, Zwischenfruchtanbau und das Einbringen trockenheitsresistenter und tief wurzelnder Sorten im Grünland. Auch der Einsatz von Bio- oder Pflanzenkohle kann einen gewissen Beitrag zur Verbesserung von Wasserspeicherfähigkeit und Nährstoffverfügbarkeit liefern.

Wasserhalteräume zu schaffen, ist der dritte Handlungsbereich. Die künstlichen oder natürlichen Retentionsmulden sollten weit

oben in der Landschaft liegen. Auch die Wiederherstellung von natürlichen Rückhalteflächen, die in der Vergangenheit drainiert wurden, gehört dazu. Gewässerrandstreifen aus Gehölzen anzulegen und der Einbau von Hindernissen in Gewässern, wie Steinschüttungen, sind weitere Maßnahmen.

Agroforst und Wald

Hangparallele Baum- und Heckenstreifen auf Weideflächen setzen, Baumgruppen kombinieren oder die natürliche Entwicklung von Feldgehölzen unterstützen: All das kann helfen, den Oberflächenabfluss zu verringern. Diese Landschaftselemente verbessern die Infiltration, bieten Schutz vor Wind- und Wassererosion und sorgen für eine tiefere Durchwurzelung. Allerdings stehen Agroforstsysteme im Widerspruch zu den Strategien, die Landschaft offenzuhalten und Grünland, Ackerflächen und Wald scharf zu trennen. Sie bedürfen einer angepassten Politik und eines Umdenkens: steuern statt bekämpfen von natürlichen Prozessen in der Landschaft.

Auch waldbauliche Maßnahmen tragen dazu bei, die Wasserspeicherkapazität zu steigern. Ein geeigneter Ansatz ist, Laub-Nadel-Mischbestände zu schaffen. Die Förderung einer kleinflächigen natürlichen Verjüngung in Bestandslücken sorgt für eine verbesserte Durchwurzelung des Bodens. Positiv wirkt sich aus, steile Wege im forstlichen Wegenetz zurückzubauen sowie die Wasserführung anzupassen, beispielsweise über vermehrte Durchlässe an kritischen Stellen. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Wirkung eines gebündelten oberflächennahen Abflusses, wenn sich beispielsweise nach einem Starkregen Wassermengen sturzbachartig ergießen, und die damit verbundene Erosion zu verringern.

Global und lokal wirksam

Unique land use setzt die Maßnahmen gemeinsam mit den Landwirten und dem Naturpark Südschwarzwald um. Das Unternehmen berät weltweit Unternehmen und Organisationen zu Landnutzungsfragen. Die Fragestellungen sind für den ländlichen Raum global ähnlich: Wie können oftmals in kleinen Strukturen arbeitende land- und forstwirtschaftliche Betriebe ihre Produktivität verbessern und gleichzeitig ressourcenschonende Verfahren einsetzen?

Beispielbetriebe in Stühlingen-Wangen sollen zeigen, wie das Wassermanagement im Südschwarzwald verbessert werden kann. Bei einem Treffen von Landwirten, Vertretern von Stadt und Fachverwaltungen wurden Maßnahmen im Ackerbau, der Grünlandbewirtschaftung sowie Agroforst- und Retentionsmaßnahmen besprochen. In einem 450 Hektar großen Wassereinzugsgebiet werden Maßnahmen auf rund 150 Hektar geplant.



Dazu gehören bodenangepasste Verfahren im Ackerbau: Deren Wirkungen werden wegen der wirtschaftlichen Bedeutung und der schwierigen Standortbedingungen – die Flächen liegen im Muschelkalkgebiet mit flachgründigen Böden – besondere Bedeutung haben. Des Weiteren ist eine Kurzumtriebsplantage mit Pappeln in Kombination mit Hühnerhaltung vorgesehen, um mehr vertikale Landschaftsstrukturen zu schaffen und die Durchwurzelung zu erhöhen. Als Nebeneffekt werden die tierartgerechten Haltungsbedingungen gesteigert.

Wer muss aktiv werden?

Für den Naturpark ist klar: Neben dem Erhalt von bewirtschaftbaren Flächen sind in einem Naturraum wie dem Südschwarzwald der Schutz der Biodiversität und der Klimaschutz durch eine verbesserte Kohlenstoffspeicherung in der Landschaft weitere wichtige Effekte der geplanten Maßnahmen. Daher ist ein Zusammenspiel aller auf der Fläche Aktiven von Bedeutung, also sowohl Landwirten als auch fördermittelgebenden Institutionen, Fachverwaltungen sowie Politik. Eine klimangepasste Landschaft kann nur durch eine gemeinsame Zielsetzung und die Überwindung der vorhandenen hinderlichen Strukturen erreicht werden. ■

Bodenschonend arbeiten mit dem Flügelscharrubber. Wird der Boden nur oberflächlich gelockert und gemulcht, verdunstet weniger Wasser als beim Pflügen und das Bodengefüge bleibt stabiler. Wasser kann besser einsickern und die Bodenerosion wird reduziert.

SERVICE:

Mehr zum Projekt „Landschaft als Wasserspeicher“: www.naturpark-suedschwarzwald.de > Naturpark > Aktuelle Projekte > Klimawandel und Klimaanpassung

Surftipp: Im April 2023 ist in Baden-Württemberg ein Projekt zum Thema „Wasserspeicher Wald“ gestartet. Mehr dazu unter www.fva-bw.de > Suche: Wasserspeicher Wald



KONTAKT:

Bernd Wippel und Thomas Asbeck
unique land use GmbH
bernd.wippel@unique-landuse.de
thomas.asbeck@unique-landuse.de
www.unique-landuse.de

Roland Schöttle
Naturpark Südschwarzwald e. V.
roland.schoettle@naturpark-suedschwarzwald.de
www.naturpark-suedschwarzwald.de



Klimakulturlandschaft Kannawurf

Im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen wurde ein Leitbild für eine klimagerechte Landwirtschaft des 21. Jahrhunderts entworfen: Mit neuen Landschaftstypen, betriebsübergreifenden Fruchtfolgen, einem Wassermanagement und künstlerischen Interventionen nimmt es Landschaft und Landwirtschaft in den Blick. [VON KERSTIN FABER]

Im Nordosten Thüringens, im Landkreis Sömmerda, nahe dem Kyffhäuser und eingebettet zwischen dem bewaldeten Höhenzug Hainleite und dem Fluss Wipper, liegt Kannawurf, ein Ortsteil der Gemeinde Kindelbrück. Er ist geprägt von großflächiger, intensiv bewirtschafteter Agrarlandschaft, dem kleinen Dorf Kannawurf mit rund 800 Menschen und einem teilweise erhaltenen Renaissanceschloss. Kannawurf ist damit ein typischer Ort im ländlichen Raum des Thüringer Beckens.

Das gesellschaftliche Leben prägen die Freiwillige Feuerwehr, ein agiler Karnevalsverein, die ortsansässige Landwirtschaft, die Umweltgruppe – und seit 2007 die Aktiven des Künstlerhaus Thüringen e. V., der das Schloss Kannawurf erwarb und schrittweise wiederbelebt. Der Verein engagiert sich zudem seit Jahren für eine veränderte Land(wirt)schaftsgestaltung.

Koop Kannawurf

Ein Campus im Sommer 2017 war der gemeinsame Auftakt von Künstlerhaus und der IBA Thüringen für die Entwicklung neuer Landschaftsbeschreibungen. Die regionale Selbstversorgung, der Schutz von Flüssen, Wäldern und Wiesen und der Zugang der Menschen zur Landschaft spielten eine genauso große Rolle wie die finanzielle Unabhängigkeit der Region und ihr gemeinschaftliches Denken und Handeln. Mit diesem Ziel vor Augen schlossen sich die Beteiligten mit landwirtschaftlichen Unternehmen vor Ort und weiteren Aktiven 2019 zur Koop Kannawurf zusammen. Gemeinsam wollten sie prüfen lassen, wie die bewirtschafteten Agrarflächen vor Ort ökologisch, ökonomisch und ästhetisch aufgewertet werden können. Dabei stand das Prinzip der Nachhaltigkeit ohne wirtschaftliche Einbußen im Mittelpunkt.

Bausteine Klimakulturlandschaft

Entstanden ist ein lokalklimatisches Leitbild für eine zukunftsfähige Kulturlandschaft. Dazu definierten die Landschaftsarchitekten der Green4Cities GmbH gemeinsam mit der SEEKEM GmbH aus Graz/Wien die Landschaftstypen Aue, Kuppe und Hang, die sich hinsichtlich ihrer klimatischen Effekte unterscheiden. Als Anpassung an den Klimawandel wurden für sie verschiedene Fruchtfolgen entwickelt, um die Wind- und Wassererosion sowie Hitzeinseln und Oberflächentemperaturen zu minimieren.

Ein zusammenhängendes Wegenetz bietet als „Grünes Band“ aus neuen und wiederbelebten Verbindungen zwischen den Dörfern Zugänglichkeit auf die Flächen. Der Verlauf ist so konzipiert, dass darin vor allem erosionsgefährdete und ökologisch wertvolle Flächen wie vernässte Bereiche gesichert sind. So dient es auch dem Boden- und Gewässerschutz.

Zum Leitbild gehört ein überbetriebliches Fruchtfolgenmanagement. Es zeigt, wie eine kooperative Agrarproduktion aussehen könnte: Wenn der Wechsel der Getreide- und Gemüsekulturen nicht nur betriebsintern, sondern überbetrieblich und regional auf viele Landwirtschaftsunternehmen ausgerichtet wird, können trotz kleinerer Ackerflächen pro Kultur größere Abnahmemengen gewährleistet werden. Das reduziert für die landwirtschaftlichen Betriebe das Investitionsrisiko, weil sie erst einmal mit kleinen Flächen anfangen und sich umstellen können, und gibt den abnehmenden Unternehmen mehr Sicherheit durch stabile Lieferungen. Aus der Summe der kleinen Teile wird ein großes, nachhaltiges Ganzes.



Links die Ist-Situation, rechts eine Zukunftsvision: Eine so veränderte Landschaft würde positiv auf das Mikroklima vor Ort wirken sowie dem Klima- und Bodenschutz dienen. Dazu sollen auch Keyline-Strukturen (Lupenbilder) beitragen.

Wassermanagement durch Keyline-Strukturen

Seit 2022 wird eine entscheidende Strategie des Leitbildes auf dem Acker umgesetzt: Auf einer acht Hektar großen Versuchsfläche der Landwirtschaft Kannawurf Betriebsgesellschaft GmbH legte Philipp Gerhardt von der Deutschen Agroforst GmbH aus Wiesenburg unterschiedliche „Keyline-Strukturen“ an. Keylines, oder auch Wasserretentionsstreifen, sind Versickerungsgräben oder Bearbeitungsmuster, die fast hangparallel, aber mit leichtem Gefälle in eine festgelegte Richtung das abfließende Regenwasser auffangen, umverteilen und die Flächen so nachhaltig mit Wasser versorgen können. Kombiniert mit kleinen Wasserbecken oder begleitenden Feld- und Nutzgehölzen wird die Erosion der dazwischenliegenden Ackerflächen vermindert. Das System fördert die Wasserspeicherkraft des Bodens sowie die Biodiversität und erzeugt ein einzigartiges Landschaftsbild. Eine wissenschaftliche Studie der Tractebel Hydroprojekt GmbH aus Weimar, die im Auftrag der Koop Kannawurf vorab erarbeitet wurde, ergab eine potenzielle Minderung der Bodenerosion um bis zu 60 Prozent. Bei einer Umsetzung im größeren Stil können sogar ganze Landschaften abgekühlt werden, was wiederum die Regenwahrscheinlichkeit in diesen Regionen erhöhen würde.

Im Rahmen der IBA Thüringen wird die Wirkung von fünf unterschiedlichen Keyline-Strukturen betrachtet. Sie unterscheiden sich in der Breite, es gibt Strukturen mit oder ohne Gräben, mit zwei Gräben, mit ein- oder mehrreihiger Bepflanzung mit Walnüssen und Pappeln oder mit Blühstreifen. Die verschiedenen Effekte werden mittels Fern-

erkundung über Daten der Sentinel-II/Copernicus-Satellitenmissionen für die Zeiträume vor und nach der Etablierung der Strukturen dargestellt und der Trockenstress in den Ackerkulturen erfasst. Erste vergleichende Aussagen werden in den nächsten Jahren erfolgen können, wenn die Baum- und Buschbestände gewachsen sind und ihre Wurzelwirkung entfalten.

Land(wirt)schaft erleben

Parallel dazu hat das Künstlerhaus Thüringen seit 2021 mit der Anlage verschiedener Landschaftselemente begonnen: In der Aue und auf den Hängen wurden circa 1 600 neue Bäume gepflanzt und mehrere Kilometer Hecken angelegt, um auch hier der Bodenerosion entgegenzuwirken. Der Verein inszeniert darüber hinaus künstlerische Interventionen vor Ort für eine gelebte Teilhabe an der Land(wirt)schaft, so auch auf der Experimentalfeldfläche der IBA. Denn nur wer sieht und erkennt, wie die Landschaft sich entwickelt, kann ein kritisches Bewusstsein für deren Nutzung und Bewirtschaftung entwickeln und sie wieder schätzen lernen. Dies kann über die bewusste Flächengestaltung selbst, aber auch über ihre Erlebbarkeit erfolgen. Im Sommer 2023 hat eine temporäre Windangel- und Soundinstallation des Künstlers Wieland Krause die Zusammenhänge des Öko- und Agrarsystems auf dem Acker künstlerisch erfahrbar gemacht. Das Künstlerhaus lud anhand von Performances zu Gesprächen auf der Fläche ein.

Neues Verständnis entwickeln

In Zeiten des Klimawandels muss es zu einem grundsätzlich neuen Ver-

hältnis von Menschen und Natur, von Siedlungen und Freiräumen sowie von Gesellschaft und Ressourcen kommen. Eine zukunftsfähige Landwirtschaft muss künftig mehrdimensional gedacht werden, um sich den Veränderungen anzupassen, Klimaschäden zu minimieren und wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Konsequenz dieses mehrdimensionalen Transformationsprozesses ist die Neubewertung unserer Landwirtschaft, ihrer Funktion, Nutzung und der darin Aktiven. Gefragt sind nicht nur die landwirtschaftlichen Unternehmen allein, sondern wir als Gesellschaft insgesamt. Die Entwicklung der Klimakulturlandschaft hat in Kannawurf gerade erst begonnen, die Ergebnisse dazu und zum Projekt insgesamt werden sukzessive auf der Projektwebseite dokumentiert.

Das Vorhaben wird im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gefördert. ■

SERVICE:

Mehr zum Projekt unter www.klimakulturlandschaft.de



KONTAKT:

Kerstin Faber
Internationale Bauausstellung (IBA)
Thüringen
kerstin.faber@iba-thueringen.de
www.iba-thueringen.de

„Das Thema Grundwasser wird immer wichtiger“

In Sachsen-Anhalt sinken vielerorts die Grundwasserstände, Gewässer fallen im Sommer trocken. Im Juni 2023 schränkte der Altmarkkreis Salzwedel deshalb die Nutzung von Grund- und Oberflächenwasser ein und es gibt Pläne, die Neubildung von Grundwasser zu fördern.

[VON ANJA RATH UND CLAUDIA LEMBKE]

Jegliche Wasserentnahmen aus Brunnen in der Zeit zwischen 10 und 19 Uhr zur Bewässerung öffentlicher und privater Grünflächen sowie von Sportanlagen wie Rasen- oder Tennisplätzen werden untersagt.“ Dieser Satz stammt aus einer Pressemeldung des Altmarkkreises Salzwedel vom 12. Juni 2023 und zitiert die amtliche Bekanntmachung. Damit reagierte der Kreis auf niedrige Wasserstände in Bächen, dem örtlichen Arendsee sowie beim Grundwasser.

Sachsen-Anhalt besonders trocken

Auch weitere Landkreise haben Maßnahmen ergriffen. Laut Daten des Dürremonitors des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung gehört Sachsen-Anhalt zu den Ländern, in denen die Wasservorräte im Boden seit dem Dürrejahr 2018 gering sind. Fast im gesamten Altmarkkreis ist der „Gesamtboden“ seit über einem Jahr „außergewöhnlich trocken“, in einigen Gebieten gibt es eine über Monate andauernde „außergewöhnliche Dürre“.

Der Mangel betrifft auch Bäche und Grundwasser. Trotz der Niederschläge im ersten Halbjahr 2023 haben sich die Wasserstände nicht erholt. „Es ist auch nicht absehbar, wann sich die Situation ändert“, so Steve Kanitz, Landrat des Altmarkkreises Salzwedel. Deshalb also seit Juni nun Einschränkungen beim Wasserverbrauch und die Bitte an alle Menschen im Landkreis, die Ressource Wasser sparsam und nachhaltig zu verwenden. „Das Wasserentnahmeverbot ist von den meisten gut angenommen worden“, sagt

Im Altmarkkreis Salzwedel geht so etwas derzeit nicht mehr: Dort dürfen während des Sommers Sportanlagen tagsüber nicht mehr bewässert werden.

Claudia Lembke, die das Sachgebiet Wasserwirtschaft in der Unteren Wasserbehörde leitet. Bei Feedback in Telefonaten und Kontrollen vor Ort habe man oft Aussagen gehört wie: „Das ist doch logisch, dass man in der größten Mittagshitze nicht bewässert, weil dann ein Großteil des Wassers sofort verdunstet.“



„Es geht langfristig darum, die verfügbare Jahreswassermenge an die geringere Grundwasserneubildungsrate anzupassen.“

Wasser sparen im Bestand

Seit dem Jahr 2018 gibt der Kreis Anregungen zum Wasser sparen. Das Thema spielt zunehmend auch dabei eine Rolle, wie Beteiligungs- und Genehmigungsverfahren in Zukunft aussehen könnten. „Das beginnt bei der Forderung, das Niederschlagswasser auf den Grundstücken zu versickern oder es als Grauwasser im Haus oder für die Gartenbewässerung zu nutzen“, so Lembke. Der Einsatz wassersparender Haushaltsgeräte gehört mittlerweile zum Standard. In Neubauten könnte Abwasser schon bei der Entstehung repariert und beispielsweise Dusch- und Waschwasser für die Toilettenspülung genutzt werden. „Ideal wäre, derartige Vorgaben in den Gestaltungsgrundsätzen von Bebauungsplänen zu verankern, indem beispielsweise Wasserrecyclingquoten festgelegt werden. Hier ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten.“ Festlegungen in den Spezialgesetzen wären dafür hilfreich. Der erste Schritt dazu, den wertschätzenden Umgang mit Trinkwasser zu fördern, sei, alle Wassernutzenden über die Situation zu informieren und dafür zu sensibilisieren, dass Wassersparen das neue Normal wird.

Regeln bei Wasserrechten ändern?

Insbesondere von Seiten der Presse gab es viele Nachfragen zum Entnahmeverbot. Eine der häufigsten war, ob die landwirtschaftliche Bewässerung davon betroffen sei. Für sie gilt es nicht, da diese Entnahme wasserrechtlich geregelt wird; bei der Vergabe der Wasserrechte wird darauf geachtet, dass ausreichend Wasser zur Verfügung steht. Der Kreis erwägt, diese Erlaubnisse zu konkretisieren, beispielsweise mit Entnahmeverboten in speziellen Witterungslagen und Tageszeiten sowie mit Stunden- oder Mengenbegrenzungen. Derartige Regelungen haben die Landkreise Stendal und Lüchow bereits verfügt. Im Altmarkkreis denkt man zudem darüber nach, wassersparende Produktions- und Bewässerungsverfahren zu priorisieren oder zu fördern. Landrat Kanitz: „Wichtig ist, das nachvollziehbar zu gestalten und transparent zu machen, wo und wie Wasser gespart werden kann.“

Befristete Wasserentnahmeverbote sind Maßnahmen, um das akute Trockenfallen von kleinen Flüssen wie Jeetze, Hartau und Dumme und das Absinken des Wasserspiegels des Arendsees zu verhindern. Wie sich die Grundwassersituation in den kommenden Jahren

entwickelt, kann derzeit niemand genau abschätzen. Sowohl die Landwirte als auch die Wasserversorger erhalten Wasserrechte, um ihren Bedarf zu decken. Dafür neue oder tiefere Brunnen zu bauen, sei auf Dauer nicht zielführend. „Es geht langfristig darum, die verfügbare Jahreswassermenge an die geringere Grundwasserneubildungsrate anzupassen“, sagt Lembke. Dafür sei es wichtig, dass auch die Wasserverbände mitziehen und ihrerseits zum Wasser sparen ermuntern – sei es über die Preisgestaltung für geringe Entnahmen oder auch mittels Verboten, Trinkwasser zur Bewässerung zu entnehmen.

Wasserrückhalt und -kreisläufe schaffen

Niederschläge tragen nur dann zur Grundwasserneubildung bei, wenn sie versickern. Deshalb sollen im Altmarkkreis Salzwedel so schnell wie möglich Maßnahmen zum Wasserrückhalt in den Oberflächengewässern umgesetzt werden. Die flache Region mit zahlreichen Gewässern eignet sich dafür gut. Zu DDR-Zeiten waren dort beim Gewässer ausbau etwa 500 Stauanlagen geschaffen worden, mit denen die Absenkung des Grundwasserstandes reguliert werden konnte. „Im Zuge der Umbildung der Landwirtschaft in den 1990er-Jahren, neuen gesetzlichen Regelungen, gepaart mit ausreichenden Niederschlägen, gerieten viele der Anlagen in Vergessenheit“, sagt Lembke. Derzeit sind noch für 36 Stauanlagen Wasserrechte vergeben. „255 Anlagen wurden außer Betrieb gesetzt und teilweise zurückgebaut. Die noch vorhandenen Stau müssen saniert werden und gegebenenfalls neue Wasserrechte erhalten.“

Das muss im Einklang mit den Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie geschehen: Alle relevanten Gewässer sollen für dort lebende Tierarten durchgängig gestaltet werden. Dazu muss ein Mindestwasserabfluss geregelt werden. Die Untere Wasserbehörde muss nun abwägen, für welche Vorranggewässer dies zwingend und ganzjährig umzusetzen ist und welche kleineren naturfernen Gewässer für den Wasserrückhalt und die Grundwasserspeisung genutzt werden können. Die ersten Kostenschätzungen

gehen von mehreren Millionen Euro für die Instandsetzung und jährlich weiteren für die Unterhaltung aus.

Um solche Vorhaben umzusetzen, gibt es in Sachsen-Anhalt Anstrengungen, das Landeswassergesetz anzupassen. So sollen beispielsweise die Zuständigkeiten der Gewässerunterhaltungsverbände von der reinen Wasserabführung um die Aufgabe der Wasserrückhaltung erweitert werden. „Wasser zurückzuhalten und das Grundwasser zu speisen, sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Deshalb sollte die Finanzierung nicht nur bei den Flächeneigentümern liegen, sondern auch von der Allgemeinheit oder langfristig über Förderprogramme getragen werden“, sagt Lembke.

Im Altmarkkreis gibt es erste Überlegungen, in Nässeperioden und Zeiten von Starkniederschlägen Wasser aus Flüssen in große Speicher zu leiten, um es in Trockenzeiten zu nutzen. Zudem soll der Waldumbau dazu beitragen, den Wasserhaushalt zu stabilisieren. Auch gereinigtes Abwasser zur Anreicherung von Grundwasser oder für die Bewässerung zu verwenden, ist ein Ansatz, den man betrachtet. Um Ideen wie diese zu entwickeln und umzusetzen, müssen sich viele Beteiligte austauschen: Unterhaltungsverbände, landwirtschaftliche Betriebe, Industrie und Gewerbe, landwirtschaftliche Interessenvertreter, Wasserverbände, behördliche Instanzen, die Forstwirtschaft, der Landtag, der Kreistag. „Das Thema Grundwasser wird im Altmarkkreis Salzwedel immer wichtiger“, sagt Landrat Kanitz. ■

SERVICE:

Mehr Infos zu den Aktivitäten im Altmarkkreis Salzwedel: www.altmarkkreis-salzwedel.de > Bürger- & Presseservice > Pressemitteilung vom 18.7.2023

Zum Dürremonitor: <https://www.ufz.de/duerremonitor>



KONTAKT:

Claudia Lembke
Altmarkkreis Salzwedel
Untere Wasserbehörde
Telefon: 03901 840673
claudia.lembke@altmarkkreis-salzwedel.de

Keinen Tropfen verschwenden

Abwasser aus der Stadt und Bioenergie vom Land zu einem Wasser-Nährstoff-Energiekreislauf zusammenführen? In Braunschweig ist das seit Jahrzehnten gelebte Praxis. Das in Deutschland einzigartige Konzept zeigt, wie sich Wasser sparen lässt, indem gereinigtes Abwasser in der Landwirtschaft eingesetzt wird. [VON MEIKE KÜHLKAMP]

Abwasser hat Potenzial. Um es sinnvoll zu nutzen, gibt es in Braunschweig seit 1954 den Abwasserverband. Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die Einwohnerzahl und damit auch die Abwassermenge. Die bestehenden Rieselfelder – also Flächen, auf denen unbehandeltes Abwasser durch Versickerung in den Boden gereinigt und dann dem Fluss Oker zugeführt wurde – reichten für die Aufnahme dieser Mengen nicht mehr aus. Gleichzeitig war eine zukunftsfähige Landwirtschaft auf den sandigen Böden nördlich von Braunschweig ohne zusätzliche Bewässerung und Düngung nicht möglich. Deshalb entwickelte die Stadt Braunschweig zusammen mit den Eigentümern landwirtschaftlicher Flächen einen Ansatz, um beide Herausforderungen zu meistern: das Braunschweiger Modell.

Das bedeutet, dass das Abwasser der Stadt und einiger umliegenden Gemeinden im Klärwerk Steinhof heute mechanisch und biologisch gereinigt wird; täglich sind das etwa 55 000 Kubikmeter von rund 290 000 Einwohnern. Ein neun Kilometer langes Druckrohrnetz leitet die Hälfte des gereinigten Wassers zu den 275 Hektar großen Rieselfeldern. Davon profitiert die Natur: Auf Teilflächen der Rieselfelder sind durch die kontinuierliche Bewässerung wertvolle Biotope entstanden.

Vom Abwasser zum Biogas

Die andere Hälfte wird zehn Monate pro Jahr auf die Flächen der Verbandsmitglieder verregnet. In der Vegetationszeit wird dem Wasser Klärschlamm, der bei der Reinigung im Klärwerk entsteht, zugesetzt. „Auf einem Teil der Flächen wachsen Energiepflanzen wie Mais und Roggen, die wir in unserer Biogas-

anlage verwerten“, sagt Dr. Franziska Gromadecki, Geschäftsführerin des Abwasserverbands Braunschweig. Mit dem Biogas erzeugt der örtliche Energieversorger Strom und Wärme für mehrere Tausend Haushalte.

Die Verbandsmitglieder können durch die zuverlässige Versorgung mit dem nährstoffreichen Wasser auch anspruchsvolle Kulturen wie Zuckerrüben wirtschaftlich anbauen und Dünger einsparen. „Dies ist allerdings durch eine Neuordnung nur noch bis Ende 2028 möglich“, so Gromadecki. „Ab dann müssen die Verbandsmitglieder voll auf mineralischen Dünger setzen.“ Der Grund ist, dass Klärschlamm wegen möglicher Belastungen nicht mehr ausgebracht werden darf. Der Anbau auf diesen Flächen unterlag schon immer Beschränkungen: Alles, was frisch oder roh verzehrt wird, etwa Erdbeeren oder Salat, darf nicht mit Abwasser beregnet werden. Zahlreiche Gesetze regeln die landwirtschaftliche Verwertung von gereinigtem Abwasser: darunter das Wasserhaltungsgesetz, die Düngeverordnung, das Bodenschutzgesetz und die Rückstandsverordnung. Regelmäßige Beprobungen, Zertifizierungen und umfangreiche Dokumentationen sind daher ein Muss.

Inspiration für neue Lösungen

Nicht nur aufgrund strenger Regelungen hält es die Geschäftsführerin für unwahrscheinlich, dass das Braunschweiger Modell auch andersorts umgesetzt werden kann: „Die Investitionssummen von damals sowie Dauer und Aufwand der Planung sind mit jetzigen Anforderungen nicht zu vergleichen.“ Zudem begünstigen die Braunschweiger Standortfaktoren die Methode immens: „Wir können für den Weg des gereinigten Abwassers vom Klärwerk zu den Pumpstationen ein natürliches Gefälle nutzen, unsere Verregnungsflächen befinden sich in Klärwerksnähe und unsere sandigen Böden können große Wassermengen schnell aufnehmen. Außerdem bieten wir als Verband ein geschlossenes System durch unsere Biogasanlage an.“ Das Braunschweiger Modell wird in seiner Umsetzung also voraussichtlich einzigartig in Deutschland bleiben. Und doch ist es ein Paradebeispiel, das zum Denken anstoßen kann. ■



KONTAKT:

Dr. Franziska Gromadecki
Abwasserverband Braunschweig
Telefon: 05303 509-0
franziska.gromadecki@abwasserverband-bs.de
www.abwasserverband-bs.de



Kooperativ für Wasserrückhalt

Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) hat einen Leitfaden mit Maßnahmen veröffentlicht, die den natürlichen Wasserrückhalt in der Agrarlandschaft vergrößern können. Wie lassen sie sich umsetzen?

Corinna Friedrich ist Projektmanagerin beim DVL und hat den Leitfaden „Verbesserung des natürlichen Wasserhaushalts in der Agrarlandschaft“ erstellt.

www.dvl.org

„Frau Friedrich, Sie haben auf knapp 80 Seiten nicht nur die Maßnahmen beschrieben, sondern auch recht kleinteilig, wie sie sich umsetzen lassen. Warum ist das nötig? Der Leitfaden bündelt die Erkenntnisse zahlreicher Projekte. Er gibt konkrete Tipps, wie man die theoretischen Ansätze für Betriebe und Kommunen, die in der Literatur gut dokumentiert sind, in die Fläche bringt. Die praktische Umsetzung ist eine Herausforderung, weil Wasserrückhalt ein Querschnittsthema ist. Es betrifft Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, Naturschutz und Regionalentwicklung. Der Leitfaden zeigt, wo in der Praxis die Knackpunkte, aber auch die Erfolgsfaktoren liegen. Die Beispiele erstrecken sich vom Rückbau von Drainagen auf einzelnen Feldstücken, angepassten Fruchtfolgen zum Erosionsschutz auf benachbarten Betrieben bis zu gemeindeübergreifenden Bachrenaturierungen.“

„Eine Ansprechperson ist als Kümmerer wichtig.“

Was braucht es, damit möglichst viele Maßnahmen realisiert werden?

Ich werde oft gefragt: Wo soll man ansetzen? Was ist am effizientesten?

Das lässt sich nicht pauschal beantworten. Es gibt keine universelle Lösung für Betriebe oder Regionen. Maßnahmen sind abhängig von den landwirtschaftlichen Strukturen, vom Naturraum, von den Akteuren und von den Förderbedingungen. Den landwirtschaftlichen Betrieben sollte nicht vorgeschrieben werden, was sie zu tun haben. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es sinnvoll ist, die Maßnahmen kooperativ zu entwickeln. Es muss bei allen Akteuren zuerst ein Problembewusstsein vorhanden sein, um eine Änderung bewirken zu können. Wenn man auf kommunaler Ebene etwas umsetzen möchte, ist es wichtig, dass die Bürgermeister mit an Bord sind. Genau so sollten die Wasserwirtschaftsämter frühzeitig eingebunden werden, denn es kann sein, dass Eingriffe ins Wasserrecht nötig sind. Wir brauchen eine kooperative Entwicklung von regionalen Lösungen. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind aber der Schlüssel, sie müssen ins Boot geholt werden.

Wie kann das funktionieren?

Der DVL ist der Dachverband von rund 190 Landschaftspflegeorganisationen, die regional agieren. Viele sind schon seit über 30 Jahren in ihrer Region verankert. Sie arbeiten auf freiwilliger Basis mit der Landwirtschaft zusammen und genießen mit ihrer Gemeinnützigkeit ein gutes Ansehen als neutrale Partner. Ihr Alleinstellungsmerkmal ist die drittelparitätische Organisation: Die Vorstände sind jeweils zu einem Drittel

mit Personen aus der Landwirtschaft, dem Naturschutz und der Kommunalpolitik besetzt. Dadurch werden die Schlüsselpersonen einer Region von Anfang an einbezogen. Und dadurch, dass sie beständig in den Regionen arbeiten, bleiben die Ansprechpersonen dieselben – anders als bei vielen zeitlich befristeten Projekten.

Wie lassen sich Maßnahmen finanzieren?

Wie schon gesagt: Wasserrückhalt ist ein Querschnittsthema. Die Förderungssituation in den Bundesländern ist unterschiedlich, deshalb ist Beratung wichtig, um sich im Förderdschungel zurecht zu finden. Auch diese Beratung muss finanziert werden. Insbesondere bei Projekten von mehreren Kommunen ist eine Ansprechperson als Kümmerer wichtig, die das Projektmanagement übernimmt. Sie hat nicht nur die Aufgabe, zu beraten, sondern sie muss alle Akteure an einen Tisch bringen. Wichtig ist zudem, dass nicht nur die einmalige Umsetzung gefördert wird, denn bei Maßnahmen wie Heckenpflanzungen braucht es langfristige Pflege. Es lohnt sich aber: Wenn wir strukturreiche Landschaften mit einem naturnahen Wasserhaushalt entwickeln, erreichen wir gleichzeitig etwas zum Schutz von Böden, Klima und Biodiversität.

Frau Friedrich, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Andrea Birrenbach. ■

Mit Konzept

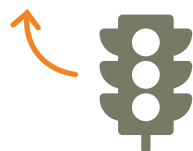
In den heißen Sommern der vergangenen Jahre sanken die Flusspegel in Brandenburgs Flüssen stark. Das brandenburgische Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) hat deshalb ein Niedrigwasserkonzept erarbeitet, auf dessen Basis nun diskutiert und geplant wird. [VON ANDREA BIRRENBACH]



MLUK hat einen Verbund aus mehreren Ingenieurbüros damit beauftragt, die Umsetzung und Kommunikation rund um das Niedrigwasserkonzept im Land zu koordinieren. In den 16 definierten Flussgebieten sind die Niedrigwasserkoordinatoren zudem Ansprechpersonen für Kommunen und Bevölkerung. Gemeinsam wollen sie nach Lösungsansätzen für trockene Zeiten suchen: nach Maßnahmen, um Niederschläge zu speichern, nach Anpassungsmöglichkeiten bei der Bewirtschaftung oder nach besonders geeigneten Gebieten für Wasserrückhalt und Grundwasserneubildung. Ein Ansatz könnte die Wiedervernäsung von Flächen sein. Ob sich dafür eine Mehrheit gewinnen lässt?

Problematik verschärft

Über Jahrhunderte hatte man, wie in anderen Ländern auch, die Landschaft so verändert, dass Niederschlagswasser von den Flächen möglichst schnell weggeführt wird, um etwa die Landbewirtschaftung zu erleichtern. In den sandigen Böden Brandenburgs, in denen von Natur aus Regen schnell versickert, trägt dieses System nun dazu bei, dass die Böden in trockenen Phasen besonders schnell austrocknen. Die häufiger als Starkregen fallenden Niederschläge fließen rasch über das weit verzweigte, künstlich erweiterte Gewässernetz oberirdisch ab. Seit 2022 analysiert Brandenburg die Situation an allen Flüssen. Im Rahmen der Niedrigwasserarbeit wurden mehrere Studien in Auftrag gegeben, etwa zum Grundwasserdargebot und zur Wasserversorgungsplanung. Diese Daten sollen der gemeinsamen Arbeit am komplexem Thema Wasser dienen. ■



Die Niedrigwasserampel zeigt an, wie sich die Menge des durchfließenden Wassers in Brandenburgs Flüssen verändert.

Anfang Juni 2023 war der Wasserstand der Schwarzen Elster im Süden Brandenburgs extrem niedrig. Wie viel Wasser dieser und andere Flüsse in Brandenburg führen, können Interessierte auf digitalen Karten im Internet ablesen. Die sogenannte Niedrigwasserampel zeigte Ende Juni 2023 grüne und gelbe Punkte, aber vor allem rote: Sie markieren die Stellen, an denen der Durchfluss eines Gewässers so gering ist, dass gewarnt wird. Die Niedrigwasserampel befindet sich auf der Informationsplattform Niedrigwasser Brandenburg. Sie zeigt an, wie sich die

Menge des durchfließenden Wassers im Durchschnitt der vergangenen sieben Tage verändert hat und dient als Instrument, um die Behörden und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Steht sie auf Rot, hat das keine rechtliche Relevanz. Einige Landkreise ziehen die Ampel als Orientierung für Allgemeinverfügungen heran.

Die Ampel ist Teil des Niedrigwasserkonzepts Brandenburg. Im ersten Schritt sollen alle Akteure, die mit Wasser zu tun haben, mit den Fachbehörden des Landes und der Landkreise oder kreisfreien Städte sowie den Wasser- und Bodenverbänden zusammengebracht werden. Das



KONTAKT:

Synnöve Burger
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz Brandenburg
Wasser und Bodenschutz
Telefon: 0331 866-7342
ref.25@mluk.brandenburg.de
<https://mluk.brandenburg.de> > Umwelt > Wasser
> Wassermengenbewirtschaftung > Niedrigwasser

Aus der Ferne versorgt?

Um die Wasserverfügbarkeit vor Ort zu sichern, sind regionale Lösungsansätze gefragt. Aber was tun, wenn die Wasserressourcen regional nicht mehr ausreichen? Und weiter gedacht: Welche Fragen wirft der Konsum von importierten Waren auf? Braucht es einen neuen Rahmen?



Dr. Robert Lütke-meier

und Dr. Fanny Frick-

Trzebitzky leiten am Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) die Forschungsgruppe „regulate“, die sich bis 2025 anhand von fünf Fallstudien mit nachhaltigem Management von Grundwasser in Europa auseinandersetzt.

www.regulate-project.eu

” Frau Dr. Frick-Trzebitzky, Herr Dr. Lütke-meier, Sie untersuchen die eher trockene Region Mansfeld-Südharz, die ihr Trinkwasser über die Kooperation mit einer Talsperre im niederschlagsreichen Harz sichert. Ist das ein übertragbares Modell?

Lütke-meier: Fernwasserleitungen werden als Möglichkeit diskutiert, sich an den Klimawandel anzupassen, indem wasserreiche Regionen wasserärmere versorgen. Aber sie können die lokale Wasserversorgung nicht vollständig ersetzen. Ob sie sinnvoll sind, muss vor Ort bewertet werden. In der Nähe der Region Mansfeld-Südharz lag bereits eine Leitung aus der Rappbodetal-sperre. Der Grund, sich daran anzuschließen, war nicht Wasserknappheit, sondern die Belastung des lokalen Grundwasserkörpers mit Nitrat und Uran. Die Bevölkerung hat dagegen protestiert, dieses Wasser als Quelle für Trinkwasser zu nutzen.

Frick-Trzebitzky: Die Diskussionen begannen 2008 mit Studien zu der Uranbelastung; die Fernleitung wur-

de 2018 angeschlossen. An dieser Lösung haben verschiedene Ebenen mitgewirkt – von der lokalen Bevölkerung bis zum national agierenden Verein Foodwatch, der sich dafür eingesetzt hat, dass die Uranwerte im Trinkwasser nicht überschritten werden.

Die regionale Zusammenarbeit von Land-, Forst- und Wasserwirtschaft reicht also nicht immer aus?

Frick-Trzebitzky: Je nach Konstellation sind unterschiedliche Akteure betroffen. Wir erarbeiten für Mansfeld-Südharz gerade ein Leitbild dazu, wie die Grundwasserreserven geschützt werden können. Daran sind vor allem Akteure vor Ort, aber beispielsweise auch der Fernwasserversorger aus dem Harz beteiligt. Andernorts kommen Akteure aus weiteren Sektoren dazu. Auf der kroatischen Insel Krk spielt der Tourismus eine große Rolle; im Sommer steigt der Wasserverbrauch dort um das Fünffache. Diese Spitzenbedarfe müssen in Teilen durch Grundwasserkörper am Festland gedeckt werden. Zu den Akteuren, mit denen wir

hier zusammenarbeiten, zählt auch eine Hotelkette, die Alternativen für die Wasserversorgung sucht.

Sie untersuchen auch die Provinz Albacete in Spanien. Was hat sie mit Deutschland zu tun?

Lütke-meier: Dort wird viel Gemüse angebaut und bereits sehr effizient bewässert. Aber der Wasserbedarf ist zu hoch für die Grundwasserreserven und der intensive Anbau belastet die Qualität des Grundwassers. Das Wasser zur Trinkwasserversorgung und teilweise zur Bewässerung stammt heute aus einem Fernleitungskanal, der eine weiter südlich liegende Obstanbauregion versorgen soll. So kommt es in Spanien zu Konflikten. Durch den Export gelangt das bewässerte Gemüse auch zu uns. Über unseren Konsum sind wir also mit den sinkenden Grundwasserspiegeln in Spanien verbunden.

Braucht es einen klareren Rahmen für die Wassernutzung, der über die nationalen Grenzen hinausgeht?

Frick-Trzebitzky: Mit der Wasser-rahmenrichtlinie, die den Schutz der Gewässer koordiniert, in Flussgebietseinheiten agiert, Veränderungen beobachtet und darauf reagiert, gibt es einen guten europäischen Rahmen. Bei der Umsetzung wird aber noch häufig in administrativen Einheiten und Ebenen gedacht, Prozesse enden an nationalen Grenzen und es gibt Verluste beim Aggregieren von Daten. Im Zusammenhang mit den sogenannten Ewigkeitschemikalien PFAS, die sich in Gewässern nicht natürlich abbauen, wird aktuell wieder das Verursacherprinzip diskutiert. Damit könnten Wechselwirkungen über größere Distanzen berücksichtigt werden. Vielleicht lässt sich der Ansatz auf den physischen und virtuellen Wassertransfer übertragen.

Lütke-meier: Übergeordnete Strategien sollten zudem lokale Ansätze stärker mitdenken. Wir arbeiten am ISOE mit Akteuren vor Ort zusammen: Sie wollen Zusammenhänge besser erkennen und gemeinsame Lösungen finden.

Vielen Dank für das Gespräch.
Das Interview führte Anja Rath.



Gemeinsam die Grenzregion beleben

Im Dreiländereck Deutschland, Frankreich und Luxemburg arbeiten LEADER-Aktionsgruppen grenzüberschreitend zusammen. Die LEADER-Region „Land zum Leben Merzig-Wadern“ setzt sich dafür ein, dass die Menschen in der Grenzregion in Austausch kommen und mehr voneinander erfahren.

[VON RUTH SOLANDER]

Der Landkreis Merzig-Wadern ist der ländlichste Landkreis des Saarlandes und wird aufgrund seiner vielen Grünflächen und ausgedehnten Wälder auch der „grüne Kreis“ genannt. Diese Ländlichkeit bedeutet für viele Menschen vor Ort regionale Identität und Heimatgefühl, aber es entsteht daraus auch eine Vielzahl an Herausforderungen. Die LEADER-Region „Land zum Leben Merzig-Wadern“ ist nahezu deckungsgleich mit dem Landkreis, was Vorteile bei der Umsetzung des LEADER-Ansatzes mit sich bringt,

wie die vergangene Förderperiode gezeigt hat.

„Ländlich, gesund und innovativ im Dreiländereck“: Das Leitbild der Region in der aktuellen Förderperiode verdeutlicht die Besonderheit der Grenzlage. Der gelebte europäische Gedanke geht innerhalb der LEADER-Aktionsgruppe (LAG) über die geografische Dimension hinaus. Aus der Frage „Wie können wir gemeinsam mit unseren Nachbarn Frankreich und Luxemburg mehr für unsere Region erreichen?“ ergibt sich das Ziel, die Regionen

durch grenzüberschreitende Kooperationen gemeinsam voranzubringen. Dies ist ein wichtiger Bestandteil der Entwicklungsstrategie. „Schon in der Förderperiode 2014 bis 2022 hat sich gezeigt, wie wichtig die Zusammenarbeit mit unseren Partnern in den Nachbarländern ist. Themen oder Probleme machen bekanntlich nicht an der Grenze halt“, sagt Daniela Schlegel-Friedrich, Landrätin und Vorsitzende der LAG Merzig-Wadern. „Aus diesem Grund haben wir unsere Lokale Entwicklungsstrategie überarbeitet und den Fördersatz für grenzüberschreitende LEADER-Projekte der LAG auf 100 Prozent angehoben. Wir wollten sicherstellen, dass das Setzen neuer Impulse nicht an mangelnden Kofinanzierungsmitteln scheitert.“ Die Wichtigkeit grenzüberschreitender Kooperationen wurde auch von den zuständigen Ministerien aus dem Saarland, Rheinland-Pfalz – das innerdeutsch an die Region grenzt – und Luxemburg erkannt. Künftig soll eine Verwaltungsvereinbarung die Prozesse vereinfachen: Die Projekte werden dann über eine federführende LAG abgewickelt und von deren zuständiger Behörde geprüft. Die zuständigen Behörden der anderen beteiligten LAGs erkennen das Ergebnis ohne eigene Prüfung an.

Mobil über Grenzen

Zur hohen Lebensqualität in der Region Merzig-Wadern tragen eine weitgehend intakte Natur, bezahlbarer Wohnraum, vielfältige Freizeit- und Kulturangebote sowie gute Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten bei. Die Wirtschaftsstruktur wird überwiegend von kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie einigen größeren Industriebetrieben geprägt. Aufgrund attraktiver Einkommensmöglichkeiten pendeln täglich über 6 000 Menschen aus der Region nach Luxemburg, die meisten von ihnen nach Luxemburg-Stadt.

Dem Individualverkehr kommt im Berufsverkehr in der Region die größte Bedeutung zu. Ein grenzüberschreitender Busverkehr ist vorhanden, allerdings gibt es dabei Nachbesorgungsbedarf. Es besteht seit Jahren ein grenzüberschreitender Arbeitskreis Mobilität, der sich den Problemen widmet. Dort entstand die Idee der multimodalen Mobilitäts-Hubs: Das sind zentrale Punkte auf dem Land, die Angebote für den Individual-, Fahrrad- und öffentlichen Verkehr bündeln.

Gäste im Dreiländereck schätzen es, dass sie touristische Angebote aller Länder nutzen können, ohne zu merken, dass sie Ländergrenzen überqueren. Auf deutscher Seite engagiert sich die Gemeinde Perl schon lange als Projektträger für die transnationalen Kooperationen. Gemeinsam mit der LAG Miserlerland aus Luxemburg hat sie für das LEADER-Projekt „Grenzraum Dreiländereck –

2 000 Jahre Einheit und Trennung“ einen „Grenz(kennen)lernweg“ gestaltet, der das Thema Grenzverschiebung aufarbeitet. Auch im Regionalbudget-Projekt „Moselle³ Trail“ geht es um einen Wanderweg im Herzen der Großregion, der die Möglichkeit bietet, auf 33 Kilometern den deutsch-französisch-luxemburgischen Lebens- und Kulturraum, seine Menschen und seine Geschichte kennenzulernen. „Wir arbeiten auf kommunaler Ebene im Tourismus, aber auch in anderen Bereichen sehr eng mit unseren französischen und luxemburgischen Nachbargemeinden zusammen“, sagt Ralf Uhlenbruch, Bürgermeister der Gemeinde Perl. „Durch die unterschiedlichen nationalen Strukturen werden die Kommunen jedoch unterschiedlich finanziell ausgestattet, sodass bisher einige sehr gute Projektideen aufgrund fehlender Mittel nicht realisiert werden konnten.“ Um dem zukünftig entgegenzuwirken, haben zwölf Gemeinden und Städte aus Deutschland, Luxemburg und Frankreich eine Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) gegründet: Das ist eine auf EU-Recht basierende Gesellschaftsform, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erleichtert.

Für Austausch in den Gremien

Beispielhaft in der Grenzregion ist das Entwicklungskonzept Oberes Moseltal (EOM), das lokale, regionale und kommunale Akteure vernetzen soll und drei LEADER-Regionen im Dreiländereck einbindet. Es ist ein Gemeinschaftsprojekt der Landesplanungsministerien des Saarlandes, von Rheinland-Pfalz und Luxemburg, das durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert wird. Seit 2020 ist es mit einem Regionalmanagement in Grevenmacher/Luxemburg präsent. In der aktuellen Förderperiode können bis zu 6,8 Millionen

Euro an Interreg-Mitteln zur Umsetzung von Infrastrukturprojekten in die Region fließen. Die Regionalmanager der drei LEADER-Regionen sowie des EOMs sind in allen relevanten Ausschüssen vertreten, damit die vorhandenen Fördermittel aus LEADER und Interreg zukünftig effizienter im gesamten Gebiet eingesetzt werden können. In den vergangenen Jahren hat sich durch die gemeinsamen Projekte gezeigt, dass durch ein koordiniertes Zusammenwirken in Abstimmung mit den regional Aktiven Synergieeffekte und große Projektfortschritte erzielt werden können.

„Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den LEADER-Regionen ist für uns alle sehr bereichernd. Obwohl die kulturellen, landschaftlichen und kommunalen Gegebenheiten in der Großregion ähnlich sind, werden immer wieder unterschiedliche Meinungen diskutiert. Letztlich finden wir einen Konsens“, sagt Janet Deutsch, Regionalmanagerin der LAG Merzig-Wadern. Eines der ersten grenzüberschreitenden Projekte war „Mosel ohne Grenzen“, für das sich neun LEADER-Regionen aus Frankreich, Luxemburg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland zusammengeschlossen haben. In einem Workshop entschieden sich die Teilnehmenden, eine digitale Karte zu erarbeiten, die touristische Attraktionen, regionale Produkte und Übernachtungsmöglichkeiten von der Quelle der Mosel in den Vogesen bis zu ihrer Mündung in den Rhein in Koblenz darstellen soll. Im Folgeprojekt „Mosel ohne Grenzen 2.0“ wird dies nun unter Federführung der LAG Miselerland realisiert. Unterschiedliche LEADER-Strukturen machen den Austausch nicht



Die LEADER-Region „Land zum Leben Merzig-Wadern“ liegt im Saarland und grenzt an Rheinland-Pfalz, Luxemburg und Frankreich.

immer einfach, vor allem, wenn neue Partner hinzukommen, denen zu Beginn noch Erfahrung in grenzüberschreitenden Kooperationen fehlt. Dennoch wollen alle Partner das Projekt erfolgreich umsetzen, denn: Wäre es nicht erstrebenswert, Angebote rund um ein uraltes Kulturgut wie die Mosel länderübergreifend darzustellen?

Neben den grenzüberschreitenden Kooperationen sollte der intensive Austausch zwischen den saarländischen LEADER-Aktionsgruppen nicht vergessen werden. Die bereits unterzeichnete allgemeine Kooperationsvereinbarung der letzten Förderperiode und die aktuellen Planungen gemeinsamer Projekte legen hierfür den Grundstein. ■



Eröffnung des deutsch-französisch-luxemburgischen Moselle³ Trails



KONTAKT:

Ruth Solander
LEADER-Aktionsgruppe „Land zum Leben Merzig-Wadern e. V.“
Telefon: 06861 80-3854
r.solander@merzig-wadern.de
www.landzumleben-mzg.de

Langsam reisen mit LEADER

Neun ländliche Regionen in sechs europäischen Ländern haben sich zu einem transnationalen Kooperationsprojekt zusammengetan. Der Fokus von „Slow Trips“ liegt auf nachhaltigem Tourismus: Die Reisenden werden von Einheimischen durch ihre Alltagskultur geführt und erfahren Geschichten aus deren Leben. [VON SOPHIA DRECHSLER]

Ob während einer „Lost Places“-Kajaktour in der Nähe von Berlin Industriegeschichte vom Wasser aus erkunden oder in Oberösterreich einen interaktiven Einblick in die biodynamische Landwirtschaft nach Demeter erhalten; ob in Litauen anhand von alten Autos und Motorrädern den Alltag in der Sowjetzeit entdecken oder eine interaktive Zeitreise in das kleinste Dorf Luxemburgs unternehmen: Es gibt europaweit aktuell eine Auswahl von mehr als 50 Erlebnissen für „langsam Reisende“. Das Angebot richtet sich an Kulturtouristen wie auch Aktiv-Kreative, die versteckte Winkel erkunden oder entspannt die Seele baumeln lassen möchten.

Weniger Schein, mehr Sein

Diejenigen, die diese sogenannten Slow Trips in den ländlichen Partnerregionen in Österreich, Luxemburg, Schweden, Deutschland,

Italien und Litauen anbieten, möchten individuelle Erlebnisse schaffen. Der Name des dahinterliegenden Projekts „Slow Trips“ lehnt sich an den Begriff „Slow Food“ an und bezeichnet genussvolles und bewusstes Verreisen. Das Projekt schafft unkonventionelle touristische Angebotsformen, indem es neue Anbieter- und Gastgebergruppen einbezieht, etwa Landwirtschafts- oder Handwerksbetriebe, Kulturvermittelnde und Kulturschaffende.

Anstelle von aufwendiger touristischer Inszenierung geht es den beteiligten Regionen um Authentizität – und darum, die Alltagskultur, gelebte Traditionen und kulinarische Spezialitäten der bereisten Region zu vermitteln. Dabei entsteht gleichzeitig Potenzial für Familien- und Kleinbetriebe im ländlichen Raum, die ihre Angebotspalette diversifizieren möchten.

Stefan Hessheimer vermittelt im Oderbruch sein fotografisches Wissen mitten in der Natur.



Der Fürstenwalder Museumsbrauer führt die Kursteilnehmenden in die Kunst des Bierbrauens ein.

Ein Beispiel dafür ist die Rathausbrauerei Fürstenwalde in Brandenburg. Erst durch das Projekt entstand die Idee, neben dem Hauptgeschäft des Bierbrauens einen Brauerei-Workshop für Slow-Trips-Touristen anzubieten: Dabei gibt es zuerst ein gemeinsames Frühstück, bevor Braumeister Olli die Gäste durch seinen Betrieb führt. Während einer Verkostung der in Fürstenwalde gebrauten Biersorten lässt er sie an Insider-Wissen zur regionalen Braugeschichte teilhaben. Aus dem sogenannten Treber, der während der Bierherstellung eigentlich als Abfallprodukt anfällt, backen die Gäste am Nachmittag Brot. Mittlerweile sind die Kurse sehr beliebt und stets ausgebucht.

LEADER und Tourismus vereint

Besonders ist beim Slow-Trips-Projekt die enge Zusammenarbeit zwischen den LEADER-Aktionsgruppen (LAGs) und den regional ansässigen Tourismusverbänden, die sich gegenseitig ergänzen: Während LEADER einen Fokus auf innovative Ansätze legt, Nischenprodukte entwickelt und auf nicht ausgetretenen Pfaden unterwegs sein möchte, sorgen die Tourismusverbände dafür, dass die Angebote vermarktbare und buchbar werden. Diesen Austausch empfinden die Beteiligten als Mehrwert. „Mit der Unterstützung von LEADER kann sich der Tourismus qualitativ stark entwickeln. Es werden Strukturen geschaffen, die auch über das Projekt hinaus bestehen bleiben und genutzt werden können“, sagt Barbara Stumpf aus der österreichischen LEADER-Region Zeitkultur Oststeirisches Kernland, die die transnationale Projektleitung übernommen hat. „Auf diese Weise werden die Dörfer in ihrer Lebendigkeit gefördert.“



Auf dem Findlingshof im Seenland Oder-Spree wird Stein in verschiedenen Facetten erlebbar gemacht.

In einigen der beteiligten LEADER-Regionen ist der Tourismusverband im Vorstand der LEADER-Aktionsgruppe vertreten. Gemeinsam möchten sie ausgewogene Projekte für die Menschen vor Ort entwickeln. „Es geht nicht nur darum, die Gäste auf ihrer Reise zu friedenzustellen, sondern auch ein Gemeinschaftsgefühl im Dorf oder der Region herzustellen. Das ist genau der Grundgedanke von LEADER“, sagt Grit Körmer, Regionalmanagerin der LAG Märkische Seen.

Wie aus Ideen Slow Trips werden

Der Startschuss für die transnationale Zusammenarbeit erfolgte im Herbst 2019. Allen Regionen gemeinsam war der Wunsch, nachhaltige Angebote für ein bewusst langsames Reisen zu schnüren und außergewöhnliche Erlebnisse zu kreieren. Nachdem die Markenentwicklung abgeschlossen war, wurden die nationalen Projektverantwortlichen in übergreifenden „Train-the-trainer“-Seminaren ausgebildet, damit diese die einheitlichen Markenwerte von Slow Trips wiederum in ihre Regionen tragen und daraus zertifizierte Erlebnisse entwickeln konnten.

Gleichzeitig handhabt jede Region den Umgang mit den Anbietenden und die Entwicklung der Erlebnisse etwas anders. Katrin Riegel vom Tourismusverband Seenland Oder Spree e. V.: „Um ‚untypische‘ Erlebnisanbieter zu finden, braucht es ein sensibles Gespür. Wir haben den größten Teil unserer Anbieter über persönliche Akquise gefunden.“ Der jeweils zuständige Tourismusverband entwickelt gemeinsam mit den Anbietern rund um eine Idee ein durchgeplantes Produkt. Diese Unterstützung gibt den Anbietern Sicherheit.

„Der wichtigste Markenwert ist das Storytelling: Für ein optimales Erlebnis braucht es spannende Persönlichkeiten, ja Unikate, die gerne mit Gästen kommunizieren und ihre Geschichte erzählen möchten. Dann kann man drum herum ein Produkt entwickeln, das sich auch vermarkten lässt“, sagt Katrin Riegel.

Transparenz und Fairness für alle Beteiligten

Jeder Trip ist so konzipiert, dass er so umweltfreundlich wie möglich ist. Damit soll die ökonomische, soziale und ökologische Verantwortung einer Region für die Gäste sichtbar werden. Bei der Kalkulation achten die Projektverantwortlichen darauf, die Erlebnisse auch für die Anbieter vorteilhaft zu gestalten. Die Preisberechnung wird transparent offengelegt, damit für die Touristen nachvollziehbar wird, in welche Ressourcen ihr Geld fließt. Grundsätzlich gilt: Was die Gäste bezahlen, ist das Einkommen der Anbieter; der Tourismusverband partizipiert nicht an den Einnahmen.

Die LEADER-Förderung hat 80 Prozent der gesamten Projektkosten abgedeckt, die sich aus Testreisen in potenzielle Partnerregionen, Train-the-trainer-Ausbildungen, der Entwicklung der einzelnen Erlebnisse in Form von Schulungen, dem Aufbau der internationalen Website und der Integration des Buchungstools sowie diversen Marketingmaßnahmen zusammensetzen.

Wie geht's weiter?

Wer ein Slow-Trips-Erlebnis anbieten möchte, muss im Projektgebiet leben oder sein Unternehmen dort angemeldet haben. Momentan liegt der Fokus darauf, bereits bestehende Erlebnisangebote zu erweitern und zusätzliche Anbietende in den teilnehmenden Regionen für das Projekt zu gewinnen. Möglicherweise wird sich daraus in der Zukunft ein Folgeprojekt ergeben, das auch neue Gebiete einschließen soll. Die Transnationalität des Projekts spricht jedenfalls für die Übertragbarkeit des Tourismuskonzepts auch auf andere Regionen.

Bisher haben die Projektverantwortlichen viele positive Rückmeldungen erhalten. Die Slow-Trips-Angebote sind auf der Projektwebsite www.slowtrips.eu auf Deutsch und Englisch buchbar. Die aktuell etwa 30 deutschen Angebote im Seenland Oder-Spree sind darüber hinaus auf der Website des Tourismusverbandes zu finden. ■



KONTAKT:

Grit Körmer
Regionalmanagement LAG Märkische Seen
Telefon: 030 9799259-14
regionalmanagement@lag-maerkische-seen.de
www.seenland-oderspree.de/seenland-erleben/slow-trips

Barbara Stumpf
LAG Zeitkultur Oststeirisches Kernland
Telefon: +43 660 4935390
barbara.stumpf@zeitkultur.at
www.slowtrips.eu

Für eine Renaissance der Nuss

Der Verein Grünspecht e. V. aus Happurg in Mittelfranken bringt regionale Walnüsse und Esskastanien zurück auf die Teller. Damit will er Landschaftselemente wie Bäume und Gehölze wieder sinnvoll nutzen und dazu beitragen, an Feldern und Äckern neue Baumbestände und Lebensräume zu schaffen. [VON SABRINA STRECKER]



Alles für die Nuss: pflanzen, pflegen, sammeln, verarbeiten und verpacken

Walnussbäume werden gefällt und niemand pflanzt sie nach? Für Judit Bartel geht das gar nicht. Die Landschaft wieder mit Nussbäumen zu bereichern, war ihr Antrieb, im Jahr 2020 das Projekt „Nüsse fürs Nürnberger Land“ zu starten. „Bis vor nicht allzu langer Zeit war es üblich, Nüsse aufzusammeln, zu trocknen und zu essen. Dadurch hatten Walnussbäume einen Wert“, sagt Bartel. „Diese Praktik ging in den vergangenen Jahrzehnten verloren. Wir beleben sie nun wieder.“ Dafür engagieren sich die Projektbeteiligten auf gleich mehreren Ebenen: Sie wollen neue Bäume pflanzen, stehende Bäume abernten, Menschen für Baumpflege, Nussernte und -verarbeitung gewinnen und Landwirte ins Boot holen, die ihre Felder mit Nuss- und Esskastanienbäumen sämen.

Gemeinschaftlich pflanzen und pflegen

Judit Bartel und Elisa Sichau, die derzeit gemeinsam das Projekt koordinieren, gehören zum Verein Grünspecht, der hinter dem Projekt steht. Gemeinsam suchten sie nach Bäumen, deren Früchte sie aufsammeln dürfen. „Dafür haben wir Flyer an die Bäume gehängt

oder in die Briefkästen der Besitzer geworfen“, sagt Bartel. Auf einer Vertragsnaturschutzfläche der Gemeinde Happurg, die extensiv von Schafen beweidet wird, pflanzte das Team einen Walnussrain, der an alte Eichenhutewälder anschließt. Auf einer weiteren 400 Quadratmeter großen Gemeindefläche am Happurger Ortseingang wachsen nun Nussbäume, die zukünftig als Schatten-spender dienen. Haselnusssträucher, Felsenbirnen und Walnussbäume ergänzen mittlerweile einen Streifen am Waldrand, der einer Privatperson gehört; einen Acker sämen Esskastanien, Walnüsse, Haselnüsse, Beerenssträucher und Wildobst. Und mit nachgepflanzten Nussgehölzen bestückte der Verein die eigene 2 500 Quadratmeter große Streuobstwiese. Insgesamt pflanzte das Team um Bartel und Sichau bislang rund 50 Walnussbäume, 70 Haselnusssträucher und 50 Esskastanien sowie diverse Wildobstgehölze und Beerenssträucher. Die Pflege übernehmen die Mitglieder des Vereins gemeinschaftlich.

„Wir würden gerne noch mehr Bäume pflanzen. Ehrenamtlich können wir aktuell aber nicht mehr als die bestehenden Flächen pfl-

gen.“ Das Problem: Attraktiv sind vor allem die Baumpflanzungen. Sie locken auch Menschen aus dem etwa 30 Kilometer entfernten Nürnberg nach Happurg. Gemeinsame Ernteeaktionen an Bäumen, die schon länger in und um Happurg stehen und für die sie eine Erntevereinbarung mit den Besitzern haben, stießen hingegen auf weniger Resonanz: „Damit man die Nüsse verwenden kann, muss man sie eigentlich täglich oder jeden zweiten Tag aufsammeln – gerade wenn’s regnet. Das hat leider nicht so gut geklappt“, resümiert Bartel. Für die nächste Erntesaison sollen deshalb Erntepatenschaften für jeden Baum vergeben werden. „Pflanzungen sind sehr leicht förderfähig für einen Verein“, so Bartel weiter. „Die langfristige Pflege wird da häufig nicht mitbedacht.“ Um die Pflege weiterer Bäume zu finanzieren, sollen in Zukunft Privatpersonen und Unternehmen Baumpatenschaften übernehmen können.

Gemeinsame Sache mit der Landwirtschaft

Ein weiteres Ziel der Projektbeteiligten: mehr Streifen aus Walnüssen und Esskastanien in die Agrarlandschaft bringen. Um die Landwirte der Region für ihr Vorhaben zu gewinnen,



gibt der Verein auch Pflegetipps. Dazu erprobt das Projektteam die Pflege und findet heraus, wie sich Gehölzstreifen in landwirtschaftliche Nutzflächen integrieren lassen, welche Bäume sich für welche Standorte eignen, wie viel Baumschnitt nötig ist oder wie viel Wasser die Bäume in den ersten Jahren brauchen. „Wir arbeiten hier ganz kleinräumig und stehen noch ziemlich am Anfang“, so Bartel. „Unsere größte Fläche misst einen Dreiviertelhektar. Wir haben sie von einem Landwirt gepachtet, der den Acker bewirtschaftet und Grünfutter gewinnt. Wir kümmern uns um die Gehölzstreifen, auf denen wir gemeinsam mit Fachleuten ein Mini-Agroforstsystem mit Esskastanien, Walnüssen, Haselnüssen und Unterpflanzungen angelegt haben.“ Um mehr Wissen zu generieren, kooperiert das Projektteam mit Baumschulen, der lokalen Streuobstinitiative und Biolandwirten im Nürnberger Land.

Eine Erkenntnis: Landwirte sollten sich Zeit nehmen für die Planung, andere Anlagen anschauen und die Bäume so platzieren, dass sie die Bewirtschaftung der restlichen Fläche nicht stören. Ein Landwirt aus der Hersbrucker Streuobstinitiative riet außerdem

dazu, nicht alle geplanten Bäume auf einmal zu pflanzen. Gerade in den Anfangsjahren verteile das das Risiko, etwa wenn ein besonders trockener Sommer bevorstehe. Dank der Vernetzung mit Walnussbauern ist klar: Walnussbäume wachsen, wenn sie gut angewurzelt sind, ohne Schwierigkeiten. Nur ihre Baumscheibe, das untere Ende des Baumstamms, muss in den Anfangsjahren freigehalten werden. Später entsteht der Arbeitsaufwand vor allem bei der Ernte. Seit Projektstart haben sich einige Landwirte im Nürnberger Land inspirieren lassen, vor allem jene aus dem Nebenerwerb. Einer setzte 200 Esskastanien auf eine Fläche, andere pflanzten zehn oder 20 Walnussbäume auf Weiden oder kleinen Grundstücken, die vorher ungenutzt waren. Die einen sehen die Pflanzungen als Zukunftsinvestition in Wertholz, andere interessieren sich für die Verwertung der Früchte.

Gläserweise Nüsse

Auch die geschieht im Verein aktuell in Gemeinschaftsarbeit – vom Knacken in der Nussmanufaktur Gelbe Bürg übers Sortieren im Wohnzimmer eines Vereinsmitglieds bis zum

Verwerten in einer Schneidemaschine einer örtlichen Metzgerei. 2022 sind rund 450 Gläser Nussmus entstanden. Ein Drittel der Gläser haben sie an die Helfenden verschenkt, ein Drittel zum vergünstigten Preis an Helfende verkauft. Der Rest ging hochpreisig über die Theken zweier Dorfläden, eines Spezialitätenladens und des Wochenmarktstandes eines befreundeten Käasers. Der Verein und seine Arbeit sind bereits bekannt. Wenn gleich er nur etwa 30 Mitglieder zählt, lesen seinen Newsletter mehr als 400 Menschen. Daneben nutzt er für seine Öffentlichkeitsarbeit lokal ausgelegte Flyer, Stände auf lokalen und überregionalen Veranstaltungen, eine Website, Pressearbeit und Kooperationen mit anderen Initiativen wie dem Nürnberger Verein „BluePingu“, der lokale Nachhaltigkeitsinitiativen vernetzt. Jedes Jahr lädt der Verein außerdem zu einer eigenen Veranstaltung. Zuletzt drehte sich dabei alles um die Esskastanie und wie sie die Ernährung bereichern kann. Eine Köchin entwarf dafür eigens ein Menü. Über 60 Menschen kamen und konnten kleine Setzlinge mit nach Hause nehmen, auch die Presse war vor Ort.

Nach drei Jahren Laufzeit wirke das Projekt in die Region hinein. „Ich nehme wahr, dass es sehr viel Resonanz gibt“, sagt Bartel. „Vorher wurden Nussbäume als Ärgernis angesehen und gefällt. Jetzt sieht man sie mit anderen Augen – und lässt sie stehen.“ Die bäuerliche Landwirtschaft im Nürnberger Land habe außerdem das Potenzial der Früchte als regionales Nahrungsmittel erkannt. „Wenn man hier lebt, kann man sich mit vielen Dingen aus der Region versorgen: Gemüse, Getreide, Fleisch, Linsen, Käse, Obst. Mit Nüssen ging das bisher nicht, das ändern wir gerade.“ Daneben profitierten auch Natur und Artenvielfalt von zusätzlichen Hecken, Sträuchern und Bäumen. Über die Grenzen des Nürnberger Landes hat man vom Projekt ebenfalls Wind bekommen. Bartel: „Ich werde immer öfter eingeladen, das Projekt vorzustellen, etwa bei der Klimawoche in Donauwörth.“



KONTAKT:

Judit Bartel
Nüsse fürs Nürnberger Land
Grünspecht e. V.
Verein für Naturverbundung und zukunftsfähige Lebensweisen
Telefon: 0177 8073531
nuesseprojekt@gruenspecht-ev.de
www.gruenspecht-ev.de



Ein Steig für Schwärmer

Das Diemeltal ist eines der wichtigsten Schmetterlingsgebiete Europas, eine „Prime Butterfly Area“. Das LEADER-Kooperationsprojekt „Diemeltaler Schmetterlings-Steig“ macht das artenreiche Biotop seit 2020 auch für Touristen erlebbar. [VON LIA POTTHAST UND MEIKE KÜHLKAMP]

Die orchideenreiche Wanderzeit beginnt je nach Witterung Ende April und endet Ende Juni. Im Juli und August zeigt sich die sogenannte Magerrasenflora von ihrer vielfältigen und bunten Seite, ab September blühen Deutscher Enzian und Fransen-Enzian in violetten Varianten: Wer den Diemeltaler Schmetterlings-Steig entlang wandert, kann vieles entdecken. Dieser Fern- und Rundwanderweg führt Wanderfreunde durch eine über Jahrhunderte gewachsene Kulturlandschaft; er erstreckt sich über den Süden des nordrhein-westfälischen Kreises Höxter und den Norden der hessischen Landkreise Kassel und Waldeck-Frankenberg. Über 20 artenreiche Kalkmagerasen werden durch den 152 Kilometer langen Weg vernetzt. Sie beherbergen neben zahlreichen Pflanzen auch eine Vielfalt an Tieren wie die namensgebenden Schmetterlinge: Etwa 100 Tagfalterarten ließen sich hier laut NABU im Jahr 2018 nachweisen.

Über Grenzen hinweg

Impulsgeberin für das Vorhaben, solch einen Wanderweg entstehen zu lassen, war Christiane Sasse, ehemalige LEADER-Regionalmanagerin in der Region Kulturland Kreis Höxter. Sie hatte bereits 2004 die Idee zu einem länderverbindenden Weg, um das Diemeltal und seine einzigartige Artenvielfalt bekannter zu machen. Mit der Ernennung des Kreises Höxter zur LEADER-Region wurde 2016 eine länderübergreifende Kooperation möglich und das Projekt konnte schließlich umgesetzt werden.

Die Basis für die Zusammenarbeit legte Sasse schon 2015. Damals noch als Ehrenamtlerin aktiv, stellte sie dem Bürgermeister in Trendelburg ihre Idee für den Wanderweg vor – und überzeugte ihn. Es folgten Gespräche mit den anderen Kommunen sowie den regionalen Wandervereinen. Allesamt verliefen positiv und motivierten zur Weiterentwicklung. Auch die LEADER-Aktionsgruppe (LAG) Kulturland Kreis Höxter sah das Potenzial des

Schmetterlings-Steigs für die Region. „Das Projekt selbst dient als Brücke zwischen den Bundesländern und macht das Diemeltal auch über die Landesgrenzen hinweg erlebbar“, sagt Lia Potthast von der LAG. „Alle Projektpartner bewerben den Schmetterlings-Steig. Dadurch profitieren die ländlichen Regionen beider Bundesländer: Sie werden bekannter und gewinnen Touristen.“ Zusätzlich könne durch das Projekt die regionale Wertschöpfung im Bereich der Beherbergung und Gastronomie gestärkt werden.

Insgesamt waren acht Kommunen in zwei Bundesländern und drei Landkreisen an der Umsetzung des Wanderwegs beteiligt: Borgentreich, Beverungen und Warburg in der LEADER-Region Kulturland Kreis Höxter (Nordrhein-Westfalen), Trendelburg, Hofgeismar, Liebenau und Bad Karlshafen in der LEADER-Region Kulturland HessenSpitze (Hessen) und Diemelstadt in der LEADER-Region Diemelsee-Nordwaldeck (Hessen).

Kommunikation ist das A und O

Um ihr Vorhaben in die Tat umzusetzen, mussten die drei LAGs eng zusammenarbeiten, denn es galt, einige Herausforderungen zu meistern: angefangen bei unterschiedlichen Antragsverfahren und Formularen der Bundesländer bis hin zu einer umfangreichen Kalkulation der Kosten für über 3 000 Wegezeichen, Hunderte von Markierungspfosten und Zielwegweisern sowie für das Marketing. Bei der Wegeführung war es wichtig, die Naturschutzbelange und Eigentumsrechte zu beachten und die Nutzungserlaubnis nachzuweisen. Eine stete Kommunikation zwischen den Verantwortlichen der beteiligten Kommunen, den Regionalmanagements beider Bundesländer sowie den Tourismusbeauftragten, etwa der drei Naturparks Reinhardswald, Teutoburger Wald und Solling-Vogler, war dabei unerlässlich. „Auch der gute Austausch mit und zwischen den beiden beteiligten Bewilligungsstellen hat wesentlich zum Gelingen des Kooperationsprojekts beigetragen. Dieses Engagement ist bei Bewilligungsstellen nicht unbedingt selbstverständlich“, so Potthast.

Gemeinsames Know-how

Christiane Sasse übernahm die Umsetzung des Schmetterling-Steigs federführend. Die LAG stellte ihr Jan Kolditz als Werkstudenten zur Seite. Der Steig sollte nur auf bereits vor-

handenen Gemeindewanderwegen verlaufen. Also wanderte Kolditz den Streckenverlauf ab, identifizierte Problemstellen, digitalisierte die Streckenführung und übernahm in enger Abstimmung mit der Regionalmanagerin die Planung aller Wegemarkierungsstandorte. Beide, Christiane Sasse und Jan Kolditz, arbeiteten nicht nur haupt-, sondern zusätzlich ehrenamtlich mit Herzblut an der Realisierung des Projektes.

Der Antrag für das Projekt konnte schließlich im Mai 2018 auf nordrhein-westfälischer Seite eingereicht werden. Nach einer kurzen Verzögerung erfolgte im Sommer 2019 der Startschuss für die Umsetzung. Im Juni 2020 fand die Eröffnung des Weges unter Coronabedingungen statt.

Mittlerweile erfreuen sich Touristen und Einheimische seit drei Jahren am Schmetterlings-Steig. Im Hintergrund ist die Arbeit nicht vorbei, denn die Wege müssen weiterhin gepflegt werden. Diese Aufgabe übernahmen zu Beginn die Bauhöfe der Kommunen, doch es wurde schnell klar: Für die Instandhaltung braucht es ein organisiertes Wegemanagement und Qualitätssicherung.

Weil durch einen Personalwechsel bei einer beteiligten LAG Hintergrundwissen zum Schmetterlings-Steig verloren gegangen war,

stellten die Projektbeteiligten ein neues Koordinierungsteam zusammen. Stellvertretend für alle hessischen Kommunen beteiligten sich daran Mitarbeitende des Naturparks Reinhardswald e. V.; für die nordrhein-westfälische Seite waren der Infrastrukturmanager für Rad und Wandern der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Höxter mbH sowie das Regionalmanagement der LAG Kulturland Kreis Höxter e. V. dabei. Mit der ehrenamtlichen Unterstützung von Kolditz erarbeiteten sie eine gemeinsame Wissensbasis.

Damit der Weg dauerhaft attraktiv bleibt, brauchte es an erster Stelle eine langfristige Lösung für die Wegepflege und Wegemarkierung. Für die Wegstrecke im hessischen Gebiet gibt es dafür nun einen digitalen Pflegeplan, der die Zuständigkeiten der jeweiligen Bauhöfe und Informationen zur Pflege abbildet. 2022 kontrollierte zusätzlich ein Minijobber des Naturparks Reinhardswald die Infrastruktur, Markierung und Wegbeschaffenheit entlang des Steiges und informierte die Kommunen über etwaige Mängel. Zukünftig soll die Nachmarkierung von ehrenamtlichen Wegepaten übernommen werden. Auf westfälischer Seite gibt es diese bereits. Sie sind für einzelne Wegabschnitte zuständig und achten auch darauf, dass Wandernde die Wege zum Schutz von Flora und Fauna nicht verlassen.

Nachhaltige Wirkung in der Region

Damit der Steig überhaupt gefunden werden kann, gibt es ein umfangreiches Marketingkonzept: eine Faltkarte mit Rundwanderwegen und die Integration der Strecke in digitale Routenplaner wie Komoot. Und es gibt bereits weitere Ideen für die Bewerbung des Steigs über die gesamte Projektlaufzeit. An diesen Aufgaben und der weiteren Optimierung der internen Abläufe möchte das Koordinierungsteam in den kommenden Jahren weiterarbeiten. „Bisher wird der Weg gut angenommen. Touristen fragen regelmäßig unser Informationsmaterial an und auch auf Messen erkundigen sich viele Wanderfreudige nach dem Steig“, so Potthast. Vielversprechende Anzeichen, dass der Diemeltaler Schmetterlings-Steig auch nachhaltig in der Region wirkt. ■

Naturpotenzial: Magere Wiesen sind reich an Pflanzen – und damit an Faltern, die meist spezielle Vorlieben haben. Im Bild: ein Bläuling. Die Flügeloberseite ist bei vielen männlichen Faltern aus dieser Gruppe blau, daher der Name.



KONTAKT:

Saskia Jäger und Lia Potthast
LEADER-Aktionsgruppe Kulturland
Kreis Höxter e. V.
Telefon: 05271 9743-44 / -45
info@leader-in-hx.eu
www.leader-in-hx.eu
www.schmetterlingssteig.de

Akademie für Dörfer

Die erstmals interkommunale Landesgartenschau in Hessen 2027 wirft ihre Schatten voraus. Im Wetteraukreis soll sie dazu dienen, eine ganze Region weiterzuentwickeln. Für Kommunen, Vereine und Bürger, die ihre Orte – nicht nur für die Gartenausstellung – attraktiver gestalten möchten, bietet die Dorf-Akademie Unterstützung.

[VON ANDREA BIRRENBACH]

Viele Einwohner von Lißberg halten ihre Burg für ein Kleinod – allerdings eines im Dornröschenschlaf. Der Rundweg um die Burg Lißberg ist überwuchert und wirkt wie aus einer anderen Zeit. Das Areal der erstmals 1222 urkundlich erwähnten Burg soll während der Landesgartenschau als Veranstaltungsfläche dienen. Während es erste Sanierungspläne der Stadt Ortenberg als Burgeigentümerin gibt, mangelt es noch an Ideen für die Umgebung der Burg und den Ort. Ein Gedankenaustausch mit konkreten Ansätzen, wie sich die Umgebung der auf einem vulkanischen Basaltkegel gelegenen Lißburg umgestalten ließe, kam im September vergangenen Jahres in Gang. Die Dorf-Akademie der LEADER-Region Wetterau/Oberhessen hatte zur Veranstaltung „Dorf mit allen Sinnen“ mit Ortsrundgang

nach Ortenberg-Lißberg eingeladen. Etwa 50 Interessierte waren der Einladung gefolgt, darunter Bürger aus Lißberg und den benachbarten Dörfern sowie Mitglieder des Ortsbeirats und Verantwortliche aus der Verwaltung. Ein Architekt und eine Landschaftsarchitektin gaben fachlichen Input und Impulse. Beim Spaziergang rund um die Lißburg entwickelten die Teilnehmenden Ideen: eine Aussichtsplattform zum Stausee hin zu errichten, Sichtachsen in den Bewuchs zu schlagen, damit der Blick auf das Ortenberger Schloss frei würde, und die Wege neu zu beschildern. „Solche Ideen können durch den Input von Fachleuten, der Offenheit von Verwaltung und der Einbindung interessierter Bürger entstehen“, sagt Klaus Karger, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Wetterau. „Durch das Zusammenwirken und das gemeinsame Betrachten des Burgareals ist

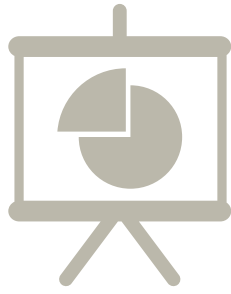
etwas entstanden, das einerseits für die Landesgartenschau sinnvoll ist, aber auch dauerhaft den Ort Lißberg aufwertet.“

Die Veranstaltung „Dorf mit allen Sinnen“ und der Prozess um die Burg Lißberg verdeutlichen, was die Dorf-Akademie Wetterau/Oberhessen bewirken möchte: die Bürger in die Weiterentwicklung der Region einbeziehen, mit Fachinformationen versorgen und somit befähigen, sich zielgerichtet selbst für ihre Dörfer zu engagieren. Die Dorf-Akademie versteht sich als eine Unterstützungsstruktur, als Impuls- und Austauschplattform für die Menschen in den Dörfern der LEADER-Region Wetterau/Oberhessen, die sich bereits vor Ort einbringen oder es zukünftig möchten. Dazu macht sie Qualifizierungs- und Bildungsangebote, vermittelt Kontakte und trägt zur Entstehung neuer Netzwerke

Lißberg mit seiner Burg und dem Stausee



Foto: Wirtschaftsförderung Wetterau GmbH



Die Dorf-Akademie ist aus einem Forschungsprojekt hervorgegangen.

bei. Ein weiteres Ziel ist, zivilgesellschaftliches Engagement in der LEADER-Region zu fördern und dadurch die Dörfer, ihre Dorfgemeinschaften und die regionale Identität zu stärken. „Die Arbeit der Dorf-Akademie endet nicht mit einer Veranstaltung. Manchmal entstehen erst dadurch Prozesse im Dorf und es werden Projektideen entwickelt“, so Sina Happel, Projektmanagerin der Dorf-Akademie. „Wir unterstützen dann die Projektträger dabei, passende Förderprogramme zu finden.“ Beim Beispiel Landesgartenschau decken sich die Ziele der Dorf-Akademie mit denen der Ausstellung rund um das Thema Gartenbau: die Dörfer attraktiver machen und die Identifikation der Bevölkerung mit ihren Dörfern stärken.

Forschungsprojekt als Startschuss

Im Jahr 2020 hat die Dorf-Akademie ihre Arbeit aufgenommen. „Corona hat den Start etwas erschwert“, sagt Karger. Die geplanten Präsenzveranstaltungen wurden kurzerhand in digitale Formate umgewandelt. Sie wurden so gut angenommen, dass sie weiterhin Bestandteil des Angebots bleiben. Träger der Dorf-Akademie ist die Wirtschaftsförderung Wetterau GmbH mit ihren Projektpartnern, dem Verein Oberhessen e. V., dem Wetteraukreis, der Volkshochschule Wetterau und dem Verein Wirtschaft.Regionalentwicklung Wetterau e. V. Bislang wurde die Dorf-Akademie mit LEADER-Mitteln in Höhe von rund 61 000 Euro gefördert. Das LEADER-Regionalmanagement ist ebenfalls bei der Wirtschaftsförderung angesiedelt. Karger: „Das ist aus unserer Sicht eine gute Konstellation, weil es sehr viele Schnittmengen gibt. Es ist

von Vorteil, sich über kurze Wege auszutauschen und abgestimmt an der Entwicklung des ländlichen Raums zu arbeiten. Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung gehen bei uns fließend ineinander über.“

Dass die LEADER-Region über eine eigene Akademie für ihre Dörfer verfügt, ist das Ergebnis eines Forschungsvorhabens mit dem Titel „Regionalstrategie für die LEADER-Region Wetterau/Oberhessen“; für die praktische Arbeit wurde es in „Dorf und Du“ umbenannt. Die drei Modellkommunen Butzbach, Nidda und Ortenberg wurden in dem Forschungsvorhaben von 2016 bis 2018 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Programms „Kommunen.innovativ“ gefördert. „Ein Ergebnis war, dass die Innenentwicklung zu einer strategischen Daueraufgabe werden soll“, sagt Bernd-Uwe Domes, der sich die Geschäftsführung der Wirtschaftsförderung Wetterau mit Karger teilt. „Dazu braucht es über das Forschungsprojekt hinaus Verstetigungsbauwerke. So ist die Idee für die Dorf-Akademie entstanden.“

Der zweite Baustein ist das Kompetenznetzwerk Innenentwicklung. Die Federführung liegt beim Wetteraukreis, beteiligt sind die Wirtschaftsförderung Wetterau sowie weitere lokale und regionale Akteure, die in unterschiedlichen Kontexten mit dem Thema Innenentwicklung in Verbindung stehen. Gemeinsames Ziel des Netzwerks ist, die Wetterauer Kommunen durch zielgerichtete Information und Kommunikation rund um das Thema Innenent-

wicklung zu unterstützen. Blickwinkel aus verschiedenen Fachrichtungen sollen dabei helfen, das komplexe Themenfeld systematisch und nachhaltig im Wetteraukreis zu verankern.

Für attraktiven Lebensraum

Einer der Gründe, die Dorf-Akademie und das Kompetenznetzwerk Innenentwicklung zu schaffen, ist der Zuzug in den Landkreis, in dem im Frühjahr 2023 etwa 317 500 Menschen lebten. Das waren über 5 800 mehr als Ende 2021. Im Wetteraukreis geht man davon aus, dass dieser Trend anhält, liegt die Region doch nah an der Metropole Frankfurt. Gleichzeitig finden sich immer wieder alte Immobilien in den Dörfern, die leerstehen oder denen Leerstand droht, weil die Erben nicht wissen, was die Häuser wert sind oder ob sich eine Renovierung lohnt. Diese konkrete Problematik will die Dorf-Akademie ab 2024 angehen: Als neues Format soll eine Erstbauberatung eingeführt werden. Dabei wird Bau- oder Umbauinteressierten für Gebäude oder Baulücken in historischen Ortskernen ein kostenfreies Informationsangebot in Form von Beratungsgutscheinen zur Verfügung gestellt. Dies sei ein wichtiger Baustein, Anreize für das Wohnen, Leben und Arbeiten im Ortskern zu setzen sowie für die Themen Flächenverbrauch und regionale Baukultur zu sensibilisieren, so die Projektbeteiligten.

Als weiteres neues Format sollen ab 2024 Dorfwerkstätten für Großgruppen von bis zu 60 Personen eingeführt werden. Die Gruppen werden gemeinsam mit Fachleuten Themenbereiche der Innenentwicklung diskutieren, für die es Fachexpertise braucht. Das Angebot der Dorf-Akademie rund um die Themen Soziales, Baukultur, Energieeffizienz, Klimaschutz und genauso nachhaltiges Wirtschaften und Konsumverhalten soll stetig sowie bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. „Wir wollen kein festes Curriculum, sondern wir möchten flexibel auf die Wünsche in der Region eingehen. Eine Dorf-Akademie hat nur dann auf Dauer einen Sinn, wenn das Programm auf die Bedarfe und Probleme im ländlichen Raum zugeschnitten ist“, so Domes. ■



KONTAKT:

Sina Happel
Wirtschaftsförderung Wetterau GmbH
Projektmanagerin Dorf-Akademie und
Regionalentwicklung
Telefon: 06031 77269-18
dorf-akademie@wfg-wetterau.de
www.dorfakademie.org

Innovationen brauchen Management

Es gibt immer wieder neue Ideen für landwirtschaftliche Betriebe – etwa, Insekten als Futtermittel einzusetzen. Die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen hat eine Innovationsmanagerin eingestellt, um Informationen über neuartige Ansätze zu sammeln, Wissen zu generieren und Betriebe zu unterstützen. [VON ANDREA BIRRENBACH]


Es gibt noch keinen Insekten-Papst“, sagt Dr. Dorothee Schulze Schwering. Sie ist seit September 2022 Innovationsmanagerin der Landwirtschaftskammer (LWK) Nordrhein-Westfalen. Das Thema Insektenhaltung in der Landwirtschaft ist Neuland, seit ihrem ersten Arbeitstag hat sie es auf ihrer Agenda: „Alle Akteure, die sich in diesem Feld bewegen, sind noch in einem Lernprozess.“ Doch weil sich derzeit viele landwirtschaftliche Betriebe dafür interessieren, hat sie sich schlaue gemacht. Sie hat auf vielen Kanälen nach Informationen gesucht: im Internet recherchiert, thematisch passende Veranstaltungen und Messen besucht, Kontakt zu Start-ups und Forschungseinrichtungen aufgenommen. Mit weiteren Mitarbeitern der LWK aus verschiedenen Arbeitsbereichen hat sie ein Kompetenzteam gebildet und sich dem Thema gewidmet.

Das Beispiel der Insektenhaltung verdeutlicht, welche Tätigkeiten ein Innovationsmanagement in einer Landwirtschaftskammer umfassen kann. „Es ist ein Teil meiner Aufgabe, herauszufinden, welche Akteure in einem Themenbereich gerade unterwegs sind, welche Forschungseinrichtungen sich damit beschäftigen und welche Erkenntnisse und Entwicklungen zu erwarten sind.“ Das alles müsse bedacht werden, um landwirtschaftliche Betriebe zu zukunftssträchtigen Themen zu beraten. Die Arbeitsstelle der Innovationsmanagerin ist dabei fachgebietsübergreifend angelegt, das heißt, Schulze Schwering arbeitet mit allen Fachleuten in der Landwirtschaftskammer zusammen.

„Die Idee eines Innovationsmanagements ist sinnvoll, weil sich kontinuierlich sehr viel Innovatives entwickelt. Die einzelnen Mitarbeitenden der Landwirtschaftskammer können das für ihre Bereiche nicht allein überblicken und bündeln. Die Landwirtschaftskammer hat erkannt, dass es einen Bedarf für eine zusätzliche Stelle gibt, da sich neue Märkte auf tun und ständig verändern.“ Für landwirtschaftliche Betriebe sei es schwierig, sich selbst umfassend über neue, innovative Märkte zu informieren, und vor allem zeitaufwendig, wenn gleichzeitig die praktische Arbeit auf dem Hof rufe. „Für Betriebe, die neue Wege gehen wollen, entstehen meistens viele Fragen. Wir wollen sie nicht alleine lassen und als Landwirtschaftskammer Ansprechpartner sein. So möchten wir versuchen, den Weg gemeinsam zu gehen und gemeinsam neue Felder zu erschließen.“

Schulze Schwering sieht es als Auftrag der LWK, die Betriebe im eigenen Bundesland zu unterstützen und bei der Weiterentwicklung zu fördern. Der Wissenstransfer und die Vernetzung spielen dabei aus ihrer Sicht eine wichtige Rolle. „Für Innovationen ist das Schnittstellenmanagement entscheidend: Dafür müssen wir das Wissen von A nach B transferieren und den landwirtschaftlichen Betrieben Impulse geben, indem wir ihnen zeigen, was alles möglich ist. Und für den Wissenstransfer ist es entscheidend, dass man voneinander weiß“, sagt sie.





Von Vertical Farming über Insektenverarbeitung bis zur Algenproduktion: Landwirtschaft und Forschung entwickeln sich stetig weiter.

Landwirtschaft wird komplexer

„Viele Forschende betonen, dass die Landwirtschaft zunehmend wissensbasierter wird. Die Herausforderungen werden dadurch immer komplexer“, sagt Karin Ellermann-Kügler vom Verband der Landwirtschaftskammern (VLK). Durch diese Komplexität funktioniert es nicht mehr, Wissen linear weiterzugeben: Früher hätten Universitäten geforscht und ihre Ergebnisse an die Beratung weitergegeben; durch Beratung wiederum wären Landwirte mit neuen Erkenntnissen versorgt worden. „Das würde heute viel zu lange dauern, und es funktioniert auch nicht mehr. Innovation finden heute sektor- und regionsübergreifend statt.“ Ellermann-Kügler hält neue Strukturen wie die eines Innovationsmanagements deshalb für zeitgemäß und auch notwendig, um die in der Strategieplanverordnung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geforderte Innovationsförderung zu leisten. Sie hatte Schulze Schwering Anfang des Jahres eingeladen, sich und ihre Aufgaben bei einer Vernetzungsveranstaltung vorzustellen. „Ich würde mir wünschen, dass Innovationsmanagement auch bei anderen Institutionen Schule macht. Es ist ein Schritt, um schneller weiterzukommen und bessere Ergebnisse zu produzieren.“

„Dass es jemanden braucht, der Innovatives unterstützt, zeigt sich auch bei EIP-Agri“, sagt Dr. Leonie Göbel, die bei der DVS für EIP-Agri, also die Europäischen Innovationspartnerschaften „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ zuständig ist. Bei dem von der EU geförderten Ansatz arbeiten Gruppen aus Forschenden und Praktikern gemeinsam an praxisnahen Fragen. „Eine Ansprechperson, die den Überblick über Querschnittsthemen behält, ist wichtig“, sagt Göbel. Bei EIP-Agri übernehmen dies die sogenannten Innovationsdienstleister (IDL). Sie sind in fast allen Bundesländern vertreten und unterstützen die EIP-Projektverantwortlichen bei der Planung, Umsetzung und Abwicklung ihrer Ideen. Dass EIP-Projekte durch die Innovationsdienstleister begleitet werden, habe wesentlich zum schnellen Start und zum Erfolg von EIP-Agri in Deutschland beigetragen. Als Ansprech-

personen helfen sie vor dem Projektstart, während der Projektlaufzeit und nach dem Projektabschluss, Hürden abzubauen und die Gruppen zusammenzuhalten. „Als verpflichtende Unterstützungsstruktur und Netzwerkmanager werden sie in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen“, sagt Göbel. „Ein eigenes Innovationsmanagement an Institutionen wie Landwirtschaftskammern könnte helfen, sicherzustellen, dass Innovatives noch schneller erkannt und in die Praxis übertragen wird.“

Die Zukunft bleibt offen

Im Falle der Insekten sind die Rechercheergebnisse von Schulze Schwering in einen 16-seitigen Steckbrief geflossen, der nun landwirtschaftlichen Betrieben weiterhelfen soll, die in die Insektenhaltung einsteigen möchten. „Der Steckbrief ist so lang geworden, weil wir gemerkt haben, wie umfangreich das Insekten Thema ist. Das liegt zum einen daran, dass es ein neues Feld ist, in dem viele Rahmenbedingungen noch gar nicht geklärt sind“, sagt die Innovationsmanagerin. „Es hängt aber auch damit zusammen, dass es natürlich unterschiedliche Vorgaben für den Einsatz von Insekten im Lebensmittel- und im Futtermittelbereich gibt.“

Ob ihre Vorarbeit für die insekteninteressierten Betriebe tatsächlich dazu führt, dass viele weitere Unternehmen Insekten als Futtermittel halten werden und neue Wertschöpfungsketten entstehen, ist noch nicht absehbar. Es hängt zum einen davon ab, welche Erkenntnisse die Wissenschaft zur Insektenhaltung liefert. Zum anderen bleibt abzuwarten, wie sich die rechtlichen Rahmenbedingungen zukünftig entwickeln werden. Für die Betriebe spielen zusätzlich baurechtliche Fragen eine entscheidende Rolle. „Es gibt viele tolle Ideen, aber nicht alle sind umsetzbar oder wirtschaftlich tragbar. Aber sie können sich weiterentwickeln, und vielleicht ergibt sich später einmal ein Marktpotenzial, das man erschließen kann.“ Schulze Schwerings Ziel ist es, den Zugang zu den innovativen Themen zu erleichtern. „Es reicht nicht, dass man weiß, was möglich ist, sondern für die Umsetzung ist es wichtig zu wissen, unter welchen Bedingungen und wo etwas möglich ist und wie ein einzelner Betrieb, eine Erzeugergemeinschaft oder eine Genossenschaft ganz konkret vorgehen kann.“



KONTAKT:

Dr. Dorothee Schulze Schwering
Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen
Telefon: 0251 2376-972
dorothee.schulzeschwering@lwk.nrw.de
www.landwirtschaftskammer.de



Das Archiv im Boden

Unter Feldern, Wiesen und Weiden liegen nicht selten Zeugnisse von Siedlungen der Vergangenheit. Um sie zu bewahren, arbeiten in Sachsen Landwirtschaft und archäologische Denkmalpflege zusammen.

[VON MICHAEL STROBEL]

Andernorts reichen schriftliche Aufzeichnungen über Tausende Jahre zurück – im Freistaat Sachsen bringen historische Überlieferungen erst spät Licht in die Geschichte: Im Winter 928/929 soll die frühmittelalterliche Burg Gana von den Truppen König Heinrichs I. belagert und erobert worden sein. Möglicherweise lag diese Anlage etwa 20 Kilometer nordwestlich von Meißen im Jahnatal am nördlichen Rand der heutigen Region Lommatzcher Pflege. Eine Chronik berichtet, dass Heinrich I. kurz darauf, im Frühjahr 929, auf dem Meißner Burgberg eine Befestigung errichten ließ. Über die Jahrhunderte und Jahrtausende davor geben nur archäologische Zeugnisse Auskunft.

Über 10 000 Bodendenkmale

Das Archiv im Boden umfasst derzeit landesweit über 13 000 archäologische Kulturdenkmale, beispielsweise Gräber, Siedlungsreste und sogenannte Depotfunde, unter denen vergrabene oder abgelegte Objekte, meist aus Metall, zusammengefasst werden. Es ist von einer dreifach höheren Dunkelziffer noch unbekannter Bodendenkmale auszugehen. Besonders viele häufen sich im mittelsächsischen Lösshügelland zwischen Elbe und Mulde. Die fruchtbaren Böden übten bereits auf die ältesten bäuerlichen Siedler der sogenannten Bandkeramik um 5400 v. Chr. eine große Anziehungskraft aus. Seitdem war diese Gunstlandschaft bis ins Mittelalter nahezu kontinuierlich besiedelt. Die Menschen der

Vorgeschichte haben vor allem in der Nähe der Bachläufe ihre Spuren hinterlassen, Dörfer gegründet, Burgen gebaut und ihre Toten auf großen Friedhöfen bestattet. Das Archiv im Boden gibt Auskunft über das Verhältnis von Mensch und Umwelt, die Lebensbedingungen und vor allem über die Siedlungsentwicklung sowie Kulturlandschaftsgeschichte. Diese Art von „Bodenurkunden“ sind als Geschichtsquellen unersetzbar und als solche nicht vermehrbar. Das Bundesbodenschutzgesetz trägt diesem Aspekt mit dem Schutz der „Funktion des Bodens als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte“ Rechnung.

Bodenbearbeitung kann zum Problem werden

Bis heute ist die Lommatzcher Pflege die Kornkammer Sachsens. Der heutige hohe Mechanisierungsgrad der Landwirtschaft und die hohe Nutzungsintensität sind auf tiefgreifende Veränderungen zurückzuführen, die im 19. Jahrhundert einsetzten. Zunächst hat in der ersten Jahrhunderthälfte die Entlassung der Bauern aus den Abhängigkeiten von ihren Grundherren unternehmerische Initiative freigesetzt. Ein Technisierungs- und Innovationsschub sowie staatlich geförderte Flurbereinigungsmaßnahmen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts führten dann zu erheblichen Produktivitätssteigerungen. Mit der Einführung neuer Pflüge seit 1880 und der damit verbundenen größeren Bodenbearbeitungstiefe wurden neue archäologische Fundstellen entdeckt. Es ist wenigen historisch interessierten Landwirten zu verdanken, dass diese Funde der staatlichen Denkmalpflege gemeldet wurden.

Allerdings war schon damals bekannt, dass etwas zerstört wurde, was bis dahin im Boden intakt verborgen war. Die Bearbeitungsgeräte erfassen Strukturen und Funde. Beim Pflügen werden sie allmählich aus tieferen Bodenschichten an die Oberfläche verlagert, wo sie innerhalb weniger Winter verwittern. Deshalb sind Funde an der Oberfläche ein Zeichen für Zerstörungsprozesse in der Tiefe. Im von zahlreichen Dellen, Rinnen und Abflussbahnen durchzogenen mittelsächsischen Lösshügelland besteht eine große Erosionsgefährdung. Bis zu 100 Hektar große, in den 1970er-Jahren geschaffene Schläge und die Armut an Kulturlandschaftselementen wie Hecken, Grünstreifen, Rainen und Wegen verstärken die Erosionsanfälligkeit. Werden jährlich nur wenige Millimeter pro Hektar fruchtbaren Bodens abgeschwemmt, so gehen auch Bodendenkmale schleichend und unkontrolliert verloren. Die Erosion stellt Landwirte vor Probleme. Besonders Starkregenereignisse, die im Zuge des Klimawandels tendenziell zunehmen, verursachen erhebliche Schäden an Infrastrukturen sowie auf den Feldern und erhöhen den Sedimenteintrag in Gewässer.

Zudem verändert die Verschleppung von Bodenmaterial durch immer größere Maschinen und Bearbeitungsgeräte allmählich das Relief. Unter der technikbedingten Verlagerung leidet insbesondere die frühmittelalterliche Wallanlage an der Jahna. Sie hat seit dem Jahr 1900 mindestens einen Meter an Höhe verloren. Es ist voraussichtlich nur eine Frage von Jahrzehnten, bis dieses Denkmal von überörtlicher Bedeutung eingeebnet sein wird. Die Wallanlage kann nur erhalten bleiben, wenn die Fläche nicht länger bearbeitet, sondern in Grünland umgewandelt wird.

Landwirtschaft und Denkmalschutz

Wie es in einer Hohertragslandschaft gelingen kann, eine Burganlage dauerhaft zu schützen, zeigt der Burgberg Zschaitz, der ebenfalls im Jahnatal liegt. Das Areal dieser Burganlage konnte 2011 im Rahmen eines Flurneuerungsverfahrens, an dem Ehrenamtliche, Flächeneigentümer, Gemeinde, Landkreis und Bewirtschaftende beteiligt waren, von der Ökoflächenagentur des Freistaats in eine Ökokontofläche umgewandelt werden. Damit kann die Fläche als Dauergrünland ohne Bodeneingriffe genutzt werden.

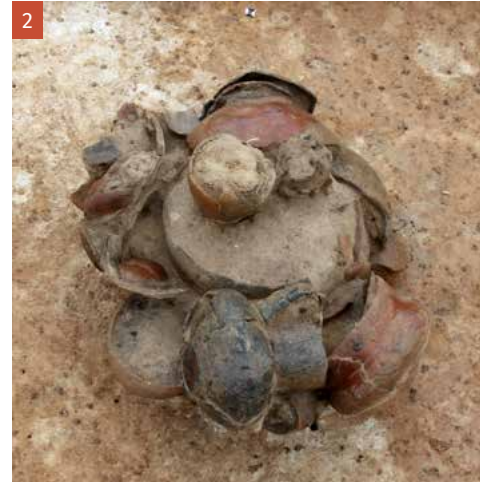
Eine Grünlandnutzung stellt für die Bodendenkmalpflege den Idealzustand dar. Aber auch die Minimierung oder Vermeidung der Bodenbearbeitung hat positive Effekte. Da die trockenen Sommer einerseits, Starkregenereignisse andererseits zunehmend Erosions- und Wasserprobleme beim fruchtbaren Lössböden aufwerfen, könnten sich mehr Betriebe für Direkt- und Streifensaat entscheiden – das wäre auch für die Bodendenkmalpflege positiv. Aufgrund der hohen Erosionsgefährdung, aber auch enger Fruchtfolgen sowie intensivem Maisanbau für die Biogasproduktion praktizieren zahlreiche Betriebe bereits jetzt eine pfluglose, möglichst flache Bodenbearbeitung mit einem hohen Bedeckungsgrad: Sie trägt zum Schutz archäologischer Denkmale bei, weil zumindest die Strukturen in tieferen Bodenschichten nicht mehr von den Geräten erreicht werden.

Zudem ermöglichen moderne Precision-Farming-Technologien eine automatisierte Verringerung der Bearbeitungstiefe über bekannten archäologischen Denkmalflächen. Diese Technik haben der Landwirtschaftsbetrieb Hofgut Raitzen und der Agrardienstleister EXAgT über zwei Jahre in einem Projekt im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktion und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) erprobt. Das im Projekt „EIP-Agri Archäologie“ entwickelte System bietet neue Chancen, Ackerbau und Schutz von Bodendenkmalen in einer Hohertragslandschaft ohne größere wirtschaftliche Einbußen in Einklang zu bringen. Es ist davon auszugehen, dass es viel Überzeugungsarbeit kosten wird, damit die-

1 _ „Was mir mein Ackerboden von der Vorzeit erzählt“: Bauer Max Andrä aus Seeschütz bei Meißen hat 1929 in einer Publikation illustriert, wie er beim Pflügen Urnen aus der Eisenzeit entdeckt hat. Viele Kenntnisse zu Bodendenkmalen sind historisch interessierten Landwirten wie ihm zu verdanken.

2 _ Nahezu intaktes Brandgrab: In der Bronzezeit wurde die Asche von Leichen in Gefäßen vergraben.

3 _ Manche Strukturen lassen sich aus der Luft erkennen, wie die Gräben, Gruben und ehemaligen Holzkonstruktionen der frühmittelalterlichen Burg Hof-Stauchitz.



ses Verfahren von Landmaschinenherstellern zur Serienreife gebracht und von mehr Betrieben eingesetzt werden kann.

Auch temporäre Agrarumweltmaßnahmen wie die gewässer- und bodenschonende Begrünung von Ackerflächen, mehrjährige Brachen oder Blühflächen können bei einer zielgenauen Lenkung zu Synergien führen, von denen Biodiversität sowie Gewässer-, Boden- und Denkmalschutz gleichermaßen profitieren.

Wissen, dass es etwas zu schützen gibt

Wenn Landwirte nicht wissen, wo Bodendenkmale liegen, können sie sie auch nicht schützen. Der Informationsauftrag beginnt in den Betrieben und im Unter-

richt für den beruflichen Nachwuchs an den Landwirtschafts- und Hochschulen, umfasst regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen und Fachgespräche und mündet im besten Fall in gemeinsamen Projekten mit der archäologischen Denkmalpflege. Es mangelt nicht an guten Beispielen. ■



KONTAKT:

Dr. Michael Strobel
Landesamt für Archäologie Sachsen
Telefon: 0351 8926-802
michael.strobel@lfa.sachsen.de
www.lfa.sachsen.de



Soziale Innovationen für die kommunale Energiewende

Es kann einen positiven Einfluss auf die Energiewende vor Ort haben, wenn die Beteiligten innovationsoffen sind und kritische Gruppen in die Prozesse einbeziehen: Eine Dissertation zeigt auf, welche Impulse von Energiegenossenschaften oder einem kommunalen Energieverein ausgingen. [VON TOYA ENGEL]

Eine nachhaltige Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer Energien ist zur Eindämmung des fortschreitenden Klimawandels relevant. Sie wird zudem aufgrund aktueller geopolitischer Konflikte wichtiger, um weniger abhängig vom Import fossiler Energieträger zu sein. Bislang konzentrieren sich wissenschaftliche Untersuchungen vorrangig auf den Durchbruch technischer Neuerungen bei der Umsetzung der Energiewende – die Potenziale sozialer Lösungsansätze wurden eher vernachlässigt. An dieser Stelle setzt die Dissertation „Soziale Innovationen in der kommunalen Energietransformation“ an. Sie untersucht fünf praktische Fallbeispiele im nordrhein-westfälischen Landkreis Steinfurt. Im Zentrum stehen die Fragen, welche Funktionen soziale Innovationen in der kommunalen Energiewende einnehmen können, welche Einflussfaktoren auf sie wirken und auf welche Barrieren sie stoßen.

Die Arbeit wendet den Leitbegriff „soziale Innovationen“ im Kontext der Energiewende an und versteht darunter beispielsweise Aktivitäten von Energiegenossenschaften oder im Rahmen energiesparender Lebensstile. Genauso sind weitere innovative informelle Maßnahmen von Engagierten zur Energiewende gemeint: Dazu zählen etwa neue Leitlinien von Engagierten für Bürgerwind oder die Gründung eines Vereins zur Koordination der kommunalen Energiewende. Die Untersuchung stützt sich auf Interviews mit Initiatoren und ausgewählten Hauptakteuren.

Entstehung sozialer Innovationen

Auslöser für die Entstehung der untersuchten sozialen Innovationen waren krisenhafte Ereignisse oder gesellschaftliche Stimmungen, auf die die Befragten reagierten. Eine Genossenschaft will sich beispielsweise am Rückkauf der lokalen Strom- und Gasnetze beteiligen: Konkreter Anlass waren Versorgungsprobleme und die Gelegenheit auslau-

fender Konzessionsverträge. Durch die Partizipation möchte die Genossenschaft Einfluss auf den Betrieb der lokalen Netzinfrastruktur nehmen sowie Mitsprache bei den Geschäften erhalten.

In anderen Fällen gab es administrative und ökonomische Notwendigkeiten, auf die mit strukturellen oder institutionellen Neuerungen reagiert wurde. So schlossen sich beispielsweise einzelne Betreiber von Anlagen erneuerbarer Energien zu einer Unternehmensgenossenschaft zusammen, um einen gemeinsamen Vermarktungspool aufzubauen, mit dem bessere Marktbedingungen erzielt werden können. Den Einzelbetreibern können über den Verbund Dienstleistungen angeboten werden, um ihnen administrative Aufgaben abzunehmen. Auch können über die Gemeinschaft im Verbund neue Perspektiven für den wettbewerbsfähigen Weiterbetrieb der Anlagen unabhängig von der staatlichen Förderung erarbeitet werden.



Erfolgsfaktoren

Der untersuchte Kreis Steinfurt ist seit Jahrzehnten in vielen Bereichen der Energiewende aktiv. Bereits 2004 wurde eine erste CO₂-Bilanz aufgestellt, 2012 das Ziel der Energieautarkie bis 2050 beschlossen und 2013 ein Amt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit gegründet. Die Untersuchung zeigte, dass sich dieses Amt durch eine innovationsoffene Haltung auszeichnet. Es reflektierte die Erfahrungen beim Ausbau der erneuerbaren Energieträger kritisch und beteiligte daraufhin gezielt Vorreiter aus der Zivilgesellschaft an der weiteren Konzeption.

Auch erwies es sich als erfolgreich, die Umwelt- und Naturschutzverbände mit einer kritischen Haltung gegenüber der Windenergie aktiv an der Konzeption wie auch an der Ausgestaltung von Leitlinien zur finanziellen Partizipation der Bevölkerung an den Windparks zu beteiligen. Die enge fachliche Abstimmung zwischen den Akteuren führte zu gesellschaftlicher Akzeptanz und einem konfliktarmen, in der Zivilgesellschaft breit getragenen Ausbau der Windenergie.

Die gemeinsam erarbeiteten „Leitlinien Bürgerwind“ führten zu einer solchen Dynamik, dass diese von den Initiatoren und Trägern der Windparks nicht nur akzeptiert wurden; sie warben aktiv mit ihnen, wie mit einer Art Gütesiegel, um weitere Mitglieder für die Windpark-Genossenschaften. Nicht zuletzt wurde auf Kreisebene mit einem Verein eine neue Struktur geschaffen, um die Prozesse der kommunalen Energiewende zu verstetigen, aktiv zu koordinieren und um neue Akteure wie auch lokale Vorreiter kontinuierlich über Arbeitsgruppen zu integrieren. Insgesamt konnte in den Fallstudien eine Innovationskultur über mehrere Handlungsebenen hin-

weg festgestellt werden, die sich als ein wichtiger Erfolgsfaktor für die sozialen Innovationen herausstellte.

Es zeigten sich auch Barrieren, die soziale Innovationen in ihren Entstehungs- und Arbeitsprozessen hemmen, wie beispielsweise zu wenig Personal und zu viele Aufgaben, die vorwiegend von Ehrenamtlichen übernommen wurden. Aus diesem Grund konnten manche günstigen Gelegenheiten nicht oder nur ungenügend genutzt werden. Aber auch ein Mangel an Finanzen wirkte sich beispielsweise auf den zeitlichen Verlauf eines Gründungsprozesses oder die stimmrechtliche Stärke und damit den Einfluss einer Genossenschaft auf eine Institution aus.

Kernfunktionen innerhalb der kommunalen Energiewende

Soziale Innovationen erfüllen für eine kommunale Energietransformation verschiedene Funktionen – insbesondere zwei Kernfunktionen: eine Partizipations- und eine Kollektivfunktion. Die Partizipationsfunktion umfasst

Teilhabemöglichkeiten und eine Sozialverträglichkeit der Energielösungen, auch für finanziell schwächer aufgestellte Personengruppen. Eine der untersuchten Genossenschaften setzte dazu den Preis pro Genossenschaftsanteil mit 500 Euro relativ niedrig an und deckelte die Anzahl der Anteile pro Person oder Familie, um möglichst vielen Menschen eine Beteiligung zu ermöglichen. Zur Kollektivfunktion gehört, dass eine Gruppenidentität und ein Zusammenhalt geschaffen werden. Genauso können dadurch auch gesellschaftliche Ressourcen wie Vertrauen oder Solidarität erschlossen werden, um gemeinschaftlich vorzugehen und die gesetzten Ziele zu erreichen.

Die Ergebnisse zeigen weiterhin, dass die persönlichen Einstellungen der sozialen Innovatoren – gemeint sind die Initiatoren und Hauptakteure der jeweiligen sozialen Innovation – ein überdurchschnittlich hohes Maß an Verantwortung für die lokale Energietransformation wie auch für die Gemeinschaft in der Kommune zeigen. Ihre Interaktion mit der Gemeinschaft basiert auf Grundwerten wie Solidarität, Vertrauen und Verlässlichkeit. In den Fallstudien erwies sich dies in kritischen Situationen und bei Konflikten als entscheidend für den Fortschritt der Genossenschaft oder bei der Erstellung der Leitlinien für Bürgerwind.

Anwendbarkeit und Übertragbarkeit der Ergebnisse

Die Ergebnisse der Dissertation leisten einen Beitrag zum Grundlagenverständnis sozialer Innovationen und zeigen deren vielfältige Erscheinungsformen und besondere Relevanz bei der Umsetzung der kommunalen Energietransformation auf. Das entwickelte Analysetool mit verschiedenen Kriterien zu förderlichen und hinderlichen Einflussfaktoren und das erarbeitete Konzept sozialer Innovationen sind auf weitere kommunale Entwicklungsprozesse übertragbar, etwa eine nachhaltige Verkehrs- und Mobilitätsentwicklung, die Gesundheitsversorgung oder eine kreislaufbasierte Abfallwirtschaft. ■

SERVICE:

Die Dissertation „Soziale Innovationen in der kommunalen Energietransformation“ entstand im Studiengang Stadtplanung der HafenCity Universität Hamburg und wurde 2022 mit dem ALR-Hochschulpreis der Niedersächsischen Akademie Ländlicher Raum e. V. ausgezeichnet. Die Arbeit erschien im Dezember 2022 beim oekom Verlag München mit dem Titel: „Soziale Innovationen in Transformationsprozessen. Eine Untersuchung im Kontext der kommunalen Energiewende.“

www.oekom.de > Suche: Soziale Innovationen



KONTAKT:

Dr. Toya Engel
toyaengel@gmx.de

Qualität statt Quantität

Das Projekt „GanzTierStark“ hat im Großraum Berlin-Brandenburg erfolgreich eine Wertschöpfungskette für Rindfleisch aus ökologischer Weidehaltung aufgebaut. Und daraus Handlungsempfehlungen abgeleitet: Wenn Bio aus der Region in Großküchen eine größere Rolle spielen soll, braucht es engagiertes Leitungspersonal in Küchen und unterstützende Maßnahmen.

[VON MARTINA SCHÄFER]



Mit Bio-Rindfleisch aus regionaler Weidehaltung verbinden sowohl Gäste als auch Mitarbeitende von Kantinen den Erhalt der regionalen Kulturlandschaft und Tierwohl. Die Mensen eines Studentenwerks, die Kantinen eines kommunalen Unternehmens, eines Krankenhauses und eines Privatunternehmens sowie die Küche einer Kindertagesstätte haben ihr Angebot dauerhaft darauf umgestellt. Insgesamt beteiligten sich sechs Unternehmen, die an 19 Standorten Außer-Haus-Verpfle-

gung anbieten, am Projekt GanzTierStark. Bei der begleitenden Beratung und Forschung arbeiteten das Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin, die Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, die Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg e.V., die Beratungsagentur a'verdis und die Marktgesellschaft der Naturland Bauern AG zusammen. Gefördert wurde das Vorhaben von 2020 bis 2023 vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau (BÖL).

Beobachtungen

Die Projektpartner unterstützten die Kantinen mit Beratung, der Organisation von Exkursionen und Workshops, regelmäßigem Austausch untereinander und der Bereitstellung von Kommunikationsmaterialien. Um Aussagen zur Akzeptanz zu erhalten, befragte das Forschungsteam etwa 500 Kantinegäste und interviewte die Leitungen und Mitarbeitenden zu den Herausforderungen der Umstellung. Außerdem analysierten die Forschenden die Verkaufszahlen.

Im letzten Projektjahr wurden in den fünf Kantinen, die ihr Angebot umgestellt haben, durchschnittlich 5 500 Mahlzeiten mit regionalem Bio-Rindfleisch pro Monat verzehrt: Mit dem Preis, der Portionsgröße und dem Geschmack der teilweise neu interpretierten Gerichte zeigten sich fast 90 Prozent der Gäste zufrieden. Selbst diejenigen, die dem Begriff „Bio“ eher kritisch gegenüberstehen, unterstützten die Ansätze von Tierwohl und Regionalität. Dies zeigt sich auch an den insgesamt sehr zufriedenstellenden Verkaufszahlen. Nebeneffekt des Projekts war, dass in einigen Kantinen zunehmend auch Fleisch von anderen Tieren in Bio-Qualität bestellt wurde. Basierend auf diesen Erfahrungen hat das Projektteam von GanzTierStark digitale Beratungsmodule entwickelt sowie betriebliche und politische Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Was gilt es für Kantinen zu beachten?

Hauptmotor für eine Umstellung auf regionale Bioprodukte sind Überzeugte in der Leitung von Kantine und Küche: Sie nehmen den anfänglichen Mehraufwand in Kauf und können die Mitarbeitenden für die Veränderung von Routinen motivieren. Dabei bietet es sich an, die Umstellung in Nachhaltigkeits- und Gesundheitsstrategien der jeweiligen Trägereinrichtung einzubetten.

Rindfleisch aus artgerechter Weidehaltung eignet sich als Einstieg in das Angebot von Bio-Fleisch, da der Mehrpreis dafür geringer



Tue Gutes und rede darüber: Mit Bodenaufklebern, Tischaufstellern und Infoständen, aber auch über digitale Kanäle wurden Kantinengäste informiert und zum Feedback aufgefordert.

ist als bei anderen Fleischarten. Zudem können Mitarbeitende und Gäste einen Bezug zur Region und Haltungsart herstellen. „Ich kann auch Bio-Rindfleisch aus Argentinien hererschaffen“, so die Küchenleitung des beteiligten Studierendenwerks. Doch: „Das ist nicht das, was wir wollen. Wir bevorzugen die kurzen Wege.“ Für diesen Aspekt habe man mit dem Projekt nochmals sensibilisieren können. Die Mehrkosten für regionales Bio-Rindfleisch lassen sich durch eine veränderte Speiseplanung – weniger Gerichte mit Fleisch und ein geringerer Fleischanteil in den Gerichten – kompensieren. Auch eine moderate Preiserhöhung von ein bis eineinhalb Euro je Gericht wurde von den Gästen in den beteiligten Kantinen gut angenommen. „Man kann den Gästen kommunizieren, wo das Fleisch herkommt und dass der Preis halt ein bisschen teurer ist“, so der Küchenleiter der privaten Kantine.

Voraussetzung dafür, mehr regionale (Bio-) Produkte einzusetzen, ist eine klare Definition, was unter „regional“ verstanden wird. Es habe sich bewährt, ein Produkt anzubieten, bei dem die Herkunft nachvollziehbar ist, sagt ein Küchenleiter, sozusagen „ein Essen mit Gesicht“, bei dem für Küche und Gäste der Weg vom Stall bis zum Teller transparent sei. „Das bietet uns auch Sicherheit.“ Das Projekt GanzTierStark definierte „regional“ als den Radius von 200 Kilometern rund um den Berliner Funkturm und informierte die Kantinen wöchentlich darüber, von welchem landwirtschaftlichen Betrieb das Bio-

Rindfleisch stammt – eine wichtige Voraussetzung für Transparenz gegenüber den Küchenmitarbeitenden und Gästen.

Exkursionen zu Bio-Landwirten und -Verarbeitenden eignen sich erfahrungsgemäß gut dafür, die Mitarbeitenden zum Einsatz von regionalen Bio-Produkten zu motivieren und möglicher Skepsis zu begegnen. Es gilt, die Mitarbeitenden frühzeitig einzubeziehen, denn Veränderungen in der Küche können nur gemeinsam umgesetzt werden. Die Ausbildung im eigenen Betrieb und eine faire Bezahlung sollten Teil einer Strategie hin zu qualitativ hochwertigen Verpflegungsangeboten sein. Eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit trägt dazu bei, dass sich die Unternehmens- und Küchenleitungen in ihrer Strategie bestärkt fühlen und die Umstellung breite Anerkennung erfährt.

Die Küchenleitungen müssen den Umstellungsprozess nicht allein meistern. In vielen Regionen gibt es Organisationen, die dabei beraten, neue Lieferanten vermitteln und mit Informationen zur Bio-Zertifizierung unterstützen können. In GanzTierStark hat sich außerdem der moderierte Austausch zwischen den Kantinen bewährt, beispielsweise zur Speiseplangestaltung, Motivation der Mitarbeitenden oder zu Erfahrungen mit Ausschreibungsprozessen.

Kantinen und Caterer haben Interesse an günstigen Teilstücken von Tieren, aus denen beispielsweise Hackfleisch oder Schmor-

gerichte zubereitet werden. In der Gastronomie und dem Handel sind hingegen die Edelteile gefragt. Großküchen eignen sich deshalb für Produzierende und Verarbeitende als zusätzlicher Absatzweg, um das ganze Tier zu verwerten. Im Projekt GanzTierStark wurde die Ganztierverswertung über den beteiligten mittelständischen Verarbeitungsbetrieb gewährleistet, der Bio-Rindfleisch aus der Region Berlin-Brandenburg bezieht. Beziehen die Großküchen das Rindfleisch direkt von einem landwirtschaftlichen Betrieb, kann die Notwendigkeit bestehen, dass sie alle Teilstücke eines halben oder ganzen Rinds abnehmen.

Großküchen benötigen Unterstützung

Damit regionale Bio-Produkte – wie von der Bundesregierung vorgesehen – in größerem Umfang Eingang in Großküchen finden, braucht es eine Anpassung der Rahmenbedingungen. Verbindliche Vorgaben zum Anteil von „Bio“ und „regional“ in öffentlichen Einrichtungen wären ein wichtiger Anreiz für die Küchenleitungen, sich mit dem Thema zu befassen. Parallel ist es dann aber essenziell, diejenigen zu finanzieren, die Wertschöpfungsketten entwickeln: Sie bringen die Akteure zusammen, moderieren Verhandlungen und beraten beispielsweise dazu, wie öffentliche Ausschreibungen gestaltet werden sollen. Denn bisher ist es nicht möglich, die regionale Herkunft als Beschaffungskriterium zu nutzen. Eine Anpassung von nationalem und EU-Recht wäre hilfreich.

Derzeit sind Abläufe und Strukturen von Gemeinschaftsverpflegungen häufig noch einseitig auf betriebswirtschaftliche Effizienz und Kostenersparnis ausgerichtet. Mittelfristig sollten die gemeinwohlorientierten Leistungen der Einrichtungen, also die Bereitstellung einer hochwertigen Verpflegung für den vorsorgenden Gesundheitsschutz sowie der Beitrag zu nationalen Prozessen wie der Nachhaltigkeits- und Ökolandbau-Strategie, durch höhere Verpflegungssätze honoriert werden. ■

SERVICE:

Weitere Informationen, darunter die kostenlosen Beratungsmodule, Handlungsempfehlungen sowie Materialien wie eine Rezeptsammlung unter www.ganztierstark.de



KONTAKT:

Prof. Dr. Martina Schäfer
Zentrum Technik und Gesellschaft der
Technischen Universität Berlin
schaefer@ztg.tu-berlin.de
www.tu.berlin/ztg

Vierte Säule der Altersversorgung

Senioren­gemein­schaf­ten können dazu beitragen, den demografischen Wandel zu bewältigen. Aber dafür brauchen sie Hilfe zur Selbsthilfe. Das ist der Kernpunkt eines praxisorientierten Forschungsprojekts.

[VON BURGHARD FLIEGER UND JOSCHKA MOLDENHAUER]

Genossenschaftliche Kooperationen mit ihren Prinzipien der gemeinschaftlichen Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung erfahren in Deutschland gegenwärtig einen spürbaren Aufschwung. Zu ihnen gehören auch Senioren­genossenschaften, deren Zweck es ist, ältere Menschen mit Hilfebedarf im Alltag zu unterstützen. Sie helfen beispielsweise bei hauswirtschaftlichen Tätigkeiten, bei der Gartenarbeit, durch Übernahme von Einkaufsdiensten oder die Begleitung zum Arzt.

Wie die Entstehung solcher Initiativen und ihre stabile Weiterentwicklung erleichtert werden kann, ist der Schwerpunkt des Forschungsprojekts „Teilgabe. Die bürgerschaftliche, genossenschaftliche und sozialunter-

nehmerische Schaffung und Gestaltung von gemeinwohlorientierter Versorgung“, das 2020 mit Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gestartet ist. Bei dem Projekt kooperieren das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, die Universität zu Köln und die Universität Hamburg mit der „innova eG – Partnerin für genossenschaftliche Lösungen“ in Freiburg.

Bürokratie und Schulungen bündeln

Die Vernetzung zwischen Senioren­genossenschaften ist bisher nur schwach ausgeprägt, wie Studien der Universität zu Köln zeigen. Wichtiger Baustein des praxisorientierten Teilgabe-Projekts ist deshalb, konkrete Unterstützungsleistungen für Senioren­genossenschaften und genossenschaftsähnliche Nachbarschaftshilfen zu entwickeln.

Im Mittelpunkt steht eine von den Senioren­gemein­schaf­ten getragene Sekundär­genossenschaft: Mit ihrer Hilfe können die lokalen Initiativen erhebliche Kosten bei ihrer Arbeit einsparen und gleichzeitig die Verwaltung, Abrechnung und Schulung der Helfenden effizienter gestalten. Insbesondere neu gegründete Senioren­genossenschaften sind daran interessiert, „Angebote zur Unterstützung im Alltag“ nach Paragraph 45 des elften Sozialgesetzbuchs anzubieten und den Helfenden mithilfe des dort definierten „Entlastungsbeitrags“ eine Aufwandsentschädigung zu zahlen. Damit ist jedoch eine erhöhte Verwaltungstätigkeit verbunden. Zudem müssen die Engagierten geschult werden, um entsprechende Leistungen erbringen zu dürfen. Dabei könnte eine regionale oder landesweite Dachgenossenschaft helfen – regional, weil die Ausführungsbestimmungen sich in jedem Bundesland unterscheiden.

Werden Senioren­gemein­schaf­ten vor Ort bei Verwaltung und Bürokratie entlastet, so können sie pflegeergänzende Dienstleistungen wirtschaftlich stabiler anbieten und so wesentlich nachhaltiger älteren Menschen ein gelingendes Altern in den eigenen vier Wänden ermöglichen. In mehreren Bundesländern wie Bayern und Rheinland-Pfalz führt die innova eG Gespräche mit Politik und Senioren­genossenschaften, um das Konzept konkret in die Praxis umzusetzen. Weitere Partner für die Umsetzung werden gesucht.

Bei ausgezeichnetem Projekt mitmachen

Die Ergebnisse aus dem Teilgabe-Projekt zum Thema „Verbundorganisation der Nachbarschaftshilfen und Senioren­genossenschaften“ stoßen auf großen Widerhall: Für die zukunftsweisende Art, sich mit dem demografischen Wandel zu beschäftigen, wurde das Projekt im Mai 2023 mit dem Deutschen Demografie Preis im Themenfeld „Soziale Sicherheit mit Zukunft“ ausgezeichnet. Auch in anderen Bereichen werden Menschen in genossenschaftlich getragenen Initiativen aktiv. Um ihre Interessen zu bündeln, traf sich im Juni 2023 erstmals die Bundesversammlung des kooperativen Wirtschaftens: Wir brauchen strukturelle Unterstützung, so die Kernforderung der Aktiven. ■

Das Team vom Projektverbund Teilgabe



Foto: Projektverbund Teilgabe

SERVICE:

Mehr zum Projekt unter www.teilgabe.net



KONTAKT:

Dr. Burghard Flieger
innova eG
info@innova-eg.de
www.innova-eg.de



Wir brauchen eine Quote und mehr Beratung!

Ein Gastkommentar von Petra Raue zum Fokusthema der kommenden Ausgabe „Vielfalt – Diversität – Gleichstellung“



Petra Raue arbeitet beim Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen. www.thuenen.de

„Viele zum Teil 20 Jahre alte Schlussfolgerungen, Empfehlungen und Forderungen sind nach wie vor aktuell.“

Bereits 1999 wurde das Prinzip des Gender Mainstreamings von der EU als zentrales Element zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in den Strukturfonds verankert.

Dazu gehörte auch der Vorläufer des Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Im Jahr 2003 widmete die DVS Frauen im ländlichen Raum einen Schwerpunkt in ihrer Zeitschrift. Elf Jahre später standen Frauen als Unternehmerinnen im Fokus des DVS-Magazins LandInForm. Das Zukunftsforum Ländliche Entwicklung fand 2015 unter dem Motto „Frauen – aktiv für ländliche Regionen“ statt. Die (ungleiche) Situation von Frauen ist also ein Dauerthema, wie auch die zahlreichen Studien und Positionspapiere des Deutschen Landfrauenverbandes belegen. Viele der zum Teil 20 Jahre alten Schlussfolgerungen, Empfehlungen und Forderungen sind nach wie vor aktuell – und bedauerlicherweise erst in Ansätzen aufgegriffen worden.

Es lassen sich zwar auch positive Entwicklungen feststellen: So waren in der LEADER-Förderperiode von 2000 bis 2006 in Niedersachsen in 65 Prozent der LEADER-Aktionsgruppen (LAGs) weniger als ein Viertel der Mitglieder Frauen, von 2014 bis 2022 traf dies (nur) noch auf 34 Prozent der LAGs zu. Von einer paritätischen Besetzung waren die meisten Regionen allerdings deutlich entfernt. Und auch in anderen Förderbereichen ist noch viel Luft nach oben. Nur wenige landwirtschaftliche Betriebe werden von Frauen geleitet. Bei den von der Agrarinvestitionsförderung unterstützten Betrieben waren Frauen zum Teil noch weniger vertreten. Und auch in den Steuerungsgruppen der Dorfentwicklung sucht man sie oft vergeblich. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Frauen seltener in den

Gremien sitzen, die über Fördergelder entscheiden, und weniger von den ELER-Programmen profitieren. Damit trägt auch die ELER-Förderung dazu bei, die vielen Gender-Gaps zu erhalten.

Da es schwierig und langwierig ist, Einstellungen und Überzeugungen von Menschen zu ändern, müssen Rahmenbedingungen und Spielregeln geändert werden, wenn die Gleichstellung von Männern und Frauen ernst genommen werden soll. Für die Politik zur ländlichen Entwicklung wäre eine Rahmensetzung sinnvoll, etwa eine Genderquote in Entscheidungsgremien in LEADER und auch in der Dorfentwicklung.

Daneben braucht es konkrete Vorbilder, Beispiele und Anleitungen, wie eine geschlechtergerechte Erarbeitung und Umsetzung von Richtlinien, Entwicklungsstrategien und Projekten gelingen kann. Eine Plattform mit Best-Practice-Beispielen, ein bundesweites oder auch länderspezifisch auf den Kontext der ländlichen Entwicklungspolitik zugeschnittenes Beratungsangebot und die Stärkung der Genderkompetenz auf allen Ebenen wären Schritte in die richtige Richtung. ■

Stimmen Sie dem zu?

Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion



LESERBRIEF ZUM BEITRAG

„Digitale Nachbarschaft in der Peripherie?“, LandInForm 2.23

Vielen Dank für den offenen Artikel zu digitalen Dorfvernetzungs-Apps! Dieser bestätigt meinen bisherigen Eindruck von digitalen Lösungen für ländliche Räume,

egal ob für Mitfahrgelegenheiten, Einkaufsgemeinschaften oder generell Plattformen. Aktuell werden wieder Förder- und Forschungsprojekte zur digitalen Vernetzung in Dörfern gehypt. Wenn man die Ergebnisse genauer hinterfragt, merkt man allerdings, an wie vielen Stellen es noch hakt, und auch, dass für Lösungen jedes Mal auf neue Er-

fahrungen aus „Reallaboren“ oder „LivingLabs“ gesetzt wird, statt auf vorhandenem Wissen aufzusetzen. Meiner Meinung nach sind die Menschen in einer Region jedoch zu schade, um als Versuchskaninchen herzuhalten, vor allem, weil durch negative Erfahrungen Frust entsteht, der Folgeengagement eindämmt. Die Erfahrungen aus dem Artikel

zum Aufwand, der erforderlich ist, um digitale Vernetzung anzustoßen oder zu etablieren, sind ein echter Mehrwert für andere! Dem Autor sei gedankt!

Meike Lücke, Regionalmanagerin der LEADER-Region „Wesermarsch in Bewegung“

angelesen



Fleisch fürs Klima

Schließen sich Fleischkonsum und Nachhaltigkeit aus? Mit dieser komplexen und emotional aufgeladenen Debatte setzt sich der Autor Stefan Michel auseinander und kommt zu dem Schluss, dass dies nicht der Fall sein muss – insbesondere, wenn der Artenschutz und die Tatsache, dass nur einige Tierarten Gras verwerten können, berücksichtigt werden. Er versucht, einen differenzierten Blick auf das Thema zu werfen und gängige Vorurteile zu entlarven.

Dabei spannt er den Bogen vom historischen Fleischkonsum über die Gesundheit bis hin zu Agrarpolitik und Tierernährung. Das Buch bietet eine Mischung aus wissenschaftlichen Erkenntnissen, persönlichen Anekdoten und praktischen Ratschlägen. Es veranschaulicht an Praxisbeispielen, wie Tierhaltung jenseits der Norm funktionieren kann. Mittels vier fiktiver Charaktere beleuchtet der Autor zudem verschiedene Standpunkte zum Fleischkonsum und regt mit dieser Erzähltechnik die Lesenden dazu an, eigene Überzeugungen zu hinterfragen. Allerdings vermittelt die narrative Herangehensweise auch den Eindruck, dass man eher einen Nachhaltigkeits-Ratgeber liest als ein fundiertes Sachbuch. Stellenweise kann eine polemische Wortwahl, wie „Industriechemikalien“ oder „vollgepumpt mit Antibiotika“, unnötige Zweifel an den treffenden und wissenschaftlich untermauerten Analysen säen.

Trotz dieser Schwächen bietet das Buch eine Perspektive auf ein wichtiges Thema, die häufig in der medialen Berichterstattung untergeht, und kann eine bereichernde Lektüre für diejenigen sein, die sich für Nachhaltigkeit, Ernährung und Landwirtschaft interessieren. Der Autor fordert etwa, die extensive Weidehaltung zu unterstützen, liefert eine Einkaufsliste und übt nachvollziehbare Kritik an der Agrarpolitik. Zwar ist seine Sichtweise – entgegen des Untertitels der Publikation – nicht neu, aber sein Ansatz zur Kennzeichnung von Fleisch bemerkenswert: Er könnte ein wertvoller Beitrag zur Diskussion über die zukünftige Agrar- und Ernährungspolitik sein. [him]

Stefan Michel: *Fleisch fürs Klima. Ein neuer Blick auf Artenschutz, Tierhaltung und nachhaltige Ernährung*, oekom Verlag, 280 Seiten, 2023, 22 Euro, ISBN: 978-3-98726-001-8



Vom Wandel des bäuerlichen Lebens

Ein Bauernhof im Münsterland, abseits des Dorfes: Dort zieht das Ehepaar Frie nach dem Zweiten Weltkrieg seine elf Kinder groß. Das älteste Kind wird 1944 geboren, das jüngste 1969; es zieht 1989 vom Hof. Dazwischen liegen gut 40 Jahre bäuerliches Landleben, das sich innerhalb dieser Zeitspanne in der Bundesrepublik Deutschland schneller und tiefgreifender wandelt als je zuvor.

Wie diese Veränderungen aussehen konnten, erzählt der Historiker Ewald Frie am Beispiel seiner Familie: etwa von Blütezeit und Niedergang der Viehzucht des Vaters, der Beteiligung der Mutter und der Geschwister am kirchlichen Gemeindeleben und der neuen, nicht-landwirtschaftlichen Berufs- und Alltagswelt, die sich den Frie-Kindern wie anderen Nachkommen aus Bauernfamilien erstmals seit Jahrhunderten öffnet.

Dabei baut der Autor sein Buch auf Interviews mit den Geschwistern und einer ausführlichen Literatur-Recherche, vor allem im landwirtschaftlichen Wochenblatt, auf. Sein Text wirkt dadurch wissenschaftlich nüchtern und dennoch nie langweilig. Denn Frie gelingt es, mit der Beschreibung der Veränderungen auf dem elterlichen Hof ein Stück neuerer ländlicher Geschichte ins Bewusstsein zu rufen, das im kollektiven Gedächtnis in Deutschland in seinen Details weitgehend unbekannt ist – und doch so viele Nachkommen aus Bauernfamilien betrifft. Unvermittelt drängt sich der Leserin mit landwirtschaftlichen Wurzeln der Vergleich mit dem eigenen Aufwachsen auf – oder die Frage an Großeltern und Eltern: Oma, Papa, wie habt ihr das auf dem Hof erlebt? Solange es Zeitzeugen gibt, wäre es höchste Zeit, in der Familie nachzuforschen. Das Buch vermittelt die Wertschätzung für die bäuerliche Geschichte und die Motivation, mehr wissen zu wollen.

„Ein Hof und elf Geschwister“ wurde 2023 mit dem Deutschen Sachbuchpreis ausgezeichnet. [ima]

Ewald Frie: *Ein Hof und elf Geschwister. Der stille Abschied vom bäuerlichen Leben*, C.H. Beck, 191 Seiten, 2023, 23 Euro, ISBN 978-3-406-79717-0

angekündigt

Deutscher Kulturlandschafts-Preis

Die Deutsche Stiftung Kulturlandschaft sowie Partner aus der „Arbeitsgemeinschaft der Organisationsgebundenen Landpresse“ suchen Projekte aus Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz sowie zur ländlichen Entwicklung: Sie haben eine Chance auf den Deutschen Kulturlandschafts-Preis, wenn sie sich um den Erhalt und die Weiterentwicklung der bäuerlich geprägten Kulturlandschaft kümmern, zur Stabilität der ländlichen Räume als Lebens- und Wirtschaftsraum beitragen oder den Zusammenhalt gesellschaftlicher Gruppen fördern. Der Preis ist mit 10 000 Euro dotiert. Angesprochen sind einzelne Landbewirtschaftende sowie Initiativen und Gruppen, ausdrücklich auch LEADER-Regionen. Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2023. [arh]

www.deutscher-kulturlandschafts-preis.de

Förderung für soziale Dorfprojekte

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULEplus) die Förderbekanntmachung „Soziale Dorfentwicklung – Starke Gemeinschaften für zukunftsfähige ländliche Räume“ veröffentlicht. Innovative Projekte, die zur Stärkung von Gemeinschaften in ländlichen Städten und Gemeinden beitragen, können sich um bis zu 200 000 Euro bewerben. Die Projektskizzen müssen bis zum 20. November 2023 beim Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung eingereicht werden. [arh]

www.ble.de/soziale-dorfentwicklung

Teil der Plattform für Ökolandbau und Forschung werden

Die Plattform „ÖLAF – Öko-Landbau trifft Forschung“ sucht nach Ökobetrieben, Forschenden und Beratern, die sich vernetzen und praxisnahe Forschungsprojekte starten möchten. Dazu wird ÖLAF Öko-Betrieben zu ihnen passende Forschungsprojekte vorschlagen und Forschenden interessierte Betriebe vorstellen. Beratende sollen profitieren, weil sie Kontakte zur Koordinationsstelle von ÖLAF und den Beteiligten knüpfen können. Die Koordinationsstelle von ÖLAF wird die Zusammenarbeit durch eine individuelle Betreuung unterstützen. Noch befindet sich die Plattform im Aufbau. Gefördert wird sie durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. [abb]

www.oekolandbau.de/forschung/oelaf-oeko-landbau-trifft-forschung



LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für Ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe ___ Exemplar/e.

bitte freimachen

Einverständniserklärung (Bitte ankreuzen!)

- Ich bin damit einverstanden, dass die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung meine unten angegebenen personenbezogenen Daten für das kostenlose Abonnement der Zeitschrift LandInForm erfasst, speichert und von den externen Dienstleistern, die ich auf www.land-inform.de einsehen kann, eingeben, für den Versand bearbeiten und aktualisieren lässt. Ich kann mein Einverständnis jederzeit widerrufen und das Abonnement per E-Mail kündigen.

Name

Institution (ggf. plus LAG-Name)

Postanschrift

Telefon E-Mail

Funktion des Abonnenten Arbeitsfeld der Institution

Unterschrift

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen oder den QR-Code oben links dafür nutzen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume – für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

**Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:
Vielfalt – Diversität – Gleichstellung**



Termine

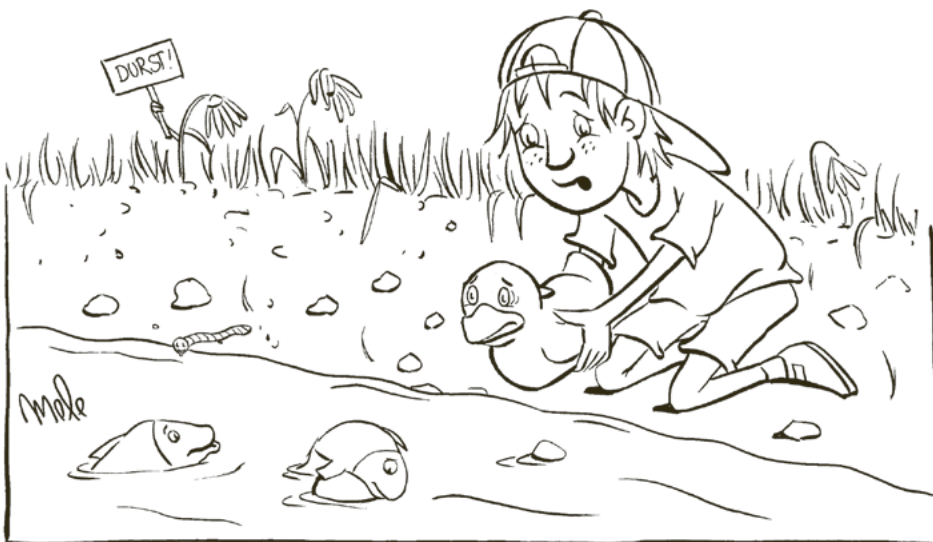
6. bis 8. Oktober	Miteinander reden – Voneinander lernen – Zusammen feiern Festival in Jena	www.miteinanderreden.net/foerderprogramm/festival/ Bundeszentrale für politische Bildung
10. Oktober	Agri-Photovoltaik ✳ Online-Veranstaltung	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/agri-pv DVS
17. und 18. Oktober	EIP-Agri: Gemeinsam wachsen ✳ 7. bundesweiter Workshop für Operationelle Gruppen in Kassel siehe Seite 9	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-og-7 DVS
14. und 15. November	Naturnahe Beweidung mit einheimischen Nutztierassen Veranstaltung in Warder	www.genres.de/das-ibv/veranstaltungen/ibv-symposien Informations- und Koordinationszentrum für Biologische Vielfalt und Arche Warder e. V.
12. bis 15. Dezember	Schulung für LEADER-Regionalmanagements ✳ Veranstaltung im Umland von Erfurt	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/schulungen DVS

Die DVS-Termine finden Sie unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/veranstaltungen
Weitere Termine in unserem Kalender unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/service/termine

Unser Fokus-Cartoon

von Mele

BEI UNS WIRD ALLENFALLS NOCH GEDUSCHT,
ALSO, FLIEH UND SCHWIMM NACH NORDEN... ODER
SÜDEN... ODER... HALT DAHIN, WO'S WASSER GIBT.



NATURSCHUTZ ALARMIERT: IMMER MEHR ILLEGALE AUSWILDERUNG VON BADEENTEN.